

Zeitbomben in der Hosentasche

Mit Sprengstoff und Fernzündung präparierte Pager und Walkie-Talkies als neue Kriegswaffen: Nach den mutmaßlich israelischen Angriffen im Libanon, bei denen viele getötet und Tausende verletzt wurden, kündigt die Hisbollah Vergeltung an

3, 12



Bei Anruf Explosion: In 5.000 Kommunikationsgeräten der Firma Apollo sollen vor der Lieferung an die Hisbollah-Miliz im Libanon kleine Sprengstoffmengen versteckt worden sein, die am Dienstag zeitgleich gezündet wurden

Foto: Balkis Press/ABACA/picture alliance

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten gibt die Hoffnung noch nicht auf, dass sich der politische Fahrtwind bis zur Bundestagswahl wieder dreht und jemand anderes KanzlerIn wird als der aktuelle Favorit. Ja, wenn alles gut läuft und ein Wunder geschieht, gibt es druckreife Merz-Sprüche, Merz-Meldungen und Merz-Schlagzeilen

nur noch ein Jahr täglich.

Kommentar von **Christian Rath** über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur AfD-Klage

Juristisch korrekt, politisch unklug

Das die AfD keinen Anspruch hat, bestimmte Leitungsposten im Bundestag zu besetzen, ist keine Überraschung. Diesmal ging es in Karlsruhe um den Vorsitz von Bundestagsausschüssen. Vor zwei Jahren wollte die AfD einen Vizepräsidentenposten für sich durchsetzen. Jetzt wie damals lehnte das Bundesverfassungsgericht die Klagen ab.

Entscheidendes Argument: Wenn ein Amt wie der Ausschussvorsitz von den Abgeordneten gewählt wird und diese einfach keine AfD-Politiker:innen wählen wollen, kann auch das Bundesverfassungsgericht sie nicht dazu zwingen. Es gibt kein Recht auf Erfolg bei Wahlen.

Zwar wurden die Ämter bisher im Proporz verteilt, doch das gebe der AfD keine verfassungsrechtlichen Ansprüche, an diesem Proporz beteiligt zu werden. Schließlich handele es sich bei den Ausschussvorsitzenden nur um organisatorische

und repräsentative Posten. Hier habe der Bundestag eine weitgehende Selbstverwaltung.

Das Verfassungsgericht konzentriert sich zu Recht darauf, die Beteiligung der Opposition an der Gesetzgebung und der Regierungskontrolle sicherzustellen. Die gerechte Verteilung von Posten mit Funktionszulage ist da nicht so wichtig, auch wenn die AfD offensichtlich sehr gern an den wohl dotierten Pfründen beteiligt wäre. Juristisch ist diese Entscheidung gut nachvollziehbar. Nicht jede Ungleichbehandlung muss das Bundesverfassungsgericht korrigieren.

Bleibt die politische Frage, ob es klug ist, die AfD im Bundestag auszuschließen, wo immer es rechtlich möglich ist. Die „Altparteien“ beschwerten sich stets, dass die AfD den Parlamentarismus verächtlich mache und Sand ins Getriebe der Demokratie streue. Die Ausgrenzungspolitik der Mehrheit zeugt aber nicht gerade vom Glauben an Fairness.

Nach der Karlsruher Entscheidung liegt die Lösung eigentlich nahe. Denn das Bundesverfassungsgericht hat im Fall des AfD-Politikers Stephan Brandner festgestellt, dass Ausschussvorsitzende nicht nur gewählt, sondern auch abgewählt werden können. Warum also wählt man die AfD-Kandidat:innen nicht entsprechend dem Wahlergebnis zu Ausschussvorsitzenden. Und wenn sie ihr Amt missbrauchen, können sie auch wieder abgewählt werden. Fehlverhalten zu sanktionieren ist überzeugender, als Fehlverhalten von vornherein zu unterstellen oder gewählte Abgeordnete gänzlich auszuzugrenzen.

Für das breite demokratische Publikum, jenseits der Hardcore-Antifa-Linie, wäre das vermutlich leichter nachzuvollziehen als die aktuelle Politik einer generellen und pauschalen Nichtwahl von AfD-Abgeordneten.

2

Die taz wird ermöglicht durch

23.492

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin
Nr. 13463
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland
4 190254 802805
4 0638



Foto: Grandfilm

Mikrokosmos Schule: „Favoriten“ im Kino
Die Wiener Regisseurin Ruth Beckermann über ihren neuen Film

15

Weibliches Handwerk
Drei Frauen über ihre Erfahrungen in männlich dominierten Branchen

14

Zwischen Krieg und Klimagipfel
Aserbaidschan und Armenien nach dem Bergkarabach-Konflikt

4-5

steile these

„Rauchen ist zutiefst unsolidarisch, ja, unlinks. Auch andere zahlen dafür den Preis“

Nicholas Potter, taz-Redakteur, in seinem Plädoyer für mehr rauchfreie Zonen

13



Klima als Chefinnen-sache: Teresa Ribera soll EU-Vizepräsidentin werden

Teresa Ribera stieg als Quereinsteigerin in die Parteipolitik ein. 2011 trat die Juristin der Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei (PSOE) bei, nachdem diese die Wahlen verloren hatte. Zuvor diente sie der abgewählten Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero als unabhängige Staatssekretärin für den Klimawandel. Nun soll Ribera als Vizepräsidentin der Kommission die Klimapolitik (und den Wettbewerb) in der EU verantworten.

Die 55-Jährige stammt ursprünglich aus Bewegungen links der PSOE. In ihrer Jugend gehörte sie zu der Bewegung, die 1986 bei der spanischen Volksabstimmung gegen den Nato-Beitritt stimmte. Vor ihrem politischen Engagement war die Tochter zweier Universitätsdozenten hohe Beamtin in der Zentralverwaltung und lehrte Öffentliches Recht sowie Rechtsphilosophie an einer Universität in Madrid.

Bekannt wurde sie damit, was wohl auch für Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen – neben dem europäischen Gleichgewicht – den Ausschlag gab, sie als Vizepräsidentin vorzuschlagen: Ribera arbeitete an verschiedenen Stellen als Beraterin in Umwelt-, Klima- und Energiefragen. So etwa im Weltwirtschaftsforums (WEF), bei der UNO oder in einem französischen Think Tank, der unter anderem das Pariser Klimaabkommen mitgestaltete.

Die verheiratete Mutter dreier Töchter, die gerne liest, Rockmusik aus den 80ern hört, kocht und lange Wanderungen in den Bergen im Norden Madrids unternimmt, gehört zu den wichtigsten Stützen von Premier Pedro Sánchez. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Juli 2023 – die PSOE hatte davor bei Kommunalwahlen eine schwere Niederlage gegen die Rechte aus der konservativen Partido Popular (PP) und der rechtsextremen VOX einstecken müssen – spielte Ribera eine wichtige Rolle bei den Wahlkampfveranstaltungen. Sánchez konnte weiterregieren. Schließlich kandidierte sie bei den Europawahlen als Spitzenkandidatin, um ihre Partei vor einer Katastrophe an den Urnen zu bewahren. Die Sozialisten erzielten einen Achtungserfolg und unterlagen nur knapp der PP.

Ribera stand Sánchez bereits treu an der Seite, als dieser 2014 die Urwahlen zum Parteichef gewann, später dann zurücktrat, als er sich weigerte, einer konservativen Minderheitsregierung ins Amt zu verhelfen, und dann erneut von der Basis an die PSOE-Spitze gewählt wurde. Nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen die PP-Regierung 2018 berief Sánchez sie als Umweltministerin ins Kabinett.

Von ihr stammen wichtige Initiativen, wie der Ausstieg aus dem Kohleabbau oder die Verpflichtung der Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern, eine verkehrsberuhigte Niedrigemissionszone einzurichten. In der Energiekrise infolge des Ukrainekriegs machte sich Ribera in Brüssel einen Namen. Sie setzte durch, dass die Regelung für die Strompreisgestaltung in Europa aufgeweicht wurde: Ribera handelte die sogenannte iberische Ausnahme aus, die den Preis für Elektrizität, die mit Gas erzeugt wird, deckelt.

Während ein Großteil der Presse und der Politik Ribera zur Nummer 2 in der Kommission gratuliert, wird die spanische PP aus der Disziplin der Europäische Volkspartei, der Partei von der Leyens, ausscheren. Sie wird in Straßburg gemeinsam mit VOX gegen Ribera stimmen. „Den Sanchismus in Europa stoppen“, nennen die beiden Parteien, welche die Wahlniederlage vergangenes Jahr immer noch nicht verdaut haben, dies. Sie beschimpfen die Regierung seither als „nicht legitim“.

Reiner Wandler, Madrid

AfD auf die Plätze verwiesen

Die AfD hat keinen Anspruch, Vorsitzende von Bundestagsausschüssen zu stellen. Eine entsprechende Klage der Fraktion lehnte das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch ab

Aus Karlsruhe **Christian Rath**

Die Bundestagsfraktion der AfD hat keinen Anspruch auf drei Ausschussvorsitze im Bundestag. Das Bundesverfassungsgericht wies am Mittwoch eine entsprechende Klage der Fraktion ab. Auch die Abwahl des AfD-Politikers Stephan Brandner als Vorsitzender des Rechtsausschusses beanstandete Karlsruhe nicht.

Die AfD sitzt seit 2017 im Bundestag. Während der großen Koalition von 2017 bis 2021 war sie sogar größte Oppositionspartei. Nach den Proporzregeln durfte sie damals die Vorsitzenden der Ausschüsse für Haushalt, Recht und Tourismus vorschlagen. Vorsitzender des Rechtsausschusses wurde damals der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner, der aber schon 2019 wieder abgewählt wurde, nachdem er immer wieder durch anstößige Äußerungen aufgefallen war. So hatte er nach dem Anschlag auf die Synagoge von Halle 2019 einen Tweet verbreitet, der sich mokierte, dass Politiker nun in Synagogen „herumlungern“.

In der aktuellen Wahlperiode standen der AfD nach ihrem Stimmanteil wieder drei von 27 Ausschussvorsitzen zu. Konkret durfte sie die Vorsitzenden der Ausschüsse für Innenpolitik, Gesundheit und Entwicklungszusammenarbeit vorschlagen.

Doch ihre Kandidat:innen wurden nicht gewählt. Die drei Ausschüsse haben bis heute keine Vorsitzenden, sondern werden von Stellvertreter:innen aus anderen Fraktionen organisiert. Gegen diese Blockade erhob die AfD Organklage und berief sich auf ihr Recht auf Gleichbehandlung. In der Geschäftsordnung des Bundestags heiße es,

Schon 2022 war die AfD vor dem Gericht in Karlsruhe mit einer ähnlichen Klage gescheitert

dass die Ausschussvorsitze „im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen“ verteilt werden.

Das Bundesverfassungsgericht lehnte die Klage nun jedoch einstimmig ab. Ausschussvorsitzende seien im Grundgesetz nicht erwähnt. Wie sie bestimmt werden, könne der Bundestag in seiner Geschäftsordnung daher autonom regeln. Anders als bei der Besetzung der Ausschüsse, die die Gesetzgebung vorbereiten und daher entsprechend dem Wahlergebnis zusammengesetzt sein müssen, gebe es für die Ausschussvorsitze keine verfassungsrechtlichen Vorgaben.

Das Gericht will zwar kontrollieren, ob der Bundestag seine Geschäftsordnung „fair und loyal“ auslegt und anwendet. Der Ausschussvorsitz, der die Sitzungen vorbereitet und leitet, habe jedoch vor allem organisatorische Bedeutung. Hier wollen die Richter:innen nur kontrollieren, ob sich der Bundestag „evident sachwidrig“, also „willkürlich“ verhält – was Karlsruhe hier verneinte.

Es sei durchaus „vertretbar“ die Ausschussvorsitzenden zu wählen, auch wenn der in der Geschäftsordnung vorgesehene Proporz dann nicht zustande kommt. Schließlich heiße es in der Geschäftsordnung auch, die Ausschüsse „bestimmen“ ihre Vorsitzenden selbst. Dass die Vorschläge der Fraktionen jahrzehntelang fast immer im Konsens abgenickt wurden, ändere daran nichts. Auch früher sei vereinzelt gewählt worden, so die Richter:innen. Bei einer freien Wahl könne die AfD jedenfalls nicht verlangen, dass ihre Vorschläge eine Mehrheit finden.

Erfolglos war auch die AfD-Klage gegen die Abwahl von Stephan Brandner als Vorsitzendem des Rechtsausschusses. Die Fraktion hatte argumentiert, dass eine Abwahl in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen sei. Die Bundestagsmehrheit hatte jedoch ent-

gnetet, dass nach einer Wahl auch eine Abwahl möglich sein müsse. Auch diese Auslegung der Geschäftsordnung hielt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil für „vertretbar“.

Noch im Gerichtssaal sprach AfD-Mann Brandner von einem schwarzen Tag für den Parlamentarismus und Oppositionsrechte. Die Mehrheit könne einen Ausschussvorsitzenden der Opposition jetzt jederzeit und ohne jede Begründung einfach abwählen. „Mehrheiten können sich aber auch ändern“, fügte Brandner hinzu.

Johannes Fechner, Justiziar der SPD-Fraktion, freute sich dagegen über das Urteil: „Jetzt ist klar, dass wir Hetzer und unqualifizierte Personen von wichtigen Posten fernhalten können.“

Schon 2022 war die AfD in Karlsruhe mit einer ähnlichen Klage gescheitert. Damals hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die AfD keinen Anspruch auf einen Vizepräsidenten des Bundestags hat. Die anderen Fraktionen seien nicht verpflichtet, Kandidat:innen der AfD zu wählen, hieß es damals.

Die AfD sitzt rot: Der Zweite Senat unter der Vorsitzenden Doris König lehnte am Mittwoch die Klage der Fraktion ab
Foto: Uwe Anspach/dpa



Weniger EU-Geld für Ungarn

Weil das Land eine Strafe wegen Asylrechtsverstößen nicht zahlt, behält die EU Gelder ein

Weil Ungarn eine 200-Millionen-Euro-Strafe nicht bezahlt hat, will die Europäische Kommission das Geld von künftigen EU-Zahlungen an Budapest abziehen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte die Strafe im Juni wegen Verstößen der ungarischen Regierung gegen das EU-Asylrecht verhängt.

Die 15-tägige Frist für die Zahlung sei am Dienstag abgelaufen, sagte ein Kommissionsprecher. Nun trete ein sogenanntes Ausgleichsverfahren in Kraft: „Wir werden nun die 200 Millionen Euro von bevorstehenden Zahlungen aus dem EU-Haushalt an Ungarn abziehen.“

Der EuGH hatte im Sommer eine schwere Verletzung von EU-Recht

durch die Regierung des konservativen Regierungschefs Viktor Orbán festgestellt. Schon in früheren Urteilen erklärte der EuGH wesentliche Teile des ungarischen Asylsystems für rechtswidrig. Auch die Europäische Kommission wirft Ungarn seit Jahren vor, EU-Standards und Grundwerte zu missachten.

Zudem muss Ungarn nach einer Entscheidung des EuGH ein tägliches Zwangsgeld von einer Million Euro für jeden Tag Verzug zahlen. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, die Kommission habe Ungarn aufgefordert, das Zwangsgeld zu zahlen. Dafür hätten die ungarischen Behörden nun 45 Tage Zeit. Nach dem Urteil des EuGH hatte Budapest da-

mit gedroht, Flüchtlinge und Migranten nach Brüssel zu bringen. „Wenn Brüssel die Migranten haben will, dann soll es sie bekommen“, sagte der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyas, ein enger Mitarbeiter Orbáns.

Gulyas bezeichnete die durch dieses Urteil entstandene Situation als „inakzeptabel, intolerabel und wüdelos“. Ungarn hoffe, die Lage durch Verhandlungen mit der EU-Kommission bereinigen zu können. Außerdem erwäge sein Land, die EU auf dem Prozessweg dazu zu bringen, sich an den Kosten zu beteiligen, die Ungarn durch den aufwändigen Schutz seiner Grenzen gegen irreguläre Migranten habe. (dpa)

taz **lage**

Tücken der Medienarbeit

Wie glücklich am Wochenende die Kolleginnen und Kollegen waren, die mit der Zukunft der taz befasst sind! Die Genossenschaft hatte auf ihrer Versammlung am Samstag den Plan, zum 17. Oktober 2025 den werktäglichen Druck einzustellen, mit großer Mehrheit gebilligt. Wir schickten unsere Pressemitteilung raus und verbreiteten die Kunde. Die Konkurrenz griff das Thema sofort auf und berichtete breit und teils recht ermunternd über unsere Strategie.

Allerdings durften wir wieder einmal beobachten, wie das so ist mit komplexen Botschaften: Sie passen oft nicht in einen Twitter-Post, kaum in eine Überschrift, und manchmal widersprechen sich Überschrift und Text. „taz stellt Printausgabe ein“, titelte zum Beispiel ein öffentlich-rechtliches Nachrichtenportal auf Instagram, und sofort fühlten wir uns falsch verstanden, denn die wochentag bleibt ja gedruckt! Außerdem soll nicht etwa die Website die gedruckte taz ersetzen, sondern die tägliche taz kommt weiterhin – digital in der App. Auch der Kollege von der großen überregionalen Zeitung hatte das nicht ganz erfasst, obwohl bei dem wiederum der Untertitel stimmte: „... gibt es werktags künftig nur noch als E-Paper“.

Uns beschleicht die Ahnung, dass Nachrichten in unserem Geschäft auch bei gutem Willen gelegentlich verzerrt zusammengefasst werden. Womöglich manchmal auch bei uns?

Ulrike Winkelmann

Chaos und Verunsicherung: Beirut nach den Explosionen am Dienstagabend
Foto: Wael Hamzeh/epa



Explosive Kommunikation

Im Libanon explodieren am Mittwoch nach der tödlichen Pager-Attacke erneut Funkgeräte, die von der Hisbollah-Miliz benutzt werden. Dieses Mal sind es unter anderem Walkie-Talkies. Die Angriffe werden Israel zugeschrieben

Von Julia Neumann

Im Libanon sitzt der Schrecken tief, und er wird noch größer: Am Dienstagabend erst hatten über Tausende zeitgleich explodierende Funkgeräte sowohl Mitglieder der Hisbollah-Miliz als auch Zivilist*innen getroffen. Dann explodierten 24 Stunden später am Mittwochnachmittag am südlichen Stadtrand Beiruts und auch im Süden und Osten des Landes erneut Funkgeräte. Dieses Mal soll es sich um Walkie-Talkies handeln, wie Nachrichtenagenturen zunächst auf Berufung von Hisbollah-Kreisen berichteten. AFP-Reporter berichteten von Explosionen unter anderem in Sidon im Süden und in Baalbeck im Osten des Landes. Auch Pager und andere „Geräte“ sollen erneut explodiert sein. Mehr als 100 Menschen sollen verletzt worden sein, wie es unter Berufung auf Ministeriumskreise hieß. Videos im Netz zeigen brennende Wohnungen und Autos sowie ausgebrannte Motorräder.

Eine Explosion ereignete sich auf einer Trauerfeier für am Vortag getötete Opfer. Bei der ersten Explosionswelle am Dienstag hatte die libanesische Regierung auch zwölf Tote gezählt, darunter zwei Kinder und den Sohn eines Hisbollah-Abgeordneten. Bis zu 2.800 Menschen wurden durch den Anschlag verletzt, darunter der iranische Botschafter im Libanon. 1.850 Menschen seien in der Hauptstadt Beirut getroffen worden. Etwas weniger als 300 Menschen seien noch in einem kritischen Gesundheitszustand. Einigen Opfern mussten Arme oder Finger amputiert werden. Ärzt*innen hätten al-

leine 460 Augenverletzungen behandelt, sagte der Gesundheitsminister Firas Abiad.

Das Gesundheitssystem war am Rande seiner Kapazitäten. Innerhalb einer halben Stunde nach der Explosion seien 2.780 Verletzte eingeliefert worden, so der Gesundheitsminister. Videos in den sozialen Medien zeigen Menschen, die im Supermarkt oder auf der Straße zusammensackten, Verletzte mit abgetrennten Fingern oder schweren Augenverletzungen, überfüllte Krankenhäuser und Panik auf den Straßen.

Gegen 15.30 Uhr Ortszeit am Dienstag hatten sich Batterien von sogenannten Pagern überhitzt, die daraufhin detonierten. Mitglieder der Hisbollah, sowohl des militärischen Teils als auch des parlamentarischen Arms der Organisation, trugen die Geräte als Kommunikationsmittel in ihren Hosentaschen umher oder hatten sie daheim liegen. Da die explodierenden Pager Menschen im alltäglichen Leben trafen, ist kaum zu trennen, wer von ihnen Hisbollah-Kämpfer und wer Zivilist*in war.

Die Dunkelziffer der getroffenen Hisbollah-Mitglieder dürfte jedenfalls hoch sein, ebenso unklar sind ihre Funktionen und Ränge. Die Organisation hat ein Interesse daran, dass Daten wie Aufenthaltsort oder Namen der Personen nicht an die Öffentlichkeit gelangen und so von Israel abgefangen werden können. Sicherheitsexpert*innen sagen, Israels Geheimdienst habe durch die Dokumentation

der Explosionsorte und Verletzten nun ohnehin bereits eine Goldgrube an Informationen.

Pager ermöglichen den schriftlichen Austausch ohne SIM-Karte mit eigener Funkfrequenz. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah hat seine Mitglieder vor Handys gewarnt: Israel könnte Mobiltelefone leicht hacken und orten. Die von Iran finanzierte Hisbollah kämpft gegen das israelische Militär, nach eige-

Der psychologische Einfluss der Pager-Attacken auf die Bevölkerung ist immens

nen Angaben, um die Hamas im Krieg zu unterstützen.

Die Hisbollah habe die Geräte erst Anfang des Jahres erhalten, sagte eine Quelle aus dem Umfeld der Hisbollah der Nachrichtenagentur AFP. Die Pager seien „sabotiert“ worden. Der israelische Geheimdienst Mossad habe in 5.000 bestellten Pagern aus Taiwan kleine Sprengsätze angebracht, sagte eine hochrangige libanesische Sicherheitsquelle der Nachrichtenagentur Reuters. Der Anschlag sei über viele Monate hinweg vorbereitet worden.

Gleiches berichtete der Sender Sky News Arabia unter Berufung auf eine „exklusive Quelle“: Der Mossad habe die Funkgeräte abgefangen, bevor sie

an die Gruppe geliefert wurden. Die Spionagebehörde habe „eine Menge des hochexplosiven Materials Penterythritol-Tetranitrat (PETN) in die Batterien der Geräte eingebaut, die durch Erhöhung der Temperatur der Batterien zur Explosion gebracht wurden“.

Aufkleber auf Fotos von explodierten Pagern zeigen das Logo der Firma Gold Apollo. Die taiwanische Firma wies jegliche Verantwortung für eine vermutete Manipulation von sich. Ein ungarisches Partnerunternehmen namens BAC Consulting Kft sei Lizenznehmer und habe das Modell hergestellt und verkauft, so das Unternehmen. Die ungarische Firma wiederum weist den Vorwurf zurück, die Pager hergestellt zu haben. „Ich mache keine Pager. Ich bin nur der Vermittler“, sagte die Inhaberin Cristiana Barsony-Arcidiacono, nach Angaben des Senders NBC News.

Die Hisbollah, Iran und die libanesische Regierung machen Israel für den koordinierten Angriff verantwortlich. Israel hat sich offiziell nicht geäußert. Die israelische Regierung deklariert für gewöhnlich keine Anschläge für sich. Der technisch anspruchsvolle Angriff trägt aber die Handschrift von Israels Geheimdiensten, die bereits in der Vergangenheit ähnlich komplexe Attacken durchführten.

Im Libanon fürchtet die Bevölkerung, dass Israel das Chaos und die offensichtlich gewordene Verwundbarkeit der Hisbollah jetzt nutzen könnte, um einen zweiten Anschlag folgen zu lassen. Der psychologische Einfluss der

Pager-Attacken auf die Bevölkerung ist jedenfalls immens.

Nun trugen Tausende Menschen unwissentlich Sprengfallen durchs Land, an öffentliche Plätze. WhatsApp-Gruppen sind voll mit Bildern von Verwundeten. Man hört die Sirenen der Krankenwagen, die überfüllten Krankenhäuser brauchen dringend Blutspenden. Das erinnert viele auch an die Katastrophe im Beiruter Hafen 2020, als Tausende Tonnen Ammoniumnitrat explodierten.

Einige – vor allem christliche – Libanes*innen befürworten den Pager-Angriff. Sie fragen in Whatsapp-Gruppen, ob es auch Hisbollah-Chef Nasrallah getroffen habe, und machen sich mit Memes über die Sicherheitslücke lustig. Sie sehen es kritisch, dass eine bewaffnete Miliz beansprucht, den Libanon gegen israelische Angriffe zu verteidigen. Die Hisbollah ist für politisch motivierte Morde bekannt und verhindert seit vier Jahren die Aufklärung der Hafexplosion. Der dort falsch gelagerte Sprengstoff soll der Hisbollah gehört haben. Auf Protesten sind oft Plakate zu sehen: „Iran raus!“

Die Angst vor einem Krieg zwischen Iran und Israel über die Stellvertreterstaaten Libanon, Syrien und Irak ist mit dem Pager-Anschlag wieder angeheizt worden. Die UN warnten, der Krieg könne sich zu einem internationalen Krieg in der ganzen Region entwickeln. Die Hisbollah-Miliz drohte Israel am Mittwoch mit Vergeltung. Hisbollah-Chef Nasrallah hat für Donnerstag eine Rede angekündigt.

krieg in nahost

Die Agenda der Mossad-Agenten

Wie viel Strategie Israels steckt in der Pager-Attacke? Die Regierung Netanjahu scheint weiter auf Eskalation setzen zu wollen

Aus Jerusalem Felix Wellisch

Israels Auslandsgeheimdienst Mossad ist berüchtigt. In den gut 75 Jahren seit der Staatsgründung soll er weltweit mehr als 3.000 Menschen getötet haben, in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Mitglieder der Hamas und der Hisbollah. Nun deutet alles darauf hin, dass Mossad-Agenten hinter der zeitgleichen Explosion Hunderter Pager am Dienstag und wohl auch hinter einer zweiten Angriffswelle am Mittwochabend stecken. Laut Berichten der Nachrichtenagentur Reuters

und von US-Medien versteckten israelische Agenten bereits Monate vor der Explosion Sprengstoff in einer für die Hisbollah bestimmten Lieferung von 5.000 Pagern.

Viele Hisbollah-Kämpfer sollen laut einem Bericht der *New York Times* bereits seit Jahren Pager benutzen, da diese weniger anfällig für Hacking und Ortung sind als Mobiltelefone. In der jüngsten Vergangenheit habe die Organisation zunehmend auch andere Mitglieder mit diesen Geräten ausgestattet.

Laut dem US-Nachrichtenportal *Axios* plante die israelische

Führung ursprünglich, die manipulierten Geräte im Rahmen einer Offensive im Süden des Libanons zu zünden. Die Sprengsätze seien ausgelöst worden, weil israelische Sicherheitskreise befürchteten, die Gruppe könne der Falle auf die Spur gekommen sein. Es sei ein „Jetzt-oder-nie-Moment“ gewesen, zitiert *Axios* einen US-Vertreter. Die US-Führung sei von Israel im Vorfeld nicht informiert worden.

Der Geheimdienstexperte Yossi Melman zieht beim Onlinedienst X ein gemischtes Fazit. Einerseits bewiese die Opera-

tion die Überlegenheit der israelischen Geheimdienste. Einen von der Hisbollah in Israel geplanten Bombenanschlag hatten Sicherheitsbehörden nach eigenen Angaben erst am Dienstagmorgen vereitelt. Laut Melman könnten zehn Prozent der Kräfte der Hisbollah temporär außer Gefecht gesetzt sein. „An der Realität des Krieges ändert das aber nichts.“

Eskalative Taktik

Gegenüber dem britischen *Guardian* nannte Melman die Attacke „weder besonders gezielt noch mit einer klaren Verän-

derung der strategischen Situation“. Stattdessen habe sie die Wahrscheinlichkeit für eine Eskalation an der Grenze erhöht.

Das könnte einem Teil der israelischen Regierung durchaus entgegenkommen. Seit Wochen werden die Rufe nach einer Offensive im Libanon in dem in Teilen rechtsextremen Kabinett lauter. Seit dem Überfall der Hamas auf Israels Süden im vergangenen Oktober beschießt die Hisbollah den Norden des Landes. Zehntausende Israelis haben ihre Häuser verlassen. Am Montag erklärte das Kabinett die Rückkehr der Ver-

triebenen in ihre Dörfer an der Grenze zum Libanon zu einem offiziellen Kriegsziel.

Auch in der Bevölkerung unterstützt laut Umfragen eine Mehrheit ein militärisches Vorgehen im Norden. Am Montagabend gab es Berichte, dass Ministerpräsident Netanjahu plane, seinen Verteidigungsminister Joav Gallant zu entlassen. Dieser war zuletzt, ebenso wie die Armeeführung, mehrfach mit Netanjahu aneinandergeraten, auch weil er mit Blick auf den Libanon weiter auf Zeit für eine diplomatische Lösung setzt.



Start für landesweiten Protest ab April 2024: Im armenischen Grenzort Kirants blockieren Einwohner*innen eine Straße – gegen erste territoriale Zugeständnisse ihrer Regierung Foto: Alexander Patrin/TASS/action press

Armenien in Alarmbereitschaft

Ein Jahr nach der Flucht von mehr als hunderttausend Menschen aus Bergkarabach bleibt die Lage in Armeniens Grenzdörfern angespannt. Die Angst vor weiteren Gebietsverlusten ist überall, während die Welt schon zum Klimagipfel in Baku blickt. Können sich die Konfliktparteien auf Frieden einigen? Besuche vor Ort

Aus Kirants und Sotk **Maximilian Arnhold**

Gohar Vardanja ist nervös. Die 27-Jährige steht am Rande ihres Dorfes, nur wenige Meter vom neuen Grenzzaun entfernt, der Armenien von Aserbaidschan trennt. Ihr Blick fällt auf einen großen Betonbau mit rotem Dach. „Die Schule von Kirants liegt jetzt mitten in der möglichen Schusslinie“, klagt die junge Frau, die in der Verwaltung des Ortes arbeitet. Geschossen wird zwar nicht, dafür dröhnen Baumaschinen über den Berg. Sie asphaltieren eine neue Straße. Seit die Grenze verlegt wurde, ist die alte Zufahrt zum Dorf nur noch für Anwohnende passierbar. Vardanja bittet, an einen ruhigeren Ort im Dorfkern zu gehen. Im Streit mit einem armenischen Soldaten läuft sie die Straße hinauf.

Kirants ist ein armenisches Grenzort, das Land an Aserbaidschan abgeben musste. Für den Besuch braucht es eine behördliche Sondergenehmigung. Armenien, militärisch deutlich schwächer als Aserbaidschan, gibt in der Hoffnung auf einen Friedensvertrag Gebiete zurück. Kirants rückte so direkt an das verfeindete Nachbarland heran. Ein Jahr nach dem jüngsten Krieg um Bergkarabach

wächst in Armenien die Angst, noch mehr Land zu verlieren.

Aserbaidschan hatte am 19. September 2023 eine großangelegte Blitzoffensive auf die überwiegend von Armeniern bewohnte Kaukasusregion Bergkarabach gestartet. Am Tag danach erklärten die proarmenischen Kämpfer ihre Kapitulation, bis zu 120.000 Menschen flohen über eine enge Bergstraße, den sogenannten Latschin-Korridor, nach Armenien. Das EU-Parlament kritisierte Aserbaidschan für eine „ethnische Säuberung“ der armenischen Bevölkerung und forderte Sanktionen gegen die Regierung in Baku.

Beide Länder befinden sich offiziell in einem Friedensprozess. Mit der Rückeroberung von Bergkarabach, das international als Territorium Aserbaidschans anerkannt wird und bis 1991 als autonomes Gebiet zur Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik gehörte, haben sich die Machtverhältnisse jedoch zugunsten Bakus verschoben.

Vardanja geht in den Schatten eines alten Zürgelbaums in der Ortsmitte. Gerade will die stellvertretende Dorfvorsteherin, die sich um Steuern und Finanzen kümmert, über die Bedro-

hung durch den mächtigen Nachbarn sprechen. Da schimpft ein älterer Mann laut im Vorübergehen: Premierminister Paschinjan habe das ganze Land „verkauft“. Er fühle sich von der Regierung in Jerewan verraten. Der Passant ist nicht der Einzige, der mit der Situation unzufrieden ist.

Kirants war ab April Ausgangspunkt einer landesweiten Protestbewegung. Hunderte Einwohner*innen des kleinen Grenzdorfes und der Nachbargemeinden marschierten in die Hauptstadt Jerewan, um gegen ein erstes territoriales Zugeständnis der Regierung zu demonstrieren: Vier verlassene Dörfer entlang der Grenze wurden an Aserbaidschan abgetreten, als Zeichen guten Willens, um zur Normalisierung der Beziehungen beizutragen. Die dortige aserbaidschanische Bevölkerung hatte die Dörfer in den frühen 1990ern im Zuge der Kriegswirren aufgeben müssen. In Kirants fürchtete man ein ähnliches Schicksal. Hier wurden 54 Grundstücke an Aserbaidschan übergeben, trotz armenischer Katastereintragungen.

Nun sieht Vardanja jeden Tag aserbaidschanische Soldaten vom Nachbarhaus aus. „Wenn ich nachts Geräusche höre, habe ich Angst“, sagt sie. Es hätten sich freiwillige Wachen gebildet, die an

der Grenze patrouillieren. Das armenische Militär habe alles unter Kontrolle, beruhigt der Grenzsoldat neben ihr, doch die Vizeortsvorsteherin glaubt ihm nicht.

Eine Autofahrt in das Grenzdorf Sotk, rund 180 Kilometer von Kirants entfernt: Hier im Hochgebirge ganz im Osten des Landes rückte Aserbaidschan in der Vergangenheit direkt auf armenisches Territorium vor. Bürgermeister Sevak Khachatryan berichtet von einer Attacke in der Nacht vom 13. auf den 14. September 2022, noch bevor Bergkarabach vollständig an Aserbaidschan fiel. Um Mitternacht schlugen die ersten Granaten ein. „Wir leben an einem Ort, an dem ein friedlich schlafendes Kind jederzeit in seinem Haus getroffen werden kann“, sagt der 33-Jährige. Vier Tage dauerte der Beschuss, 152 Häuser wurden getroffen, auch die Schule und das Verwaltungsgebäude. Die graue Fassade hinter ihm ist von Einschlägen übersät. Auch Dutzende Häuser, so der Bürgermeister, seien von Granaten getroffen worden. Inzwischen wurden die meisten wieder instandgesetzt, erkennbar an roten Metalldächern.

Khachatryan ist Kriegsveteran, hat zweimal in Bergkarabach gekämpft. Jeder im Dorf habe dem

Tod in die Augen gesehen, sagt er. „Ich bin froh, dass ich hier stehe und mit Ihnen sprechen kann.“ Und heute? Die Menschen würden versuchen, den Umständen entsprechend ein normales Leben zu führen. Doch die Landwirtschaft, von der die meisten leben, sei gefährlich. Gleich hinter dem Gemeindehaus liegen aserbaidische Militärstellungen oberhalb der Bergkette, mit freiem Blick auf das Land darunter. Ein Farmer mit Vieh würde dort schnell zur Zielscheibe, warnt Khachatryan. Geschehen ist bisher nichts, aber die Landwirt*innen hätten Angst. Von Aserbaidschan aus sei auch schon nachts mit Suchscheinwerfern ins Dorf hineingeleuchtet worden, um die Bewohner*innen zu verunsichern.

Beim Besuch in Sotk ruckeln Militärtransporter mit Soldaten an Bord über die holprige Schotterpiste in Richtung Grenze. Schutz verspricht sich Khachatryan von ihnen kaum: Im Ernstfall könnte das Militär das Dorf kaum verteidigen, sagt er. Ab und zu fahren auch die Jeeps europäischer Beobachter vorbei. Denn Europa ist in den jahrzehntelangen Konflikt im Kaukasus involviert. Um die Lage zu beruhigen, besteht seit Ende 2022 eine unbewaffnete Beobachtungsmission (Euma). Das erklärte Ziel: Routinemäßige Grenzpatrouillen sollen „Fortschritte auf dem Weg zu einem Friedensabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan“ ermöglichen.

Für Armenien, das eigentlich Russland als Schutzmacht hatte, ist das ein Novum: Premier Paschinjan hat im Juni angekündigt, aus dem kollektiven russischen Militärbündnis OVKS auszutreten. „Grund ist die Enttäuschung über das Nichteingreifen russischer Friedenstruppen in Bergkarabach“, erklärt Marcel Röthig, Landesvertreter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Georgien, Armenien und Aserbaidschan. „Also nähert sich Armenien in Sicherheitsfragen zunehmend der EU an.“ Die EU-Mission würde gern auch auf aserbaidischer Seite beobachten – Baku lehnt deren Präsenz auf eigenem Gebiet allerdings strikt ab. In einer Erklärung vom Februar 2023 stellte das Außenministerium die Unparteilichkeit der Mission in Frage und warnte



dem Kaukasus-Land sollen bis 2027 verdoppelt werden. Dieser Interessenkonflikt um fossile Rohstoffe ist auch ein Thema beim Weltklimagipfel, der demnächst in der Region stattfindet.

Zurück in Kirants deutet Gohar Vardanján auf einen Spielplatz. Kinder toben. Er ist den „armenischen Helden“ gewidmet, Gefallenen des ersten Bergkarabach-Krieges 1992. Gleich neben Spielgeräten steht ein steinernes Mahnmahl, das Soldatengesichter zeigt. „Was wird aus den Schulkindern im Ort, wenn die Spannungen wieder eskalieren?“, fragt die zierliche Frau mit den glatten schwarzen Haaren. Da die alte Schule zu klein war, wurde vor vier Jahren eine neue errichtet. Jetzt liegt sie direkt an der neuen Grenze. Eilig hat die Gemeinde eine etwa drei Meter hohe Betonmauer vor die Schule gebaut, damit die Kinder unbemerkt von aserbaidischen Grenzposten bleiben. Anfang September hat Premierminister Paschinjan die Schule feierlich eröffnet. „Noch nie war der Schulbesuch in Kirants so sicher wie heute“, sagte er. Vardanján schüttelt den Kopf, wenn sie an diese Worte denkt.

Das ganze Dorf stecke in einer tiefen Krise, erzählt sie. Obwohl Kirants ihre Heimat sei, sehe sie für sich selbst keine Perspektive mehr. Wie



„Die Schule von Kirants liegt jetzt mitten in der möglichen Schusslinie“: Gohar Vardanján, Vizedorfvorsteherin hat Angst um ihren Ort
Foto: Maximilian Arnold

davor, „der territorialen Integrität Aserbaidschans Schaden zuzufügen“.

In einem gemeinsamen Appell im Herbst 2023, an dem Röthig beteiligt war, warnten die parteianhänger politischen Stiftungen von CDU, SPD, Grünen und FDP in der Region, dass nach der militärischen Eskalation in Bergkarabach eine aserbaidische Offensive auch auf völkerrechtlich armenischem Territorium wahrscheinlich geworden sei. Befürchtet wird eine gewaltsame Landnahme im Süden Armeniens. „Die EU muss in diesem Fall genauso mit harten Sanktionen auf eine Aggression reagieren, wie sie es nach Russlands vollumfänglicher Invasion der Ukraine getan hat“, heißt es im Appell. Deutschland und Europa müssten sich dringend mehr engagieren, um eine weitere Destabilisierung Armeniens zu vermeiden.

Doch Sanktionen gibt es bis heute nicht. Der Verdacht liegt nahe, dass sich die EU Aserbaidschan als Energielieferanten warmhalten will: Im Juli 2022 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Gasabkommen mit Präsident Alijew abgeschlossen, um einen Ersatzpunkt für russisches Erdgas zu schaffen. Die Importe aus

auch Bürgermeister Khachatryan aus Sotk sagt sie sinngemäß: Ohne Land könnten die Bauern nicht überleben, manche hätten bereits ihr Vieh verkauft. Immer mehr Menschen würden in die Hauptstadt Jerewan gehen. Dort steht die Regierung unter Druck, beim Friedensschluss voranzukommen. „Armeniens Verhandlungsposition ist sehr schwach“, sagt Tigran Grigoryan. Der politische Analyst und Leiter des Regionalen Zentrums für Demokratie und Sicherheit in Jerewan, erklärt, die armenische Führung habe im Grunde alles getan, um in naher Zukunft ein Abkommen zu erreichen. Premierminister Paschinjan habe viele einseitige Zugeständnisse gemacht – wie die Aufgabe der vier Dörfer. „Der Grund ist vorrangig die Niederlage im zweiten Bergkarabach-Krieg von 2020 – und die Unfähigkeit der armenischen Regierung, die militärischen Fähigkeiten Armeniens danach wiederherzustellen.“ Aserbaidschans Machthaber Alijew nutze diese Schwäche aus, um eine maximalistische Agenda zu verfolgen, konstatiert der Politologe.

Den Weltklimagipfel COP29, der im November in Aserbaidschans Hauptstadt Baku stattfinden soll, dürfte Alijew ebenfalls für sich nut-

zen: Vor oder während der Konferenz könnte es zu einer Friedenseinigung kommen, erwarten Expert*innen, die durchaus im Sinne Bakus ausfallen könnte. Es gibt zwei Optionen: ein Rahmenabkommen, oder ein umfangreiches Friedensabkommen. Ersteres wäre nur eine politische Vereinbarung, die keine Probleme löse, so Grigoryan. Es ginge um die gegenseitige Anerkennung völkerrechtlicher Grundsätze – was ohne Sicherheitsgarantien für Armenien aber bedeutungslos bliebe. Mehr noch: „Für Aserbaidschan wäre es ein PR-Sieg, insbesondere wenn es vor oder während der Klimakonferenz geschlossen wird. Und es würde den neuen Status quo legitimieren, den wir nach der ethnischen Säuberung von Bergkarabach haben.“

Die andere Option wäre ein umfassendes Friedensabkommen, das alle offenen Grenzfragen behandelt, erläutert Grigoryan, der von 2020 bis 2021 im Büro des armenischen Sicherheitsrates arbeitete. Doch eine Unterzeichnung vor der COP29 sei unwahrscheinlich. Aserbaidschan stelle Forderungen an Armenien, die sich kurzfristig kaum umsetzen ließen – etwa eine Verfassungsänderung, um armenische Gebietsansprüche auf Bergkarabach vollständig aus der Präambel zu streichen.

Vardanján sind diese abstrakten Verhandlungen egal, sie will: Sicherheit. Zumindest während der COP29 läuft, dürfte es die auch geben: Diplomaten*innen meinen, dass vor den Augen der Welt ein Angriff Aserbaidschans kaum vorstellbar sei. Doch in Regierungskreisen wächst die Angst vor einer neuen Offensive nach der Klimakonferenz, vielleicht im Süden. „Aserbaidschan hat seit 2020 immer wieder die Forderung nach einem extraterritorialen Korridor durch Armenien in die Exklave Nachitschewan erhoben“, erinnert Kaukasus-Experte Marcel Röthig. Im Sommer 2020 wurden in einer militärischen Operation strategische Höhenlagen auf armenischem Boden besetzt – für viele Beobachter*innen ein militärisch günstiger Ausgangspunkt, um einen extraterritorialen Korridor im Süden des Landes notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Laut eines Medienberichts hat

Dauerkonflikt um Gebiete

Geschichte Bis 1991 gehörte Bergkarabach als autonomes Gebiet zur Aserbaidschanschen Sozialistischen Sowjetrepublik. Im Anschluss an eine Volksabstimmung proklamierte es einseitig die Unabhängigkeit. Bergkarabach ist international als Teil Aserbaidschans anerkannt, doch das Gebiet hatte eine mehrheitlich armenische Bevölkerung. Ende 2020 waren in einem sechswöchigen Kampf um die Region mehr als 6.500 Menschen getötet worden. Armenien hatte nach einem von Russland vermittelten Friedensabkommen bereits große Gebiete abtreten müssen.

Weitere Zuspitzung Von Ende 2022 an blockierte Aserbaidschan neun Monate komplett die einzige Zufahrtsstraße (genannt Latschin-Korridor) nach Bergkarabach, es gelangten keine Hilfsgüter dorthin. Das EU-Parlament kritisierte eine ethnische Säuberung. Im September 2023 brachte Aserbaidschan die Region mit einer zweitägigen Militäroffensive vollständig unter seine Kontrolle. In den Tagen nach der Militäroffensive flohen mehr als 100.000 Menschen nach Armenien.

Frieden? Seither ringen Armenien und Aserbaidschan um eine Lösung. Außenministerin Baerbock zeigte sich im Februar bei Gesprächen zuversichtlich, dass Frieden erreicht werden kann. Beide Seiten berufen sich aber auf unterschiedliche völkerrechtliche Prinzipien: Aserbaidschan auf die territoriale Integrität, Armenien und Bergkarabach auf das Völkerrecht selbstbestimmungsprinzip. (MA)

Aserbaidschan diese Forderung in den Gesprächen um ein Rahmenabkommen inzwischen offenbar fallen gelassen, um die Verhandlungen mit Armenien zu erleichtern. Von einem Truppenabzug ist bislang aber nicht die Rede.

Fragt man Bürgermeister Khachatryan, fällt der Glaube an Frieden schwer. Der Preis sei die dauerhafte Rückgabe von Bergkarabach an Armenien, sagt er; ohne könne es keinen echten Frieden geben. „Ich will die Gräber meiner gefallenen Freunde besuchen können.“ Auch Gohar Vardanján spürt eine große Ungerechtigkeit. Kürzlich war sie in Jerewan, hat 50 Seiten eines Romans gelesen, um nicht ständig an ihren Heimatort denken zu müssen. In Kirants kam keine einzige Seite mehr dazu. „Jeden Tag sehe ich die Brücke, über die ich immer gegangen bin und die jetzt in Aserbaidschan liegt. Ich will das verlorene Land nicht zurück, wenn das bedeutet, dass die Häuser darauf zerstört und die alten Bäume gefällt sind.“ Ihr Wunsch für die Zukunft? „Dass Frieden herrscht – und dass sich niemand so fühlen muss wie wir.“

Transparenzhinweis: Die Recherche fand im Rahmen einer Pressereise mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juli nach Armenien statt.

Willkommene Weltbühne

Aserbaidschan will mit der COP29 vom Konflikt mit Armenien ablenken

Von Maximilian Arnold

In rund acht Wochen startet die 29. UN-Klimakonferenz in Aserbaidschans Hauptstadt Baku. Für die einstige Sowjetrepublik im Südkaukasus ist es eine Chance, sich auf internationaler Bühne zu profilieren. Die Herausforderungen für die COP29 könnten größer kaum sein: Im Fokus stehen Gespräche um Klimahilfen in Billionenhöhe. Die fast 200 Staaten sollen sich auf einen neuen finanziellen Rahmen für die Zeit nach 2025 einigen, um Gelder für den globalen Süden einzusammeln, der massiv unter der Klimakrise leidet. Das bisherige Ziel von 100 Milliarden US-Dollar jährlich an Klimafinanzierung, das noch bis 2025 gilt, reicht für die tatsächlichen Bedarfe längst nicht mehr aus. Doch die Chancen stehen schlecht – besonders, weil das Vortreffen in Bonn im Sommer weitgehend ergebnislos verlief. Die Industriestaaten scheuen sich, verbindliche finanzielle Zusagen zu machen. Nicht nur in Deutschland ist die Haushaltslage angespannt.

In Baku geht es auch darum, den beim vergangenen Klimagipfel in Dubai beschlossenen Ausstieg aus den fossilen Energien zu konkretisieren. Aserbaidschan steht wegen seiner fossilen Brennstoffindustrie in der Kritik. Öl- und Gasexporte machen rund 90 Prozent der aserbaidischen Ausfuhr und 60 Prozent des Staatshaushalts aus. Im Juli wurde bekannt, dass die COP29-Präsidentschaft neue fossile Projekte mit dem Pariser Klimaabkommen für vereinbar hält. Daneben kündigt die Präsidentschaft einen „COP Truce Appeal“ an, der zu einem globalen Waffenstillstand während des Gipfels aufruft – wohl auch in eigener Sache, denn das Treffen wird vom Dauerkonflikt in der eigenen Region überschattet, den Aserbaidschans Präsident Alijew hofft, mit einem für ihn günstigen Friedensdeal zu beenden.

Ob es zu Konferenzbeginn ein Friedensabkommen geben wird, ist allerdings unklar. Armenien hatte ein Veto gegen Baku als COP-Schauplatz eingelegt, das aber wieder zurückgezogen. Zwar verspricht Hikmet Hajijew, außenpolitischer Berater von Alijew, eine „COP des Friedens“. Einige Klima- und Menschenrechtsaktivist*innen rufen aber zum Konferenzboykott auf.

Es ist bereits der dritte Klimagipfel in Folge, den ein autoritärer Staat ausrichtet: Nach Ägypten 2022 und den Vereinigten Arabischen Emiraten 2023 geht auch Aserbaidschan rigoros gegen Oppositionelle und Medien vor. Bei der Pressefreiheit belegt das Land im Ranking von Reporter ohne Grenzen Platz 164 von 180 Staaten. Der Status als UN-Konferenz bietet Medienschaffenden zwar einen gewissen Schutz. Medien müssten während des Klimagipfels aber uneingeschränkt Zugang erhalten, um eine freie Berichterstattung zu gewährleisten, teilte Peter Stano, EU-Sprecher für Außen- und Sicherheitspolitik der taz auf Anfrage mit. Die EU fordert grundsätzlich, dass Aserbaidschan die Pressefreiheit respektiert und inhaftierte Journalist*innen freilässt. Sanktionen gegen das Land wegen Menschenrechtsverstößen bestehen demnach aber nicht.

Europa ist auch auf Aserbaidschan angewiesen: Die EU-Staaten beziehen seit 2021 immer mehr fossile Energie aus dem Kaukasus. Im ersten Quartal 2024 lag Aserbaidschans Anteil an den europäischen Gasimporten bei 7,7 Prozent, beim Öl waren es 3,4 Prozent. Eine 2022 geschlossene Energiepartnerschaft zwischen der EU und Aserbaidschan zielt darauf ab, die Gasmenge aus Aserbaidschan bis 2027 auf bis zu 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu verdoppeln, um russische Gaslieferungen wegen des Ukrainekriegs zu ersetzen. Besonders brisant: Aserbaidschan kann die geplante Gasmenge selbst gar nicht liefern. Das Land importiert daher auch Gas aus Russland, das in die EU weitergeleitet wird.

Kritiker*innen bemängeln, dass die EU so Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan unterstützt. Das EU-Parlament forderte ein ausgesetztes Gasabkommen und Sanktionen gegen hochrangige Beamte, die bisher ausblieben. Und der politische Analyst Tigran Grigoryan warnt, dass Aserbaidschan fossile Rohstoffe nutze, um Einfluss im Westen zu gewinnen. Auch wenn der Anteil insgesamt nicht hoch sei, wären Länder wie Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien stark auf aserbaidische Gas angewiesen, kritisiert er. Sie blockierten oft EU-Maßnahmen für Armenien – zuletzt etwa Ungarn die Teilnahme Armeniens an der Europäischen Friedensfazilität, ein Finanzierungsinstrument, mit dem die EU zur internationalen Sicherheit beitragen will.

spenden-wetter

Der BSW-Schatzmeister hat Gerüchte zurückgewiesen, wonach eine 1-Millionen-Euro-Spende an die Partei aus dubiosen Quellen stamme. Das Geld komme „weder aus dem verschwundenen SED-Vermögen noch aus dem Nibelungenschatz, dem Schatz der Tempelritter oder dem Piratenschatz auf der Kokosinsel“. Stattdessen habe der Unternehmer Thomas Stanger gespendet. Also alles nicht so schlimm, bloß ein Geschenk eines Superreichen! Das Wetter morgen auf den Kokosinseln: 26 Grad und Sonne.



Lindner blockiert Tariftreuegesetz der Ampel

Bei öffentlichen Aufträgen soll künftig nach Tarif gezahlt werden. Doch nun stockt das Gesetz

Von Amelie Sittenauer

Die Ampel streitet über das von der SPD forcierte Tariftreuegesetz. Das Bundesfinanzministerium von Christian Lindner (FDP) hat das Gesetzgebungsverfahren vorerst gestoppt und ein Veto gegen die Anhörung von Verbänden eingelegt. Dies wurde der taz aus Regierungskreisen bestätigt.

Aus Kreisen des Finanzministeriums hieß es, der Gesetzentwurf, den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vorlegte, werde den Zielen der Initiative noch nicht gerecht. Man wolle, dass wirtschaftliche Dynamik erleichtert und nicht bürokratische Hürden erhöht werden. Auch sei die Tariftreue für die Sozialpartner von besonderer Bedeutung. Ein Sprecher von Arbeitsminister Heil sagte nur, die Gespräche innerhalb der Regierung zu dem Gesetz dauerten an, das Ergebnis bleibe abzuwarten.

Das Tariftreuegesetz sieht vor, dass Unternehmen, die für den Bund tätig sind, nach Tarif bezahlen müssen. Egal ob eine Brücke saniert oder der Caterer für ein Ministerium gewechselt wird – Arbeitnehmer:innen würden in diesen Fällen unter dem Schutz eines Tarifvertrags stehen. Den Gesetzentwurf hatte Heil kürzlich vorgestellt. Der Staat habe eine Vorbildfunktion, betonte er.

Auf das Gesetzesprojekt hat sich die Ampel 2021 in ihrem Koalitionsvertrag verständigt. „Wir wollen die Tarifautonomie, die Tarifpartner und die Tarifbindung stärken, damit faire Löhne in Deutschland gezahlt werden. Dies befördert auch die nötige Lohnangleichung zwischen Ost und West“, heißt es dort.

Katja Mast, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, zeigte sich irritiert über den Widerstand aus dem FDP-geführten Bundesfinanzministerium. Beim Tariftreuegesetz gehe es um faire Wettbewerbsbedingungen, „vor allem auch für die Unternehmen, die ihre Leute ordentlich bezahlen und durch Schmutzkonzurrenz kaum eine Chance auf öffentliche Aufträge haben“, betonte sie.

Verdi-Chef Frank Werneke bezeichnet die FDP-Blockade als „ein echtes wirtschaftspolitisches Standortrisiko für Deutschland“. Der Ampel drohe weiterer schwerer Schaden an ihrer politischen Glaubwürdigkeit, wenn die FDP nach einem längst verkündeten Kompromiss nun das Tariftreuegesetz wieder infrage stelle, warnte Werneke. Das Finanzministerium, erklärte Werneke, irre sich: Es habe bislang keinen abschließenden Kompromiss gegeben.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hingegen begrüßte das Veto des Finanzministers. „Wir fordern die Regierung auf, die Pläne für einen Tarifzwang bei öffentlichen Aufträgen endlich aufzugeben oder praxisnah fortzuentwickeln“, so Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter zur dpa.

Ähnliche Tariftreuegesetze, wie nun auf Bundesebene geplant ist, gibt es bereits in mehreren Ländern, etwa in Thüringen, Berlin und im Saarland. Weitere Länder diskutieren Entwürfe. Laut Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) hätte eine stärkere Tarifbindung auch wirtschaftliche Vorteile. Auf jährlich 130 Milliarden Euro beziffert der DGB den Schaden, der Fiskus und Beschäftigten durch Tarifflicht in Deutschland entsteht.

Wahlkampf in Potsdam: Für Brandenburgs Grüne ist ein Direktmandat hier womöglich der einzige Weg in den Landtag. Deswegen unterstützt Campact die Kandidatin der Partei hier besonders stark
Foto: Achille Abboud/imago

Bloß keine Sperrminorität für Brandenburgs Rechte

Der Verein Campact will die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg gezielt schwächen. Wie schon in Sachsen und Thüringen bleibt auch diesmal Kritik nicht aus



Von Louise Ringel

Campact hat vor den Landtagswahlen in Brandenburg eine Kampagne zur Unterstützung der demokratischen Parteien und gegen die AfD gestartet. Der Verein ruft zu strategischer Erststimmabgabe auf und unterstützt Politiker:innen verschiedener Parteien mit Geld, Mailings, Postwurfsendungen und Social-Media-Werbung. Ziel ist es, die Macht der AfD im künftigen Landtag zu minimieren.

Marie Schäffer ist Grünen-Direktkandidatin in Potsdam und hat gute Chancen auf das Direktmandat dort. Campact unterstützt sie mit 25.000 Euro und weiteren Hilfsleistungen wie Postsendungen. Das Kalkül: Wenn eine Partei in Brandenburg ein Direktmandat erzielt, kann sie in den Landtag einziehen – selbst wenn sie die Fünfprozenthürde verfehlt. Sie bekommt dann so viele Plätze im Landtag, wie ihr nach den Zweitstimmen zusteht. Da es für die Grünen in Brandenburg knapp

werden könnte, baut Campact darauf, dass die Partei über das Direktmandat von Marie Schäffer in den Landtag kommt. Dann würden deutlich weniger Sitze auf die AfD entfallen, als es in einem Parlament ohne die Grünen der Fall wäre.

Im zweiten Teil der Kampagne will Campact in anderen Wahlkreisen möglichst viele AfD Direktmandate verhindern. Dazu unterstützen sie in 26 Wahlkreisen die aussichtsreichste Gegenkandidatur mit Geld und Mailings. Das sind 25 Politiker:innen der SPD, die mit insgesamt 100.000 Euro unterstützt werden. Den Kandidaten Péter Vida von den Freien Wählern unterstützt Campact mit 4.000 Euro. Das Geld für die Kampagne kommt laut Campact von den Unterstützer:innen der Organisation. In Brandenburg seien das rund 80.000 Menschen.

Hinter all diesen Bemühungen steht das Ziel, der AfD eine Sperrminorität zu verwehren. Wenn eine Partei mehr als ein Drittel aller Parlamentssitze er-

hält, kann sie wichtige Entscheidungen blockieren, wie zum Beispiel die Wahl von Verfassungsrichter:innen.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen im August drohte eine solche Sperrminorität durch die AfD. Auch dort hat Campact deshalb Kampagnen zu strategischem Wählen durchgeführt. In Thüringen wurde das Ziel deutlich verfehlt. Doch in Sachsen konnten Direktmandate durch Juliane Nagel und Nam Duy Nguyen von der Linken gewonnen werden, wodurch die Linke trotz schlechten Gesamtergebnisses in den Landtag einzog. Eine Sperrminorität der AfD wurde so verhindert.

Das Vorgehen von Campact wird nicht von allen gern gesehen. Wie zuvor in Thüringen und Sachsen gibt es Kritik. Manja Schüle ist SPD-Landeskulturministerin und tritt wie Marie Schäffer in Potsdam an. In einem Brief, der dem *Nordkurier* vorliegt, zeigte sie sich enttäuscht über die Wahlemp-

fehlung Campacts für Marie Schäffer. Die Grünen könnten auch über die Zweitstimme in den Landtag kommen. Sie kritisiert auch, dass Campact sich in den Wahlkampf einmischte.

Danny Schmidt von Campact sagt der taz dazu: „Könnte‘ ist das richtige Wort. Es ist bei Weitem nicht klar, ob die Grünen reinkommen. Um die Grünen zu sichern und weil Marie Schäffer die aussichtsreichste Kandidatin ist, haben wir uns dazu entschieden, sie zu unterstützen.“ Es gehe dabei allein darum, zu verhindern, dass die Grünen aus dem Landtag fliegen. Man sei vorher auf SPD und Grüne auf Landesebene zugegangen und habe die Aktion abgesprochen. Schüles Parteikolleg:innen von der SPD haben das Geld alle angenommen.

Schüle möchte nun weiter um Erststimmen kämpfen und laut einer Sprecherin „noch mehr im Wahlkreis unterwegs sein – noch mehr Gespräche – noch mehr Kontakt zu den Menschen suchen“.

Kein Kater im Kloster

Merz wird Union-Kanzlerkandidat, Söder ist zurück in Bayern – als hätte ihn nie etwas anderes interessiert

Aus München Dominik Baur

Jetzt also wieder Landespolitik. Am Tag danach steht Markus Söder im Seminarraum 5 von Kloster Banz und spricht über mehr Bewegung für bayerische Schüler. Und über kostenloses Parken für E-Autos im Freistaat. Auch um die Entschlackung des Brandschutzes in Bayern geht es. Und um eine mögliche Olympia-Bewerbung Münchens für 2040. Fast eine Stunde lang unterrichtet der Ministerpräsident die anwesende Presse über den Inhalt der Grundsatzrede, die er gerade vor der CSU-Fraktion gehalten hat. Es ist schon fast zur Gewohnheit geworden, dass Söder die Herbstklausur seiner Fraktion zum Anlass nimmt, ein kleines landespolitisches Feuerwerk zu entfachen, ein umfangreiches Maß-

nahmenpaket der Staatsregierung vorzustellen. Die Botschaft ist deutlich: Wir machen was.

Was Söder, wie wir seit Dienstag wissen, nicht macht, ist den Kanzlerkandidaten. Den Job hat er nach einer intensiven Werbekampagne in eigener Sache nun doch CDU-Chef Friedrich Merz überlassen. Nachdem er die Entscheidung am Mittag noch gemeinsam mit Merz in der bayerischen Landesvertretung in Berlin bekannt gegeben hatte, traf der CSU-Chef am Abend am Kloster Banz ein, wo sich die Abgeordneten bereits im Hof aufgestellt hatten, um ihn mit lautem Applaus zu begrüßen. „Fast als gelte es, die Rückkehr eines verlorenen Sohnes zu feiern“, schrieb die Deutsche Presse-Agentur, die die Szene beobachtete.

Er ist also wieder da. Oder war er gar nie wirklich weg?

Fraktionschef Klaus Holetschek spricht am Mittwoch zwar von schwierigen Tagen, die man hinter sich habe, aber auch von einer hervorragenden Stimmung auf der Klausur. Von Katerstimmung keine Spur. Natürlich wird Söder dann nicht nur auf den Bewegungsmangel an bayerischen Schulen, sondern auch auf die K-Frage angesprochen.

Er habe seinen Beitrag zur gemeinschaftlichen Stärke der Union geleistet, sagt er und zielt sich selbst, um seinen Gemütszustand zu beschreiben: „Ich bin damit innerlich völlig fein.“

In den fast drei Jahren, in denen er nun mit Merz zusammengearbeitet habe, habe er kein einziges Mal das Gefühl gehabt, dass da kein Vertrauen wäre. So habe man sich auch in der K-Frage einvernehmlich ge-

eignet. „Am Ende zählt das Wort zwischen Merz und mir. Das ist die Basis, das ist die Brücke, und diese Brücke ist steinern und fest.“

Es werde dennoch ein schwerer Wahlkampf für die Union werden. Und damit dieser am Ende erfolgreich sei, betonte Söder einmal mehr, müsse jede Zusammenarbeit mit den Grünen kategorisch ausgeschlossen werden. Eine Union, die dauerhaft über 30 Prozent der Wählerstimmen haben wolle, dürfe sich für die Grünen nicht öffnen. Er freue sich, dass Friedrich Merz nun auch „auf dem Weg ist“. Dieser hatte sich in der Vergangenheit grundsätzlich offener für Schwarz-Grün gezeigt, am Dienstag in der ARD jedoch eingeschränkt: „Aus heutiger Sicht würde ich sagen, es geht nicht.“

Rechtsextremer Problemfall Telegram

Der Verfassungsschutz warnt in einer Analyse, wie vielfältig Nazis das Internet für ihre Zwecke nutzen. Vor allem der russische Messengerdienst Telegram bereitet ihm Sorge

Von Konrad Litschko

Die Warnung ist deutlich. Rechtsextremisten nutzen inzwischen alle Kanäle im Internet – um zu werben, sich zu vernetzen oder sich bis hin zu Terroratzen aufzuputschen. So notiert es das Bundesamt für Verfassungsschutz. Und vor allem der Messengerdienst Telegram macht dem Geheimdienst Sorgen: Dieser sei inzwischen „die zentrale Kommunikationsplattform des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland“ – fast ohne dass die Betreiber hier einschreiten würden.

Die Warnung geht aus einer aktuellen Analyse des Bundesamts hervor, die der taz vorliegt. Auf gut 50 Seiten wird darin ausgeführt, in welcher Größenordnung Rechtsextremisten inzwischen im Internet ihre Botschaften verbreiten: auf Onlineportalen, Gamingplattformen, Imageboards oder in Messengerdiensten, mit Trollaktionen oder in Onlinegames. Das Internet eröffne „Rechtsextremisten immer neue Möglichkeiten zu dessen Instrumentalisierung“, warnt der Verfassungsschutz. Agitation und Radikalisierung fänden dabei „schon lange nicht mehr“ in klassischen Onlineforen statt. Und das Internet sei

der zentrale Raum für rechtsextremistische Radikalisierung.

Allen voran sehen die Verfassungsschützer dabei Telegram als Problem. Für Rechtsextreme sei der Messengerdienst ein „nahezu unmoderierter und unregulierter digitaler Wirkungsraum“, heißt es in der Analyse. Telegram habe sich zur „Anker- und Sammelstelle verschiedener rechtsextremistischer Szenen entwickelt“, mit Großgruppen von bis zu 200.000 Follower*innen oder klandestinen geschlossenen Kleingruppen. Hier werde Ideologie „ungefiltert verbreitet“, für rechtsextreme Veranstaltungen mobilisiert und für die Szene rekrutiert. Selbst konkrete Tötungsabsichten blieben oftmals unwidersprochen oder fänden gar Zustimmung.

Es finde ein starker „Echokammereffekt“ statt, eine Dynamik der permanenten Selbstbestätigung, die wiederum Radikalisierung befeuert. Gerade weil es nur selten zur Accountsperrung oder anderweitiger Reglementierung komme, sei Telegram in der Szene sehr beliebt.

Aber auch andere Onlinephänomene besorgen den Verfassungsschutz. So nutzten Rechtsextreme ebenso Tiktok, Instagram, X oder Facebook, dort

vor allem, um von der großen Reichweite zu profitieren, um „in die Mitte der Gesellschaft zu streuen“. Das wiederkehrende Schema: Auf komplexe Fragen werden einfache Antworten geboten. Und gerade auf Tiktok oder Instagram würden Ideologie mit Lifestyle-Themen wie Ernährung, Sport oder Natur verknüpft und so Jugendliche erreicht, eine besonders vul-

Das Internet ist mittlerweile der zentrale Raum für rechtsextreme Radikalisierung

nerable Zielgruppe, so der Verfassungsschutz.

Komme es doch zur Accountsperrung, weiche die Szene teils auf kleinere Plattformen wie Gettr und Minds aus, wo uneingeschränkte Meinungsfreiheit versprochen werde, deren Reichweite aber weit begrenzt sei. Oder auf Videoportale wie BitChute, freiz und Odysee.

Beliebt in der Szene seien weiterhin auch die registrierungsfreien Imageboards wie 4chan, Kohlchan oder 8kun, notiert das Bundesamt. Und hier agiere die

Szene besonders unverhohlen: Gewalt und Rechtsterror würden beschworen, Attentäter gefeiert, der Nationalsozialismus werde verherrlicht. International komme es auf den Boards immer wieder zu Anschlagsankündigungen. Auf einem Imageboard war auch der rechtsextreme Attentäter von Halle aktiv, der 2019 eine Synagoge und einen Dönerimbiss angriff und zwei Menschen tötete – und seine Tat live ins Internet übertrug. Auch die deutschen QAnon-Anhänger*innen seien auf dem Imageboard 8kun aktiv. Verbreitet würden dort auch Memes, ironische Bilder, welche die Szene aber mit menschenverachtenden Inhalten versehen – wie die des „Moon Man“ oder „Pepe the frog“.

Gruppen wie „Reconquista Germanica“ sammelten sich dagegen auf Gruppenchatdiensten wie Discord und organisierten von dort Shitstorms und Trollaktionen gegen Andersdenkende. Andere Gruppen, wie das identitätsnahe Netzwerk Ein Prozent, würden wiederum mit Onlinegames wie „Heimat Defender“ um Nachwuchs buhlen. Auch in einigen Egoshoorten könnten Spieler etwa durch sogenannte Mods – Modifikationen bestehender Spiele – die

rechtsterroristische „Atomwaffen Division“ als spielbare Gruppe auswählen und Rechtsterrortaten nachspielen.

Auch Vaporwave, eine eigentlich unpolitische Ästhetik, die nostalgisch Bildelemente der 1980er und 1990er Jahre aufgreift, wird in der Szene instrumentalisiert – als „Fashwave“, den „fascism“ verherrlichend. Gezeigt werden dann Wehrmachtssoldaten oder historische NS-Aufnahmen in Neonfarben oder mit Glitch-Effekt.

Das Bundesamt betont bei allem, dass soziale Medien kein alleiniger Auslöser für Radikalisierung seien – aber ein zentraler Einflussfaktor. Der Verfassungsschutz hält hier nach eigener Auskunft mit Aufklärungsarbeit dagegen, überwacht online rechtsextreme Netzwerke sowie radikalisierte und versucht anonyme Hetzer zu identifizieren, auch zusammen mit internationalen Partnerdiensten.

Die Antwort aber müsse „eine gesamtgesellschaftliche Reaktion“ sein, erklärt der Verfassungsschutz. Auch die Onlinecommunity selbst müsse aktiv werden, zudem brauche es eine „konsequente juristische Ahndung“ von Straftaten im Internet und eine „nachhaltige“

Selbstregulierung der Plattformbetreiber.

Die Warnungen sind nicht neu. Schon im vergangenen Jahr erklärte auch der Thinktank Cemas Telegram „zur wichtigsten Bühne“ des Rechtsextremismus im deutschsprachigen Raum. Und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte bereits 2022 in ihrem ersten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus angekündigt, „Hetze im Internet ganzheitlich bekämpfen“ zu wollen, explizit auch mit Verweis auf Telegram. Das BKA solle dafür seine Strukturen ausbauen und Netzwerke beobachten.

Tatsächlich hatte das BKA Anfang 2022 eine Taskforce Telegram eingerichtet – die aber bereits Ende 2022 wieder eingestellt wurde, auch weil Telegram immer wieder die Kooperation mit den Behörden verweigerte. Ende August dieses Jahres war allerdings Telegram-Chef Pawel Durow in Frankreich zwischenzeitlich festgenommen worden. Auch die dortigen Ermittler werfen ihm vor, nicht ausreichend bei der Bekämpfung von Straftaten zu kooperieren. Durow habe sich etwa in Fällen von Drogenhandel, Geldwäsche und weiteren Delikten mitschuldig gemacht. Durow weist die Vorwürfe zurück.



Bieten Nazis Platz und entziehen sich jeder Kooperation mit den deutschen Behörden: die Betreiber des Messengerdienstes Telegram Foto: Nikolas Kokovis/imago

„Wir haben jetzt die Rolle der FDP“

Für die SPD in Thüringen gewann nur Matthias Hey bei den vergangenen zwei Landtagswahlen ein Direktmandat. Dieses Mal verlor auch er. Es gebe Regionen im Land, da sei die SPD nicht mehr vorhanden, sagt der Sozialdemokrat. Doch man dürfe die Partei nicht abschreiben

Interview David Muschenich

taz: Herr Hey, in Thüringen haben bei der Landtagswahl gerade noch 6,1 Prozent der Wählenden ihr Kreuz bei der SPD gemacht. Der Abwärtstrend hält schon seit Jahren an. Lässt sich der noch aufhalten?

Matthias Hey: Tja, als ich 2009 in den Landtag kam, da hatten wir noch 18 Prozent. 2014 sind wir runter auf 12 Prozent, fünf Jahre später waren es noch 8 und jetzt 6 Prozent. Das ist schon beängstigend. Wir reden von der ältesten mitteleuropäischen Partei, die in meiner Stadt Gotha 1875 laufen gelernt hat. Jetzt haben wir die Rolle der FDP, sage ich mal so, als kleinste Fraktion im Thüringer Landtag. Und das kann für eine solch stolze Partei nicht der Anspruch sein.

taz: Wie lässt sich das ändern?

Hey: Das hängt von vielen Dingen ab. Zum Beispiel von pragmatischer Landespolitik. Wir haben in

der jetzigen Situation gemerkt, dass die Lage der Ampel im Bund, also der Koalitionsstreit, auf uns niedergeregt ist.

taz: Hat die Bundesspitze der SPD hat schon begriffen, wie schwer gerade die Situation in Sachsen und in Thüringen ist?

Hey: Na ja. Völlig ohne Not – und wie ich finde, inhaltlich falsch – hat vor wenigen Wochen das Präsidium der SPD einen Beschluss gefasst, wie duftete das ist, in zwei Jahren wieder Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden zu stationieren, die Richtung Moskau zeigen. Dass die das ernsthaft vor zwei entscheidenden Landtagswahlen im Osten tut, wo die Leute das Wettrüsten satt haben, das ist fatal. Und es lässt nur zwei Schlüsse zu: Entweder man hat im Willy-Brandt-Haus nicht so richtig begriffen, wie der Osten tickt. Oder man kalkuliert das ein und der Osten ist einem dann egal. Beide Begründungen gefallen mir nicht.

taz: Warum ist die SPD in Thüringen, wo sie doch in Gotha das Laufen lernte, so schwach?

Hey: Also in Gotha ist sie sehr stark. Wir sind am Wahlabend mit 34,6 Prozent nur um 27 Stimmen am Direktmandat vorbeigeschrammt. Und das, obwohl eine schmutzige Kampagne fälschlich behauptete, ich läge schon im Hospiz und ein Kreuz bei mir mache keinen Sinn. Auch in einzelnen Städten, Erfurt, Jena, Eisenach, können wir noch punkten. Aber insgesamt gilt schon, was Sie sagen. Es gibt Regionen in Thüringen, da ist die SPD de facto nicht mehr vorhanden. Zumindest nicht als eine Partei, die Ortsvereine besitzt, die Jusos hat. Es gibt Teilstriche, da leben noch 10 Genossen, die sind alle über 70 und haben alle schlechte Laune. Wir haben das flache Land verloren. Und solche Strukturen zurückzuerobern, ist unglaublich schwierig, da die Räume längst neu besetzt sind.

taz: Unglaublich schwierig oder unmöglich?

Hey: Nein, unmöglich ist das nicht. Man darf die SPD nie abschreiben. Aber sie muss bundesweit an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, damit die Leute sagen: Diese drei Buchstaben sind der Anwalt meiner Interessen. Denn aktuell stelle ich fest, dass beispielsweise das Arbeitermilieu längst die SPD als Partner im Parlament abgeschrieben hat und AfD wählt.

taz: Wie wollen Sie es schaffen, dass es wieder mehr als 10 Genossen werden?

Hey: Wir müssen unsere Sichtbarkeit wieder herstellen. Vielleicht sollten wir, ich spinne jetzt mal, eine Art Kasse gründen, in die jeder Mandats- und Funktionsträger der SPD jeden Monat etwas einzahlt, damit wir im ländlichen Raum zum Beispiel ein SPD-Büro haben, wo sich Jusos abends treffen und Leute hingehen können, um sich meinetwegen zu beschweren. Es ist wichtig, dass wir auf dem Land überhaupt da sind.

taz: Und dann treten die Leute wieder in die SPD ein?

Hey: Nicht einfach so. Wir erleben im ländlichen Raum eine Entpolitisierung. Es gibt Gemeinderäte, da gibt es gar keine Parteien mehr. Die Leute glauben, insbesondere im Osten, dass dieses Zusammenwirken von bestimmten Funktionären und einer Partei nicht gut ist. Das rührt aus der Vergangenheit her, denn die Partei war schlechthin die SED. Damit wollte man nichts zu tun haben. Jetzt gerieren sich Leute, die sich Freie Wähler nennen oder die parteilos sind, als die Besseren. Das ist ein großes Problem, nicht nur für die SPD. Krankenversicherung, Rentensystem, Straßen, Schulen – das alles haben Parteien gemacht. Wir müssen den Leuten begreifbar machen, dass es nichts Übelriechendes ist, wenn du Mitglied einer Partei bist. Ich rede ja gar nicht davon, dass alle in die SPD müssen. Wir brauchen auch eine starke CDU oder etwa die Grünen.



Matthias Hey, 54, seit 15 Jahren für die SPD im Thüringer Landtag. In der DDR arbeitete er als Drucker, nach der Wende machte er eine Weiterbildung zum Steuerbeamten in seiner Heimat Gotha. 1996 trat er in die SPD ein. Bei der Landtagswahl verlor er in Gotha knapp sein Direktmandat an AfD-Mann Stephan Steinbrück, zog aber über die SPD-Landesliste wieder ins Parlament ein.

Foto: Martin Schüttgip

taz * die tageszeitung

Mach dir mal `ne Platte!

Brandenburg aus Sicht junger Autor*innen, u.a. mit Texten über ein Dorfkind aus der Ostprignitz, westdeutsche Klischees, eine Integrations-Initiative, Teslas Wasserraub und wie die Oder noch zu retten ist.

4 Seiten zur Landtagswahl in Brandenburg in der taz am Freitag, den 20.9.2024



BILD: TIM GASSAUER

taz Kurzreisen in Deutschland

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Entdecken Sie gemeinsam mit engagierten Reisenden Ihnen unbekannte Orte und reizvolle Landschaften in Deutschland

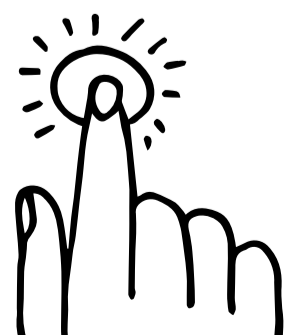


Foto: Daniel Schoenen

FREIBURG UND SCHÖNAU

Mit taz-Autor Bernward Janzing besuchen Sie erfolgreiche Projekte zur Energiewende in Südbaden – in Kooperation mit der EWS, der Genossenschaft der Stromrebellin in Schönau.

14. bis 18. Oktober 2024, ab 960 €



Windfirmen können Stellen nicht besetzen

Mangel an Fachkräften führt zu mehr Tarifbindung in der einst gewerkschaftsfeindlichen Branche

Von Anja Krüger

Betriebsräte aus der Windbranche schauen zwar weitgehend optimistisch auf die Zukunft, sehen ihren Wirtschaftszweig aber gleichzeitig wegen Verlagerungen oder Fachkräftemangels unter Druck. Das zeigt eine am Mittwoch veröffentlichte Befragung der IG Metall.

Daran nahmen Betriebsräte aus 30 Windenergie-Unternehmen mit 28.600 Beschäftigten teil. Insgesamt arbeiten in der Branche rund 120.000 Beschäftigte, allerdings viele davon in klassischen Industrien wie dem Maschinenbau. Im Vergleich zum Jahr 2019 hat sich die Stimmung unter den Betriebsräten enorm aufgehellt. Fast 67 Prozent der Befragten blicken 2024 positiv in die Zukunft, vor fünf Jahren waren es nur 3,7 Prozent. Die Große Koalition hatte noch wenig Wert auf den Ausbau der Windkraft gelegt. Das hat sich mit der Ampelregierung geändert. Im Jahr 2022, als die Bundesregierung ihre Ausbaubeschlüsse gefasst hat, hatten fast 77 Prozent der Betriebsräte eine positive Markteinschätzung.

Dennoch: Die Befragten schätzen Auftragslage und Auslastung nun verhaltener ein als in den Vorjahren. In vielen Betrieben sind Umstrukturierungen und Verlagerungen ein Thema. Mehr als vier Fünftel der Betriebe haben Probleme, Fachkräfte zu finden. Nicht einmal die Hälfte der Unternehmen konnte alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Gerade Betriebe ohne Tarifbindung finden schwer oder kein Personal, sagte Daniel Friedrich von der IG Metall Küste, die für die Windbranche zuständig ist. Unternehmen mit Tarifbindung zahlen häufig besser und bieten attraktivere Arbeitsbedingungen. Reine Windbetriebe waren lange gewerkschaftsfeindlich. Mittlerweile hat die IG Metall große Unternehmen wie Orsted oder Vestas zu Tarifvertragsabschlüssen gebracht. Die Tarifbindung in der Branche liegt jetzt mit rund 50 Prozent im Durchschnitt, nach 40 Prozent im Jahr 2022.

Auch der Blick auf mögliche Konkurrenz mit Dumpingangeboten aus China mache den Betriebsräten Sorgen, sagte Friedrich. „Es gibt Politiker und Leute in Verbänden, die sagen: Es ist egal, woher die Anlagen kommen“, sagte er. „Das sehen wir anders.“ Bei Ausschreibungen dürfe nicht nur der Preis eine Rolle spielen, es gehe auch darum, industrielle Kerne und Fertigkeiten vor Ort zu erhalten.

Noch ist die Branche weitgehend in der Hand europäischer Unternehmen wie Vestas, Enercon oder Siemens Gamesa. Die IG Metall fürchtet, dass Anbieter aus China mit subventionierten Billigangeboten auf den deutschen Markt drängen. So wurde für das Windkraft-Offshore-Projekt Waterkant ein Vorvertrag über 16 Windturbinen mit einem chinesischen Anbieter geschlossen.

brief des tages

Fanatismus ent-täuschen?

„Dann sollen sie doch“, taz vom 10. 9. 24 Bernhard Becker sieht eine „Dämonisierung“ der AfD und empfiehlt eine „Strategie kritischer Ent-täuschung“, die in USA, Brasilien und Polen erfolgreich gewesen sei. Also Höcke zum Ministerpräsidenten wählen und ihn dann scheitern lassen. Vielleicht scheitert Höcke, aber bis dahin könnte die AfD Nazis als Beamte in Schlüsselstellungen bringen. 1932 konnte die NSDAP die meisten Mandate erringen, sie war als „normale“ Partei etabliert und konnte nun eine Regierung unter ihrer Führung bilden. Die bürgerlichen Parteien hatten 1930 auch einen Unvereinbarkeitsbeschluss (gegen die SPD) und sich so für eine Regierungsbildung von den Nazis abhängig gemacht. Die „Ironie“, Höcke werde das KZ Buchenwald wieder eröffnen, ist geschmacklos. Das wird er nicht tun, aber Ausländer werden noch stärker drangsaliert werden, in- und ausländische Firmen werden sich in Landesteile oder Länder mit welfönerem Klima flüchten – und die Buchenwald-Gedenkstätte wird die Unterstützung durch das Land verlieren. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass „Entzauberung“ bei fanatischen Anhängern funktioniert – bei Trump hat sie das auch nicht getan. Eduard Belotti, Augsburg

Zahl des Tages

1,0 Prozent

Der **Auftragsbestand der deutschen Industrie** hat im Juli erstmals seit einem halben Jahr wieder zugelegt. Im Vergleich zum Vormonat Juni stieg er um 1,0 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Die Reichweite des Auftragsbestands, also die Zeit, die bei gleichbleibendem Umsatz ohne neue Auftragsengänge produziert werden müsste, um alle Aufträge abzuwickeln, stieg von 7,2 auf 7,3 Monate. Einen starken Anstieg Bestands verzeichneten die Bereiche elektrische Ausrüstung (3,4 Prozent) und sonstiger Fahrzeugbau (2,6 Prozent). Im Maschinenbau sank der Auftragsbestand hingegen um 1,0 Prozent. Die offenen Aufträge aus dem Inland stiegen um 2,1 Prozent. (afp)

Klimaschutz gegen Fluten

Nach den Regenfällen in Osteuropa steigen in Deutschland die Pegel weiter. Der BUND fordert mehr natürlichen Hochwasserschutz

Von Anton Dieckhoff

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert nach den schweren Regenfällen in Osteuropa „mehr natürlichen Hochwasserschutz in Form von Auen und Rückhalteflächen und ambitionierter Klimaschutz“. Weite Teile der Politik hätten immer noch nicht erkannt, dass natürlicher Hochwasserschutz und ambitionierter Klimaschutz das Gebot der Stunde seien, teilte die Umweltorganisation wenige Tage vor der Landtagswahl im vom Hochwasser betroffenen Brandenburg mit. „Jede Investition in Klimaschutz ist um ein Vielfaches geringer als die Folgekosten, die durch die Klimakrise entstehen.“

In Dresden erreichte die Elbe am Mittwoch die 6-Meter-

Marke. Dort galt nun laut Landeshochwasserzentrum die Alarmstufe 3. Das bedeutet für die Anwohner, dass bebaute Fläche, überörtliche Straßen und Schienenwege überschwemmt werden könnten.

Vorhersagen zufolge sollte der Pegel am Mittwoch weitersteigen, bevor er in der Nacht auf Donnerstag wieder leicht sinkt. Nicht erwartet wurde Alarmstufe vier, die bei einem Wasserstand von 7 Metern ausgerufen wird.

In Brandenburg waren Krisenstäbe in Alarmbereitschaft. Menschen trafen am Mittwoch Sicherheitsvorkehrungen, um ihre Häuser vor möglichen Schäden infolge des drohenden Hochwassers an der Oder zu bewahren. Nach der Prognose des Landesamts für Umwelt soll in dem kleinen Ort Ratzdorf, wo

die Oder zuerst brandenburgisches Gebiet erreicht, wohl am kommenden Montag die höchste Alarmstufe 4 mit einem Wasserstand von um die 6 Meter erreicht werden.

In den Hochwassergebieten von Polen über Tschechien bis nach Österreich gaben die Behörden ebenfalls noch keine Entwarnung. An einigen Orten stieg das Wasser der Flüsse noch. Insgesamt kamen bislang mehr als 20 Menschen in Mittel- und Osteuropa ums Leben.

Österreichs konservativ-grüne Bundesregierung beschloss ein milliardenschweres Hilfspaket für die Opfer des Hochwassers. Unter anderem werde der Katastrophenfonds auf 1 Milliarde Euro aufgestockt. Bisher standen in diesem Topf etwa 300 Millionen Euro zur Verfügung. (mit dpa)

Bekommt über kurz oder lang Seltenheitswert: fertige Neubauwohnung
Foto: Thomas Trutschel/imagoo



Weniger Genehmigungen für Wohnungsneubauten

Hierzulande kostet selbst ein WG-Zimmer im Schnitt mittlerweile 489 Euro im Monat. Derweil gerät die Bauwirtschaft wegen weiterhin hoher Zinsen immer tiefer in die Krise

Von Simon Poelchau

Während Mietwohnungen immer teurer werden, gerät die Bauwirtschaft immer stärker in die Krise. Im Juli brach die Zahl der Baugenehmigungen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 19,2 Prozent ein, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch bekanntgab. Damit wurde in dem Sommermonat der Bau von nur noch 17.000 Wohnungen genehmigt. Zwei Jahre zuvor hatte die Zahl der Genehmigungen noch bei über 30.000 Wohnungen gelegen.

„Der Boden ist damit immer noch nicht erreicht und zaghafte Stabilisierungszeichen aus den Vormonaten haben sich als trügerisch erwiesen“, kommentierte der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Sebastian Dullien, diese Entwicklung. Das aktuelle Niveau der Baugenehmigungen entspreche nur rund 200.000 neu gebauten Wohnungen pro Jahr. „Das ursprüngliche Ziel der Bun-

desregierung, dass jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen in Deutschland entstehen sollen, liegt nun für diese Legislaturperiode in unerreichbarer Ferne.“

Derzeit arbeiten noch rund 2,6 Millionen Beschäftigte im Baugewerbe. Lange Zeit ging es der Branche aufgrund niedriger Zinsen relativ gut. Als das Bruttoinlandsprodukt wegen der Coronakrise 2020 um 3,5 Prozent einbrach, legte die Bauwirtschaft noch um 1,5 zu. Die Wende kam mit steigenden Zinsen infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022. Denn die Europäische Zentralbank (EZB) bekämpfte den dadurch ausgelösten Anstieg der Inflation mit höheren Zinsen. Dies verteuerte Kredite, was sich wiederum negativ auf Immobilienpreise und Bauwirtschaft auswirkte.

Zwar hat die EZB die Zinsen zwischenzeitlich wieder leicht gesenkt. Doch ist sie laut Dullien dabei zu zögerlich. „Die Zinsen für zehnjährige Immobilienkrie-

ditte hatten sich zeitweise von rund einem Prozent fast vervierfacht und liegen heute immer noch mehr als dreimal so hoch wie zum Tiefpunkt“, erklärt der Experte. „Die Wohnungsnot in den deutschen Ballungsgebieten wird damit absehbar anhalten.“

Wie groß die Wohnungsnot derzeit ist, dürften im bald be-

„Die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten wird absehbar anhalten“

Sebastian Dullien, Ökonom

ginnenden neuen Semester auch viele Studierende merken.

Mittlerweile kostet ein Wohngemeinschaftszimmer an einem deutschen Hochschulstandort im Schnitt 489 Euro pro Monat. Die Zimmer sind damit im Schnitt um 17 Euro teurer als im Wintersemester 2023/24, wie eine aktuelle Studie zeigt,

die das Moses-Mendelssohn-Institut in Kooperation mit der Onlineplattform wg-gesucht.de erstellt. Vor dem Wintersemester 2013/2014 hat ein WG-Zimmer im Schnitt noch 324 Euro gekostet.

Für ihre Analyse werteten die Forschenden mehr als 9.000 Angebote für WG-Zimmer aus. Besonders viel müssen demnach Studierende in München berappen. In der bayerischen Landeshauptstadt kostet ein WG-Zimmer im Mittel 790 Euro im Monat. Das sind 40 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Zweitteuerste Stadt ist Frankfurt am Main mit 680 Euro. Nummer drei ist Berlin. Hier bleibt die Miete mit 650 Euro konstant hoch.

Eine Trendwende auf dem Wohnungsmarkt wird es unterdessen so bald nicht geben. Laut Ökonom Dullien ist sie frühestens im späteren Jahresverlauf 2025 zu erwarten. „wenn die EZB die Zinsen spürbar gesenkt hat und sich diese Zinssenkungen auch auf die Baunachfrage durchschlagen“.

Üble Nachtfahrt ohne Nachtzug

Nachts in der Bahn ohne Schlaf- und Liegewagen – ein Erfahrungsbericht

In unserer Serie „Nachtzugkritik“ erscheinen eigentlich nur Artikel über Bahnverbindungen mit Schlaf- oder Liegewagen. Wie sinnvoll die sind, zeigt sich, wenn man wie die Autorin dieses Berichts seinen echten Nachtzug verpasst:

In Saalfeld, halb drei Uhr nachts, steigt endlich ein älteres Paar zu. Sie haben Platzkarten, der junge Mann mit Hoody an unserem Vierersitz mit Tisch steht auf. Nicht, dass er unangenehm gewesen wäre, er machte Platz für mich und das Kind, damit es längs schlafen kann. Aber er hatte auf meine Kommentare hin nur mitleidig gelächelt. Auch die junge Frau davor konnte meine Empörung über diesen Nachtzug nicht teilen. An Schlaf war nicht zu denken. Alle 20 bis 30 Minuten hielt er, um noch mehr Leute einsteigen zu lassen. Doch bestimmt würden die beiden Älteren ebenso leiden unter den Zuständen in diesem überregionalen IC 296 aus Wien, der allnächtlich nach Rostock fährt. Sie könnten mit mir über die randvollen Doppelstockwagen klagen, ohne Schlaf- noch Liegeplätze.

Da höre ich den Herrn, im Anzug, die halb nassen Haare nach hinten gekämmt, zu seiner Frau aufmunternd sagen: „Bald wird's morgen“ Seine Frau, in Bluse, geblümt und sommerlich leicht, guckt in die Dunkelheit hinter dem Fenster, gähnt und seufzt: „Dann sehen wir den Sonnenaufgang.“

Was sich für mich und meine Familie wie ein Unfall anfühlt, sieht mein Umfeld offenbar anders. Wir waren halb 1 Uhr nachts in Nürnberg zugestiegen. Unser Zug war verspätet angekommen und hatte so alle weiteren Verbindungen nach Berlin ausgehebelt. Die von der Bahn-Information hatten keine bessere Verbindung. Aber meine Mitreisenden fahren sehr wohl freiwillig. Auf der Webseite der Bahn wird dieser Nachtzug auch Wochen später, für dieselbe Nacht Freitag auf Samstag, mit „hohe Auslastung erwartet“ angekündigt.

„Sie kennen diesen Zug?“ Ich frage also vorsichtig, nachdem die Frau sich versichert hatte, dass der Mann den Stall geschlossen hatte. Ihr Mann antwortet gern auf meine Frage. „Ja, gell, ich hab's diesmal reserviert.“ Der Kopf des Kindes lag auf meinem Schoß, mein Mann hatte ir-

taz-Serie Nachtzugkritik

Nachtzüge sind eine umweltfreundliche Alternative zu vielen Flügen. Die taz stellt in loser Folge Verbindungen mit Schlaf- oder Liegewagen vor. Denn viele Angebote sind kaum bekannt. Wir schreiben aber auch, was besser werden muss, damit sie für mehr Menschen attraktiver werden. Alle vorherigen Folgen finden Sie auf www.taz.de/nachtzugkritik.

gendwo ein paar Reihen weiter einen Platz ergattert. „Mir fahrn nach Hamburg“, die beiden Thüringer lächeln. Ohne Nachtzug würde für die Reise ein Tag vergehen und die Abwesenheit vom Hof verlängern. Aber sind sie denn nicht völlig fertig, wenn sie am Morgen in Hamburg angekommen sind? Kopfschütteln, Schulterzucken: „S schofft ma schon.“

Auf der Bank hinter mir schlafen die Jugendlichen mittlerweile Arm in Arm. Eigentlich dienen die Arme gegenseitig als Kopfstütze, manche Bänke reichen ja nur bis zu den Schultern. Mir fällt auf, dass ich doch nie zu ihnen musste, um sie zu bitten, leiser zu sein. Die zwei leicht übergewichtigen Jungs und ein Mädchen, alle in knalligen, billigen Klamotten, hatten zwar lange erzählt, aber sich auch immer gegenseitig leise gezischt. Jetzt stehen die bunten Koffeingetränke in Plastikflaschen leer vor ihnen. Und ich erinnere mich aus dem ICE davor an ein paar Mittelschichtsjugendliche, die aus PET-Flaschen Bier tranken. Die waren kontinuierlich lauter geworden.

Erst jetzt prüfe ich den Fahrpreis für den Zug online: 37,99 Euro von Wien nach Rostock. In etwas mehr als 12 Stunden. Aber vielleicht ist die doppelt so lange Reisezeit, auch die 6 Stunden, statt der 3 Stunden Fahrt, die ein ICE von Nürnberg nach Berlin braucht, nicht nur ein Nachteil ...?

Die Frau aus Saalfeld, den Kopf in der Hand, lächelt müde zurück. Auch wenn sie jetzt sehr gut schlafen könnte, sie und ihr Mann sparen so zwei Übernachtungen im teuren Hamburg und haben trotzdem zwei volle Tage, um sich umzusehen. Das Lächeln ist gar nicht mitleidig, wie ich erst dachte. Es zeigt ein Durchhalten angesichts der Strapazen, und auch Disziplin von Reisenden im sprichwörtlich anderen Nachtzug. *Charlotte Misselwitz*

Umstrittene Strategie für die Schiene

Weniger Personal, aber mehr pünktliche Züge – dieser Plan des Bahnvorstands könne so nicht funktionieren, warnen Kritiker. Das 49-Euro-Ticket dürfe nicht teurer werden



Ob die Sanierung der Deutschen Bahn so klappt? Foto: Andreas Arnold/dpa

Von **Nanja Boenisch**

Der erwartete Sanierungsplan der Deutschen Bahn AG (DB) stößt auf Kritik. Die DB will sich innerhalb von drei Jahren sanieren und den gesamten Konzern zurück in die schwarzen Zahlen bringen. „Dass Verkehrsminister Volker Wissing sich hinter die Pläne des Bahnmanagements zur Kürzung von 30.000 Stellen stellt, ist ein verheerendes Signal an die Beschäftigten der Bahn, die den Laden noch irgendwie am Laufen halten“, sagte Bernd Riexinger, der verkehrspolitische Sprecher der Linken im Bundestag, der taz. Mit weniger Personal eine bessere Bahn zu erreichen, werde nicht funktionieren. Der ökologische Verkehrsclub VCD machte deutlich, dass jeder Sanierungsplan zum Scheitern verurteilt sei, wenn die Bundesregierung

nicht mehr Geld in die Schiene steckt. „Der Bund muss das Sanierungsprogramm finanzieren, sonst sind die schon lange aufgestellten Ziele nicht erreichbar“, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Matthias Kurzeck. Sein Vorschlag: Eine dauerhafte zuverlässige Finanzierung in Form eines mehrjährigen Fonds für die Bahninfrastruktur.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte vor zwei Wochen öffentlich gemacht, dass die DB ein Sanierungskonzept ausarbeiten muss. Dieses Konzept legte der Bahnvorstand nun am Mittwoch dem Aufsichtsrat vor. „S3“ heißt es, denn es soll den Konzern in drei Jahren auf zentralen Feldern fit machen: im Betrieb, in der Infrastruktur und der Wirtschaftlichkeit. Laut der *Süddeutschen Zeitung* steht auf den insgesamt 110 Seiten, dass die Deut-

sche Bahn 2027 bei 2 Milliarden Euro Gewinn landen soll. 75 bis 80 Prozent der Züge sollen dann pünktlich kommen (im Juni 2024 waren es 62 Prozent). Und: Um Personalkosten zu sparen, will Bahnchef Richard Lutz bis 2027 10.000 bis 15.000 Voll-

Massiver Stellenabbau sei ein verheerendes Signal, sagt Linken-Politiker Bernd Riexinger

zeitstellen streichen, mehr als 15.000 weitere Stellen sollen bis 2030 wegfallen.

Viele der Punkte seien schon aus dem fünf Jahre alten Vorgänger von „S3“, der Strategie „Starke Schiene“ bekannt, schreibt die SZ. Die darin gesetzten Ziele ver-

fehlte die Bahn dieses Jahr krachend. Bundesverkehrsminister Wissing zeigte sich vor zwei Wochen trotzdem optimistisch, dass es diesmal, mit dem neuen Konzept, klappt. Der Aufsichtsrat der DB fällte am Mittwoch bis Redaktionsschluss kein finales Urteil. Aus Kreisen des Rates hieß es Mittwochmittag, dass der Vorstand konkrete Kennzahlen für seine Ziele liefern müsse. Er müsse Zweifel daran ausräumen, dass die Ziele auch erreicht werden.

49-, 59- oder 64-Euro-Ticket

Unsicherheit herrschte am Mittwoch noch bei einem weiteren Thema unter Wissings Ägide. Wie viel das Deutschlandticket ab Januar 2025 kostet und ob es überhaupt teurer werden muss, steht immer noch nicht fest. Das bayerische Verkehrsministerium stellte vor Kurzem 64 Euro in den Raum, der Fahrgastverband Pro Bahn hält mittelfristig 59 Euro für wahrscheinlich. Jetzt haben sich Verbände erneut dafür ausgesprochen, dass der Preis des Nahverkehrsabos stabil bei 49 Euro im Monat bleibt.

„Ein attraktiver ÖPNV – und dazu zählt auch das Flatrate-49-Euro-Ticket – ist Bestandteil der Daseinsvorsorge“, teilte die Initiative Bürgerbahn mit. Diese Vorsorge müsse aus den öffentlichen Haushalten finanziert werden, weder der Bund noch die Länder dürften sich aus der Verantwortung stehlen. „Das Deutschlandticket preislich unattraktiv zu machen, bedeutet nichts anderes, als ein super erfolgreiches Produkt wie das Ticket langsam auf das Abstellgleis zu schieben“, sagte Heiner Monheim, der Sprecher der Initiative.

Die Bundesregierung und die Verkehrsminister:innen der Länder hatten sich im Frühjahr nach langem Ringen darauf geeinigt, den Preis von 49 Euro bis Ende 2024 zu sichern.

Google entgeht vorerst Kartellstrafe

Im Streit über ein Bußgeld in Höhe von 1,49 Milliarden Euro erringt der Suchmaschinenkonzern vor dem Gericht der EU einen Sieg

Das erstinstanzliche Gericht der Europäischen Union (EuG) hat ein Kartellbußgeld in Höhe von 1,49 Milliarden Euro gegen Google vorerst aufgehoben. Der EU-Kommission seien bei der Prüfung Fehler unterlaufen, urteilte das EuG am Mittwoch in Luxemburg. Weite Teile der Vorwürfe gegen den US-Konzern bestätigten die Luxemburger Richter jedoch. Die Kommission kann daher die fraglichen Teile neu prüfen und dann erneut über die Verhängung einer Wettbewerbsstrafe entscheiden.

Die EU-Kommission hatte die Kartellstrafe 2019 wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung bei der Onlinewerbung verhängt. Konkret warf sie Google vor, seit 2006 mit Hilfe von Ausschlussklauseln seine „beherrschende Stellung im Bereich der Suchmaschinenwerbung“ zu zementieren. Gegen das Bußgeld klagten der Suchmaschinenbetreiber und sein Mutterkonzern Alphabet.

Das EuG hat die Vorwürfe nun zwar weitgehend bestätigt. Es verwies aber darauf, dass Google verschiedene Aus-

schließlichkeitsklauseln verwendet habe. Die Kommission habe nicht ausreichend geklärt, welche Klauseln für welche Zeiträume verwendet wurden und welche Märkte dann davon betroffen waren. Dies muss die EU-Kommission nun klären und dann neu entscheiden, ob und in welcher Höhe sie ein Bußgeld verhängt. Alternativ kann sie das EuG-Urteil auch vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) anfechten.

Die nun umstrittene Strafe war 2019 die dritte, die die EU-Kommission innerhalb von drei Jahren verhängt hatte. Im Juni 2017 hatte die Kommission 2,42 Milliarden Euro von Google wegen der Bevorzugung seines Preisvergleichsdiensts gefordert. Im Juli 2018 folgten 4,34 Milliarden Euro wegen illegaler Praktiken bei seinem Handy- und Tabletbetriebssystem Android. Die erste Kartellbuße wurde vor einer Woche rechtskräftig vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) bestätigt. Das zweite Strafgericht ist dort noch anhängig, das EuG hatte es 2022 geringfügig auf 4,125 Milliarden Euro reduziert. (afp)

**Links
lesen
Rechts
bekämpfen**

Bis 31.10. gehen 50 % aller Einnahmen aus Anmeldungen bei taz zahl ich an Polylux. Das Netzwerk setzt sich für eine starke Zivilgesellschaft in Ostdeutschland ein.

Fördere so mit deinem Beitrag unabhängigen Journalismus und den Kampf gegen Rechts!

taz.de/gegenrechts

Jammern und attackieren

Donald Trump gibt den US-Demokraten die Schuld für Mordversuche gegen ihn

Von **Bernd Pickert**

Wenige Tage nach dem zweiten Attentatsversuch auf den früheren Präsidenten geht Donald Trump weiter in die Offensive und beschuldigt die demokratische Kandidatin Kamala Harris und ihren Wahlkampf, zumindest indirekt für die Angriffe auf seine Person verantwortlich zu sein. „Ihre Rhetorik ist der Grund, warum auf mich geschossen wird. Dabei bin ich derjenige, der das Land retten wird“, sagte Trump in einem Interview mit *Fox News Digital*. Auf seiner eigenen Plattform *Truth Social* schrieb er am Montag: „Wegen dieser linkskommunistischen Rhetorik fliegen die Kugeln, und es wird immer schlimmer werden.“

Unterstützt wird Trump dabei von seinem Vizepräsidenten und Kandidaten, dem republikanischen Senator aus Ohio J.D. Vance. Im Netz schrieb Vance, Konservative kämpften gegen ein elitäres, linksliberales Establishment, das nichts unversucht ließe, sie zum Schweigen zu bringen. „Weisen wir Zensur zurück, dann weisen wir auch politische Gewalt zurück“, schrieb er, und weiter: „Die Logik von Zensur führt direkt zu dem einen Moment, wo es nur einen Weg gibt, einen Menschen permanent zum Schweigen zu bringen, nämlich eine Kugel im Kopf.“

Sowohl der noch amtierende Präsident Joe Biden als auch seine Vizepräsidentin, die aktuelle Kandidatin Kamala Harris, hatten unmittelbar nach Bekanntwerden des erneuten Mordversuchs am vergangenen Sonntag jegliche Anwendung von Gewalt scharf verurteilt. Biden hatte einen Ausspruch, den er wenige Tage vor dem ersten Attentat auf Trump in Pennsylvania Mitte Juli getätigt hatte, dass es nämlich an der Zeit sei, Trump zur Zielscheibe zu machen, bedauernd wieder zurückgenommen und erklärt, so zu sprechen, sei ein Fehler gewesen. Dabei hatte das niemand als Aufruf verstanden, Trump zu erschießen.

Tatsächlich beeinträchtigt der nunmehr noch einmal gesteigerte Sicherheitsaufwand für den republikanischen Kandidaten dessen Wahlkampf, berichtet die *Washington Post*. Schon Ende Juli habe Trump bei einer Veranstaltung in Nashville über eine Stunde nicht auf die Bühne gedurft, weil der Secret Service eine Bedrohungslage klären musste. Mitarbeiter*innen von Trumps Wahlkampagne berichteten der *Washington Post*, dass nahezu alle Bereiche des Wahlkampfes inzwischen durch Sicherheitsmaßnahmen beeinträchtigt würden – nach dem erfolgreichen Angriff auf die E-Mail-Kommunikation vor einigen Wochen sei in den Briefings des Secret Service zudem ständig von der Möglichkeit auch gewalttätiger Angriffe Irans auf Trump die Rede.

Ob es sich bei dem Vorfall, als ein Angreifer sich 12 Stunden in einem Gebüsch außerhalb des Golfplatzes, auf dem Trump eine Runde spielte, versteckte, bevor er entdeckt und festgenommen wurde, bevor er einen Schuss abgeben konnte, um ein Versagen des Secret Service oder um die Bestätigung seines Funktionierens handelte, ist Gegenstand politischer Debatten.

Streit um Ruandas frühere Völkermörder

Ausgerechnet die Demokratische Republik Kongo will sechs frühere ruandische Völkermörder aufnehmen, die ihre Strafe abgesehen haben. Ruanda ist empört

Von **Simone Schindwein**, Kampala

Wohin mit Völkermördern, die ihre Freiheitsstrafe abgesehen haben? Diese Frage stellt sich aktuell im Fall von sechs Ruändern, die im Niger festgesetzt. Jetzt hat ausgerechnet die Demokratische Republik Kongo ihnen Unterschlupf angeboten.

„Spezial-Mandat“ steht auf dem Dokument, das seit Tagen für Wirbel sorgt. Darüber ist das Logo des Kabinettschefs des kongolesischen Präsidenten abgedruckt. Das Schreiben beginnt mit dem Satz: „Auf Anweisung seiner Exzellenz.“

Im Folgenden wird ein gewisser Ali Dicko beauftragt, sechs ruandische Hutu von ihrem derzeitigen Aufenthaltsort in Niger in den Kongo zu begleiten, wo sie „eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben“. Darunter sind sechs Namen gelistet. Dabei handelt es sich um hoch-

karätige Täter des Völkermordes in Ruanda 1994.

An erster Stelle steht Innocent Sagahutu. Der 62-jährige Armee-Hauptmann soll laut dem Urteil des UN-Sondertribunals für Ruanda (ICTR) von 2011 im Vorfeld des Völkermordes die Miliz Interahamwe ausgebildet haben. Auf seinen Befehl hin wurde am 7. April 1994 Premierministerin Agathe Uwilingiyimana ermordet, sowie zehn belgische Soldaten, die jene als Leibwächter bewachten.

Nach dem Genozid ließ sich Sagahutu als Flüchtling in Dänemark nieder. Die dänischen Behörden wurden erst im Jahr 2000 auf ihn aufmerksam. Sie nahmen ihn fest, als er vom Supermarkt nach Hause radelte.

Der ICTR verurteilte ihn 2011 zu 20 Jahren Haft. Die Strafe wurde auf 15 Jahre reduziert, letztlich kam er 2014 vorzeitig frei. Als er die ICTR-Haftanstalt in Arusha verließ, wusste er

nicht wohin, denn er besaß keinen Pass. 2017 wurde er von tansanischen Grenzbeamten festgenommen, weil er versuchte, illegal auszureisen.

Er wurde in ein „Save House“ einquartiert. Darin lebte er ge-

Kongos Regierung behauptet, das Aufnahmeschreiben sei Fake. Doch es gibt Belege

meinsam mit sieben weiteren Ruändern unter Aufsicht der tansanischen Regierung, bis sich Ende 2021 Niger anbot, sie aufzunehmen. Sie wurden nach Niger ausgeflogen. Später revidierte die nigrische Regierung ihre Entscheidung. Doch Tansania verweigerte die Wiederaufnahme. Seitdem sitzen sie fest. Zwei von ihnen starben bereits.

Jetzt will ausgerechnet Kongo sie aufnehmen? Kongos Regierung erklärte das Dokument als „Fake“. Doch ein „vertrauliches“ Papier des UN-Mechanismus für Sondertribunale, der ICTR-Nachfolgeorganisation, verweist klar auf die Vereinbarung zwischen Niger und Kongo.

Der Zeitpunkt ist denkbar schlecht. Kongo befindet sich mit Ruanda in Friedensverhandlungen. Ruandas Forderung: Kongo soll aufhören, ehemalige Völkermörder zu unterstützen. Ein Teil der Täter hat sich nach 1994 im Kongo verschont und dort die Hutu-Miliz FDLR formiert.

Erst am Wochenende hat Kongos Regierung zugesagt, die FDLR zu „neutralisieren“. Dass im selben Atemzug Völkermörder eingeladen werden, erzürnt die ruandische Seite. Sie sollten lieber in ihre Heimat ausgeliefert werden, so Ruandas Außenminister Olivier Nduhungerehe.

Innocent Sagahutu, rechts, bei seinem Prozess vor dem Internationalen Ruandatribunal in Arusha. Er wurde 2011 zu 20 Jahren Haft verurteilt
Foto: apf



Affenpocken breiten sich in Afrika weiter rasant aus

Mit dem ersten bestätigten Fall in Marokko rückt das hochansteckende Virus näher an Europa heran. Die WHO lässt unterdessen einen Impfstoff vorläufig zu

Aus Kampala **Simone Schindwein**

Die Affenpocken breiten sich auf dem afrikanischen Kontinent immer weiter aus. Das Afrikanische Zentrum für Seuchenkontrolle und Prävention (Africa CDC) bestätigte nun den ersten Fall der Affenpocken (mpox) in Marokko – also im Norden des Kontinents und damit in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas.

Laut dem jüngsten CDC-Lagebericht sind mittlerweile in 15 afrikanischen Ländern mpox-Fälle offiziell bestätigt worden, in allen fünf Regionen des Kontinents. Die Gesamtzahl der mpox-Fälle in diesem Jahr beläuft sich für Afrika derzeit auf 26.544 Fälle, wovon 5.732 offiziell im Labor positiv getestet wurden. Ein Großteil, 23.761 Fälle, wurden in der Region Zentralafrika verzeichnet, die meisten Fälle wurden in der Demokratischen Republik Kongo registriert. Im August hat die Internationale Gesundheitsorganisation WHO einen weltwei-

ten Gesundheitsnotstand ausgerufen, um eine mögliche Pandemie rechtzeitig einzudämmen.

Die renommierte medizinische Fachzeitschrift *The Lancet* verweist in ihrem jüngsten Bericht auf die Gefahr, dass die aktuellen Fallzahlen weit über denen liegen, welche die CDC berichtet. Denn gerade in Ländern wie Kongo, wo die Gesundheitsversorgung schlecht ist und es enorm hohe Zahlen an sexualisierter Gewalt gibt, sind die Testraten sehr niedrig. Das Virus überträgt sich durch engen Hautkontakt mit den pockenartigen Hautveränderungen. In *The Lancet* wird die Umsetzung verstärkter und proaktiver Überwachungsmaßnahmen gefordert. Dazu gehören auch die aktive Fallsuche in Kliniken, die auf sexualisierte Gewalt und demnach auch auf sexuell übertragbare Krankheiten spezialisiert sind. Die WHO erklärt, die Zahl der Verdachtsfälle im Kongo sei etwa fünfmal so hoch wie die der im Labor bestätigten Fälle.

Da das Affenpockenvirus in der neuen, sehr ansteckenden Variante, vor allem bei Menschen mit schwachem Immunsystem tödlich sein kann, hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR vergangene Woche an die Weltgemeinschaft appelliert, ein Budget von mehr als 21 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, um die Gesundheitsversorgung für knapp zehn Millionen Geflüchtete und Vertriebene in den Flüchtlingslagern auf dem Kontinent zu verbessern. Diese seien aufgrund der dort herrschenden Umstände einem höheren Krankheitsrisiko ausgesetzt, erklärt Allen Maina, UNHCR-Gesundheitsdirektor. Allein im Kongo leben über sechs Millionen Menschen dicht gedrängt in Vertriebenenlagern, ohne nötige Grundversorgung wie sauberes Wasser.

Laut dem UN-Kinderhilfswerk Unicef im Kongo sind Kinder unter 15 Jahren von der Krankheit am schlimmsten betroffen. Sie machen laut offiziellen

Zahlen rund 60 Prozent der bestätigten Fälle aus, sowie 80 Prozent der Todesfälle. Um das Überleben der Kinder zu sichern, sei es nötig, dass Patienten sehr schnell Zugang zu Medikamenten erhielten.

„Wir müssen unsere Maßnahmen erhöhen“, so Mariame Sylla, Unicef-Vizechefin im Kongo. Sie habe Anfang September in der ostkongolesischen Provinz Süd-Kivu ein Notfallzentrum besucht, wo mpox-Fälle behandelt werden, berichtet sie. „Ich habe eine Mutter getroffen, die schnell die notwendige kostenlose Behandlung für ihre sechs Monate alte Tochter Merci bekam, nachdem die sich mit dem Virus infiziert hatte“, so Sylla.

Das Epizentrum für die neue, gefährliche mpox-Variante liegt in einem Minengebiet in der Provinz Süd-Kivu. Sie wurde dort im September vergangenen Jahres zum ersten Mal registriert. In dem Gebiet ist ungeschützter Sex weit verbreitet.

Unicef hat seit Anfang September 215.000 Dosen des Affenbox-Impfstoffes erhalten, der nun im Kongo rasch an die Gesundheitseinrichtungen in den betroffenen Gebieten verteilt wird. Doch um alle Gebiete adäquat mit Notfall-Kits und Impfstoffen versorgen zu können, benötigt Unicef laut eigenen Angaben 35 Millionen Dollar. Damit sollen über die nächsten sechs Monate mehr als zwei Millionen Menschen erreicht werden, mehr als die Hälfte davon Kinder.

Die WHO hat unterdessen dem Impfstoff des deutsch-dänischen Herstellers Bavarian Nordic die vorläufige Zulassung erteilt. Dieser Impfstoff ist bereits in mehreren Ländern im Einsatz, deren nationale Behörden ihn vorläufig freigegeben haben, darunter auch im Kongo. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus sagte, die offizielle Zulassung sei „ein wichtiger Schritt in unserem Kampf gegen die Krankheit.“

Strom als Frage von Leben und Tod

Der 17-jährige Dima aus der westukrainischen Stadt Sosniwka ist seit einer Gehirnblutung auf medizinische technische Geräte angewiesen. Schon jetzt fällt wegen der russischen Luftangriffe häufig der Strom aus. Für Dima könnte das jedes Mal das Ende sein

Aus Sosniwka und Lwiw **Rostyslav Averchuk**



Betreuung rund um die Uhr und die Hoffnung, dass es nicht zum Äußersten kommt: Dima und sein Vater
Foto: Rostyslav Averchuk

„Dimotschka lächelt gerne. Aber heute ist ihm irgendwie nicht danach zumute“, sagt die 40-jährige Oksana Kit. Sie spricht mit ruhiger Stimme, die nicht annähernd die angespannte Stimmung wiedergibt, in der sich ihre Familie befindet, und das nicht erst seit gestern.

Ihr Sohn Dima liegt auf einem Bett, umgeben von verschiedenen medizinischen Geräten. In der kleinen Wohnung in der Kleinstadt Sosniwka eine Autostunde vom westukrainischen Lwiw entfernt gibt es seit mehreren Stunden keinen Strom. Dank eines Konzentrators, der an einen großen Akkumulator angeschlossen ist, strömt jedoch weiterhin Sauerstoff in seine Lungen.

„Es fällt ihm sehr schwer, allein zu atmen. Dimotschka kann einige Zeit ohne die Hilfe des Geräts auskommen, aber es kostet ihn viel Kraft“, sagt Oksana. Neben dem Bett, in einem Schrank, befindet sich ein Beatmungsgerät, das ebenfalls jederzeit gebraucht werden könnte.

Seit fast 17 Jahren tun Oksana und Dimas Vater Mikhail alles, um ihrem Sohn, der sich weder bewegen noch selbstständig sprechen kann, sein schweres Schicksal zu erleichtern. Im Laufe der Jahre haben sie sich darauf eingerichtet, sich ganz um ihrem Sohn kümmern zu können, und haben gelernt, mit den Folgen der katastrophalen Gehirnblutung umzugehen. Die Blutung hatte er einige Wochen nach seiner Geburt erlitten.

Aber manchmal ist da nur noch ein Gefühl von Hilflosigkeit – angesichts der Folgen fortdauernder und gezielter russischer Angriffe auf das Energiesystem der Ukraine. Diese haben in den vergangenen Monaten die Hälfte der verbleibenden Kapazitäten des Landes zerstört.

„Wir wollen gar nicht daran denken, was passiert, wenn es noch weniger Strom als jetzt geben wird. Wir hoffen, dass es gar nicht erst so weit kommt“, sagt Oksana.

Nachdem als Folge russischer Angriffe auch in Sosniwka immer wieder der Strom ausgefallen war, kaufte Mikhail schnell einige Akkumulatoren, einige ließ er sich auch aus. Jetzt kommt die Familie, auch wenn es einen halben Tag lang keinen Strom gibt, trotzdem zurecht.

„Es heißt, dass es im Winter jeweils am Tag und abends nur vier Stunden Strom geben wird. Das Aufladen einer Batterie dauert aber schon mindestens acht Stunden“, erklärt Mikhail

Bereits jetzt sei es unmöglich, sich auf die Technik zu verlassen. Allein der Konzentrator sei zweimal ausgefallen, glücklicherweise aber schnell repariert worden. Aber es gebe keine Garantie dafür, dass das auch beim nächsten Mal so laufen werde, sagt Oksana. Und technische Geräte würden wegen der steigenden Nachfrage immer teurer.

Manche Familien nutzen bei Stromausfällen laute Generatoren und geben große Summen für

Treibstoff aus. Dimotschkas Eltern ziehen diese Option nicht in Betracht, da die Abgase des Generators auf dem Balkon in die Wohnung gelangen würden. Der Kühlschrank, in dem Oksana zuvor Essen für ihren Sohn aufbewahren konnte, hat sich aufgrund ständiger Stromausfälle und Hitze in einen „Nachtisch“ verwandelt. Im Winter funktioniert die Heizung in der Wohnung ohne Strom nicht und Dimotschka droht eine Lungenentzündung. „Es gibt immer so viele Kleinigkeiten zu beachten. Hier können wir wirklich

Neue Luftangriffe

Luftangriffe Bei neuen russischen Luftangriffen ist in der zentralukrainischen Stadt Kropywnyzyk nach Angaben lokaler Behörden ein Mensch getötet worden. Zudem seien eine 90-jährige Frau verletzt und mehrere Wohngebäude beschädigt worden, teilen die Behörden der Region Kirowohrad mit. (rtr)

Energieanlagen In der nordostukrainischen Stadt Sumy sind laut Behördenangaben erneut Energieanlagen von Russland mit Drohnen attackiert worden. Es habe keine Verletzten gegeben, wurde über Telegram mitgeteilt. Allerdings hätten die Angriffe das Energiesystem stark belastet. (rtr)

alles tun, um ihm seinen Zustand erträglich zu machen“, erklärt Oksana und zeigt die Polster unter Dimas Füßen. Sie sollen den Druck des Bettes auf seinen bewegungsunfähigen Körper verringern.

„Unter russischem Beschuss ist es viel schwieriger geworden, in Würde zu leben und zu sterben“, sagt Hania Poliak, Gründerin der kleinen polnisch-ukrainischen Wohltätigkeitsstiftung „Pallium (Lateinisch für „Mantel“; die Red.) für die Ukraine“. Seit mehreren Jahren hilft Poliak dabei, Dutzende unheilbar erkrankte ukrainische Kinder mit spezieller medizinischer Ausrüstung auszustatten. Selbst in Friedenszeiten seien diese Kinder oft „unsichtbar“ und sehr verletzlich. Der Krieg und die Stromausfälle hätten die Situation jedoch weiter verschlimmert.

In den vergangenen Monaten hat Poliak zahlreiche Hilferufe erhalten, doch bisher konnte sie nur einige wenige Akkumulatoren für diese Familien besorgen. „Das ist eine Katastrophe. Ich bin total verzweifelt“, sagt sie. Poliak glaubt, dass für viele Familien eine Evakuierung ins Ausland die beste Option wäre. Aber nicht alle Betroffenen würden die Ukraine verlassen können. Manche Eltern hätten Angst, die Kontrolle über die Behandlung ihrer Kinder zu verlieren und Ärzte, die sie gut kennen, zurückzulassen. Und im Ausland könnten sie nicht einmal verstehen, was ihnen im Krankenhaus gesagt werde.

„Betroffene Familien können nicht normal irgendwo in einem Hotel, an Orten fernab von medizinischer Versorgung, inmitten großer Menschenmengen leben“, sagt Poliak. Unter solchen Umständen habe die Stiftung nicht das moralische Recht, ihnen dazu zu raten, die Ukraine zu verlassen.

Laut Wolodymyr Omeltschenko, Energieexperte des Kyjiwer Rasumkow-Zentrums, könnte sich die Situation bei der Stromversorgung zum Herbst verbessern – wenn die Hitze nachlasse. „Aber selbst im besten Fall droht der Ukraine im Winter ein erheblicher Strommangel, der noch zunehmen könnte, da Russland weiter die Infrastruktur angreift“, warnt der Experte.

„Wenn Russland nicht gestoppt wird – indem die ukrainische Luftverteidigung deutlich gestärkt und Kyjiw erlaubt wird, Militärflughäfen und andere militärische Ziele in Russland anzugreifen –, werden russische Truppen früher oder später unser Energiesystem zerstören“, betont Omeltschenko.

Oksana hofft, dass es vorerst nicht zum Äußersten kommen wird und sie zu Hause bleiben können. Aber wer weiß schon, was kommt. Wenn sie das Gefühl hat, dass sie mit ihren Kräften am Ende ist, legt sie sich neben ihren Sohn. „Er lächelt, trotz allem“, sagt sie. „Sein Beispiel hilft uns, durchzuhalten.“

Aus dem Russischen
Barbara Oertel

Ärger um Partei-Glücksspiel

Die schwedischen Sozialdemokraten erschüttert ein handfester Skandal um Losverkäufe unter Druck und Verbindungen zur Bandenkriminalität. Parteichefin Magdalena Andersson muss sich erklären

Von **Anne Diekhoff**, Hårnösand

Unmoralische Verkaufsmethoden, Verbindungen zur organisierten Kriminalität: Nach Tagen peinlicher Enthüllungen rund um das sozialdemokratische Lotteriesystem sah sich Magdalena Andersson doch noch genötigt, persönlich Stellung zu nehmen. Sie sei tief enttäuscht und wütend, erklärte die Chefin der schwedischen Sozialdemokraten in Stockholm.

Ein vom parteieigenen Glücksspielunternehmen Kombispiel beauftragtes Callcenter mit Sitz in Barcelona hatte sehr alte Menschen angerufen und am Telefon unter Druck gesetzt, Lose zu kaufen, wie Recherchen der Zeitung *Dagens Nyheter* (DN) ergaben. Auch soll das Personal vertuscht haben, dass es sich um Abonnements handelte. Als wäre das nicht genug, berichteten dann die Zeitungen *Expressen* und *Svenska Dagbladet*, dass mehrere Ex-Mitarbeiter des

Callcenters Verbindungen zur Bandenkriminalität hätten. So sei einer darunter, der in diesem Sommer in Schweden zu 14 Jahren Haft unter anderem wegen Beihilfe zu einem Mordversuch verurteilt wurde.

Das alles passiert, nachdem die traditionelle Lotterie der Sozialdemokraten mit ihren jährlichen Millioneneinnahmen dieses Jahr schon komplett infrage gestellt wurde – von der Regierung. Sie hatte zur Legalität dieser Geldquelle eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Diese kam zwar nicht zu dem Ergebnis, dass Partei-Lotterien verboten werden müssten, aber die liberal-konservativen Moderaten und die rechtsextremen Schwedendemokraten (SD) haben ein solches Verbot bis heute nicht ausgeschlossen.

SD-Wirtschaftspolitiker Tobias Andersson hatte im Frühjahr gesagt, er wolle den „Sozen“ diesen Geldhahn zudrehen. Gegenüber DN sprach er von einem „korrupten System“ der Sozial-

demokraten. Damals sagte der Parteichefin, dies sei nichts als ein Versuch, den politischen Gegner zum Schweigen zu bringen. Lotterien stehen theoretisch allen Parteien als Einnahmequelle zur Verfügung, aber die Sozialdemokraten sind seit Jahrzehnten am aktivsten.

Sie sei nicht vorrangig in Sorge wegen der Folgen des Callcenter-Skandals für ihre Partei, behauptete Andersson. Sie denke vor allem an die Senioren, die ans Telefon gegangen seien und ein unangenehmes Erlebnis gehabt hätten. Die Tragweite des Problems sei ihr erst durch die Medien bekannt geworden. DN hatte zuvor berichtet, dass Teile der Parteiführung bereits vor einem Jahr Hinweise auf unlautere Methoden beim Telemarketing bekommen hätten.

So waren Beschwerden über aggressive Verkaufsgespräche etwa bei Joakim Jonsson gelandet, Schatzmeister der Partei und verantwortlich für die Lotterie-Firma. Er erklärte nun, die

Beschwerden an die Firmenleitung weitergegeben zu haben, woraufhin Verträge mit externen Dienstleistern aufgelöst worden seien. Offenbar wurden dann neue geschlossen mit dem nun im Fokus stehenden Callcenter.

Die Partei tauschte Vorstand und Geschäftsführer von Kombispiel aus. Sie gab zudem bekannt, dass der Verkaufsweg über externe Callcenter eingestellt werde. Die neue Leitung der Firma werde den Auftrag bekommen, reinen Tisch zu machen und dafür zu sorgen, „dass die Firma von sozialdemokratischen Werten durchdrungen wird“, sagte Andersson. Die politischen Gegner sind nicht überzeugt. „Hier schiebt man die Schuld der Geschäftsführung in die Schuhe, und dann soll alles normal weiterlaufen“, so Moderaten-Generalsekretärin Karin Enström. Statt nur Personal auszutauschen, sollten die Sozialdemokraten dem Problem auf den Grund gehen.

taz ☛ panterstiftung

In Georgien steht am 26. Oktober eine wegweisende Wahl an. Nähert sich das Land dadurch Europa oder Russland an?

Die taz Panter Stiftung lädt vorab Journalist*innen aus dem postsowjetischen Raum zum Osteuropa-Workshop nach Tbilissi ein

Am 8. November erscheint eine taz-Beilage mit ihren Texten

Unterstützen Sie unsere Projekte: taz.de/spenden

**debatte**

Schluss mit dem Verstehen

Die Parteien der Mitte meinen, mit empathischer Kümmerergeste „das Ossi“ für sich gewinnen zu können. Stattdessen sollten sie zur Mitwirkung auffordern

Hätten Bürger westlich der ehemaligen Staatsgrenze aus Ampelfrust auch in diesem Ausmaß Extremisten gewählt? Oder ziehen die Ostdeutschen die gesamte Republik nach rechts? Einmal mehr werden nun die professionellen Exegeten, die Ossi-Versteher bemüht. Sie sollen nach dem Wahlschock das Ossi, das unbekannte Wesen erklären. Dieses arme Ossilein ist dann in der Regel Opfer einer kolonialen Westattitüde seit 1990, sein Protestwahlverhalten damit erklär-, wenn nicht gar entschuldbar. Als sei die Bundesrepublik West 1989 über uns hergefallen. Keine Spur von Selbstkritik bei den hiesigen Schnellfrustrierten im Dauerempörungstatus.

Wenn die Hälfte der Wählerinnen und Wähler Hass- und Hetzparteien wählt, dann schäme ich mich inzwischen für meine Artgenossen. Die hielt ich stolz mal für die besseren Deutschen: vital, le-

Es gehörte schon damals zum guten Ton, gegen den Staat zu sein, aber zugleich alles von ihm zu erwarten

bensfroh, improvisationsfähig, gemeinschaftsfähig, robust. „Drüben“ hingegen eine in Ritualen erstarrte langweilige Verwandtschaft in potemkinschen Wohlstandskulissen.

Das hat sich seit etwa eineinhalb Jahrzehnten gründlich geändert. Wähler für die Folgen ihres Wahlverhaltens verantwortlich zu machen, ist keine Wählerbeschimpfung. Eine Anamnese dieser Wahlergebnisse ist dringender denn je!

Ost und West sind von Erzählungen geprägt, die beide mit „Es war einmal“ beginnen und von Märchenländern berichten. Auch in Westdeutschland ist der amerikanisch inspirierte Traum längst zusammengebrochen, man müsse nur genügend Teller waschen, um Millionär zu werden. Die Legende vom Aufstieg durch eigene Leistung glaubt niemand mehr.

Schlimmer noch: Im so genannten Abendland erodierte weit vor der vergifteten deutschen Umarmung 1990 die ideelle Basis eines gesellschaftlichen Grundkonsenses. Max Weber hielt schon 1904 den „Traditionalismus“ für den größten Feind des Kapitalismus. Also die Bindung an Ideale und eine Genügsamkeit, die immaterielle Lebensziele priorisiert.

Ein totalitärer Materialismus aber, der auf alle Lebensbereiche durchgreift, stiftet keinen Sinn. Sinn und Unsinn wurden dem Zoni im Überschuss verordnet. In die Einheit brachten wir einen nicht ganz freiwilligen, hedonistisch kompensierten Geist der Genügsamkeit mit. Der musste mit dem Beitritt ins Land der Verheißungen folgerichtig in maximales Anspruchsdenken umschlagen. Die Anbetung eines Westens im Konsumrausch musste dann ebenso folgerichtig enttäuscht werden.

Jeder, der bei Trost war – und sogar Oskar Lafontaine war es damals –, hätte wissen müssen, was mit einer schnellen Währungsunion und dem

Beitritt auf uns zukam. Wir kannten doch auch das ökonomische Grundgesetz, „Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen“!

Die ausbleibende Verheißung des Glücks durch Besitz wurde durch keinen Idealismus mehr aufgefangen. Spätestens die schleichende Radikalisierung des Beitreter-Teilvolks hat das Master-Narrativ, es sei dem Ossi 1989 vor allem um Freiheit und Demokratie gegangen, längst widerlegt. Zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 strafften die Wähler das Bündnis 90, den Zusammenschluss der Bürgerrechtler, die gegen die SED wirklich etwas riskiert hatten, mit 2,9 Prozent ab.

Nur eine Minderheit ist sich außerdem der latenten Deprivationsgefühle bewusst, die postum zu einer Ost-Identität führten. „Der Kompass ist weg“, höre ich aus Künstlerkreisen.

Das empfundene Vakuum ruft nach neuen Heilsbotschaften, die unbewusst den alten möglichst nahekommen. Frappierend, welche einst parodierte Grundmuster wieder zutage treten, bis in die Generation der Erstwähler hinein.

Zuerst: Es gehörte schon damals zum guten Ton, gegen den Staat zu sein, aber zugleich alles von ihm zu erwarten. In einer immer mehr von Partikularinteressen, von divergierenden narzisstischen Ansprüchen dominierten Gesellschaft wird es aber keiner Regierung mehr gelingen, eine Mehrheit zufriedenzustellen.

Eine anthropologische Konstante: Es kann auf keinen Fall so bleiben, aber es darf sich um Himmels willen nichts ändern! Vor allem nicht bei mir. AfD und BSW bedienen genau diese Schizophrenie. Wie sehr jegliche Veränderung diese Gesellschaft überfordert, hat schon die Coronapandemie gezeigt.

Drittens: Sehnsucht nach autoritärer Führung. Welcher der 89er Demonstranten wusste schon, dass Demokratie anstrengend ist, Mitwirkung verlangt und Selbstermächtigung? Der von Mitverantwortung entlastende Spruch „die Genossen werden sich schon etwas dabei gedacht haben“ spukt weiter. Kommunalpolitiker berichten aus erster Hand vom populären Führerprinzip.

Der traditionelle Spruch „Lerne klagen, ohne zu leiden“ verweist auf die offenkundigste Schizophrenie. Laut Sachsen-Monitor und der *Sächsischen Zeitung* sind etwa drei Viertel der Bürger zufrieden mit ihren Lebensumständen. Und dennoch können die Apokalyptiker und Panikmacher von AfD und BSW, in Teilen auch von der CDU, auf die Motzer und Weltuntergangssüchtigen bauen.

„Wir wissen zwar nicht, was wir wollen, aber das mit ganzer Kraft!“, parodierte wir einst die Losungen zum 1. Mai. Abstinenz, Negativismus Naivität bis heute: Wenn ich AfD wähle, verschwindet der Klimawandel.

Und die anderen Parteien meinen, mit der empathischen Kümmerergeste das Ossi, das unbekannte leidende Wesen, für sich gewinnen zu können. Anstatt es endlich zu selbstbewusster emanzipatorischer Mitwirkung und Gemeinsinn, zum Größerdenken aufzufordern.

Wie lautete doch der Buchtitel von Dirk Neubauer, der von den Rechten, also vom ignoranten Volk fertiggemacht wurde und als Landrat von Mittelsachsen nach zwei Jahren entnervt zurücktrat? „Das Problem sind wir!“



Michael Bartsch wurde 1953 in Meiningen geboren und wuchs in Erfurt auf. Seit 1971 lebt er in Dresden, von dort berichtet er als Korrespondent für die taz.

War der Pager-Angriff auf die Hisbollah legitim?

Mutmaßlich die Israelis haben mit einem gezielten Angriff das Kommunikationssystem der Hisbollah lahmgelegt. Richtig so?

ja,**nein,**

natürlich ist es legitim, in einem Krieg den Feind so anzugreifen, dass zivile Opfer auf ein Minimum beschränkt werden. Was denn sonst? Der Angriff mit in den Pagern der libanesisch-schitischen Hisbollah verstecktem Sprengstoff leistet genau das.

Allen Anzeichen nach steckt der Mossad, Israels legendärer Auslandsgeheimdienst, hinter dieser militärischen Glanzleistung. Ausgerechnet die neuen Pager, die die Terrororganisation eigens bestellt hatte, um sich gegen das Ausspioniertwerden zu schützen, mit Sprengsätzen zu versehen, ist einfach genial.

Nun ließe sich diskutieren, ob der Angriff auch strategisch schlau war. Dass er Israel seinem Ziel näher bringt, den Norden zu befreien und die zigtausenden Binnenflüchtlinge sicher in ihre Wohnungen zurückkehren zu lassen, ist fraglich. Die Hisbollah, für die der Angriff eine schwere Demütigung bedeutet, droht mit Vergeltung. Letztendlich entscheidet Teheran über das militärische Vorgehen ihrer libanesischen Handlanger, und die Ajatollahs hielten sich bislang an die ungeschriebenen Regeln, um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern. Dass sie das tun, ist auf die militärische Übermacht der Gegner zurückzuführen und die Tatsache, dass ein größerer Krieg für alle Beteiligten eine Katastrophe wäre.

Ohne den iranischen Einfluss und ohne die Hisbollah hätten die beiden Nachbarstaaten längst Frieden miteinander schließen können. Israel hat seine Truppen vor knapp einem Vierteljahrhundert abgezogen. Es geht bei dem Konflikt weder um Gebietsansprüche noch um die Befreiung eines unter Besatzung lebenden Volkes. Die Hisbollah zielt auf die Zerstörung Israels oder – wie es in ihrem Programm heißt – das Ende des „kleinen Teufels“. Aus dem Kampf gegen die Zionisten ziehen die Terroristen ihre Raison d'être. Dass vorerst rund 4.000 Kämpfer außer Gefecht gesetzt sind, ändert an der Lage wenig. Man muss es aber auch nicht bedauern.

Susanne Knaul

die Explosion von tausenden Pagern im Libanon war ein wahlloser Angriff. Solche sind durch das Völkerrecht verboten. Ein wahlloser Angriff ist, wenn militärische Ziele und Zivilpersonen oder zivile Objekte ohne Unterschied getroffen werden. Die Angreifer konnten nicht abschätzen, wo sich die Geräte befinden. Sie explodierten in Privathäusern, Einkaufszentren, auf Straßen mit starkem Verkehr. Das sind keine Kampfgebiete, sondern unverteidigte Orte. Wen die Pager-Sprengfallen treffen, kann der israelische Geheimdienst nicht steuern: Hisbollah-Funktionäre, den iranischen Botschafter, den Sohn eines Hisbollah-Abgeordneten, einen Hisbollah-Kämpfer, der gestern die Raketen-Abschussanlage bedient hat, oder dessen Frau und Kind. Die Hisbollah ist nicht nur Miliz. Sie hat Abgeordnete, Minister, eigene Krankenhäuser, Rettungssanitäter. Welchem ihrer Mitglieder die Hisbollah einen Pager gab, können die Angreifer nicht wissen. Hätte umgekehrt die Hisbollah Funkgeräte von israelischen Soldat*innen zur Explosion gebracht, während diese Äpfel einkaufen, wäre das als terroristischer Anschlag benannt und verurteilt worden. Die terroristischen Angriffe auf Pager richteten sich gegen unbewaffnete Menschen, die ihrem täglichen Leben nachgingen. Selbst wenn die Pager-Inhaber Hisbollah-Kämpfer sind, ist es ein Kriegsverbrechen, sie anzugreifen, wenn sie sich außer Gefecht befinden. Hier wurde die Arglosigkeit und Wehrlosigkeit der Opfer ausgenutzt.

Hinzu kommt die psychologische Wirkung und das politische Ausmaß. Menschen trugen unwissentlich Bomben in Hosentaschen an öffentliche Plätze. Eine Explosion mitten im Supermarkt, blutende Menschen auf der Straße. Die Angst macht sich breit, ziviles Opfer eines israelischen Angriffs zu werden und dass der Krieg sich nun endgültig ausweitet, mit Libanon als Hauptschauplatz. Es ist eine willentliche massive Eskalation durch Israel.

Julia Neumann

Barbara Oertel über Georgiens queerfeindliche Gesetzgebung

Tiflis auf Abwegen

Georgiens Regierung als beratungsresistent zu bezeichnen, wäre nur allzu wohlwollend. Jetzt hat das Parlament in finaler Lesung ein Anti-LGBTQ+-Gesetz verabschiedet, das der Kreml nicht besser hätte formulieren können. Im Kern und vorgeblich geht es um den Schutz „familiärer Werte“ und Minderjähriger.

Dafür wird der ganze sattem bekannte homophobe Katalog abgearbeitet: Die Familie wird als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert, queere Menschen haben kein Adoptionsrecht. Die Verbreitung von Informationen über Gender-Identitäten ist verboten, genauso sind öffentliche Veranstaltungen unzulässig, wo beispielsweise LGBTQ+-Personen für ihre Rechte auf die Straße gehen. Dadurch werden sie nicht nur zu Menschen zweiter Klasse gemacht, sondern ihre Versammlungs-, Meinungs- und Medienfreiheit werden empfindlich eingeschränkt.

Dabei könnte es durchaus noch schlimmer kommen. Ende Oktober finden in der Südkaukasusrepublik Parlamentswahlen statt. Dass die Regierungspartei „Georgischer Traum“ (KO), die seit zwölf Jahren regiert und

beständig weiter Richtung Moskau abgleitet, dann sogar auf eine verfassungsändernde Mehrheit verfasen könnte, ist keineswegs unrealistisch. Aus ihrem Plan macht die KO keinerlei Hehl: dieses, wie viele weitere Gesetze, die in dieselbe Richtung gehen, in der Verfassung festzuschreiben. Demokratie sieht anders aus.

Doch genau da liegt das Problem. Georgien ist Beitrittskandidat der Europäischen Union. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst vieler junger Leute, die für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße gegangen sind. Als die Regierung das „Gesetz über ausländische Agenten“, das dem russischen Pendant zum Verwechseln ähnelt, durchdrückte, sah sich Brüssel berechtigterweise, gezwungen, Sanktionen zu verhängen.

Sollte die KO Ende Oktober die Mehrheit schaffen, wird die EU erneut reagieren müssen. Schon jetzt ist klar, was dann droht: Die Visafreiheit für die Georgier*innen könnte fallen. Das jedoch wäre ein schmerzhafter Rückschlag für alle, die auf eine Zukunft in Europa hoffen und die jetzt machtlos zusehen müssen, wie ihnen dieser Weg verbaut wird.

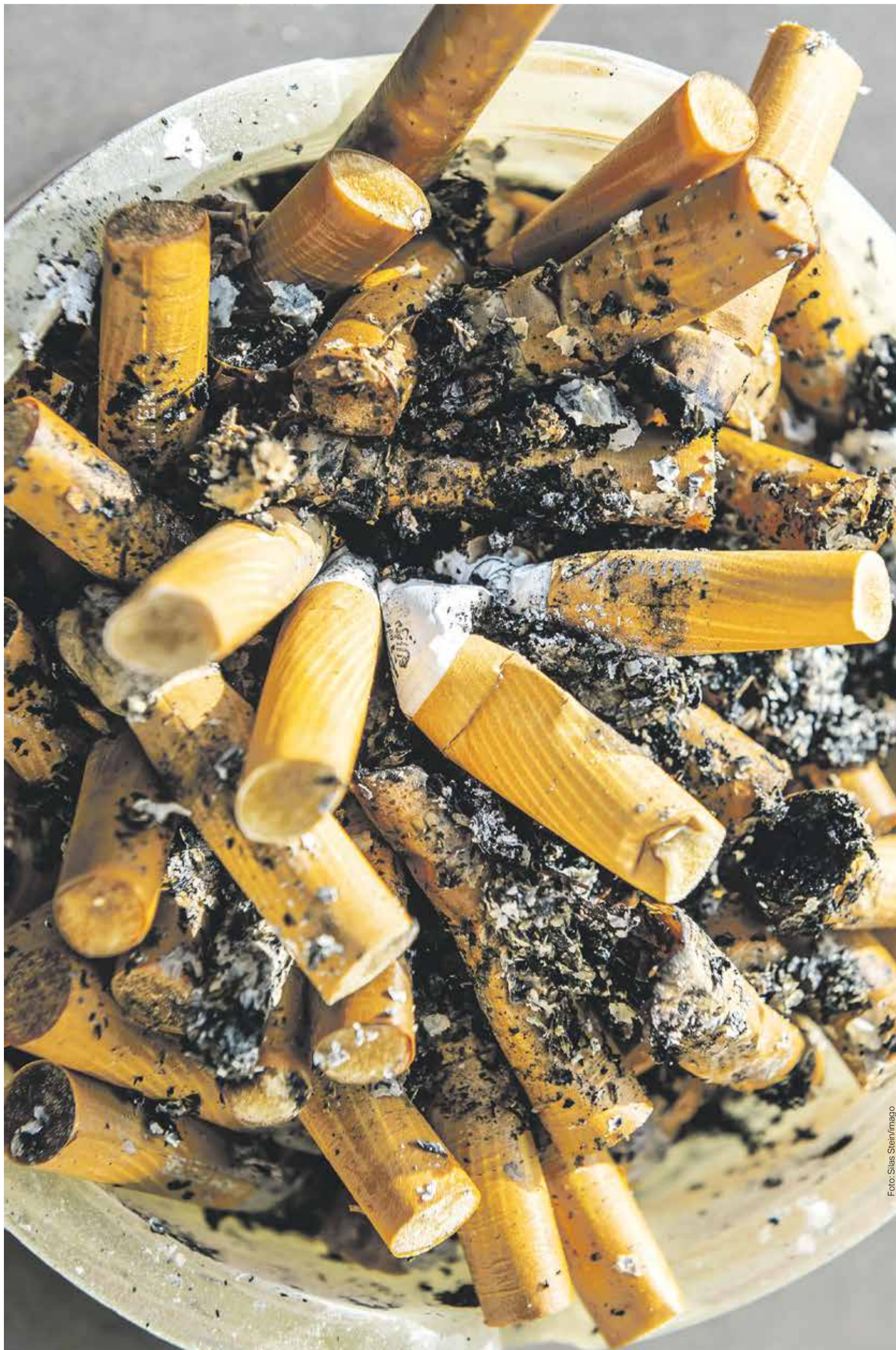


Foto: Sias Stein/Imago

talkshow

Rauchen ist nicht links

Überall rauchen zu dürfen, wird besonders unter Linken mit Freiheit gleichgesetzt. Doch es ist vor allem die Freiheit, andere zu gefährden. Unser Autor findet es gut, dass die EU-Kommission aktuell mehr rauchfreie Zonen fordert

Von Nicholas Potter

Wo soll man denn überhaupt noch rauchen?“, fragte eine Redakteurin fast hysterisch, die nicht mal selbst Raucherin ist. Die Empörung war auf der Morgenkonferenz der taz groß, nachdem die Europäische Kommission am Dienstag mehr rauchfreie Zonen an öffentlichen Orten gefordert hatte. Einige schlugen vor, dass der rauchende Kollege, der sich per Zoom zugeschaltet hatte, einen Kommentar gegen das Vorhaben schreiben soll. Alle schienen sich einig zu sein: Rauchen sei gleich Freiheit, eine gefährdete. Fast könnte man meinen, dass hier eine marginalisierte Minderheit noch weiter schikaniert und diskriminiert wird. Wird jemand bitte an die armen verfolgten Rauchenden denken?

Doch der Vorstoß der Kommission ist zweifelsohne der richtige. Die Gründe liegen auf der Hand. „Jedes Jahr verlieren in der EU 700.000 Menschen ihr Leben aufgrund von Tabakkonsum, darunter Zehntausende aufgrund von Passivrauchen“, so die scheidende Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides in Straßburg. Zigaretten sind verantwortlich für jede vierte Krebserkrankung in Europa. Wir hätten die Pflicht, „unsere Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche, vor der Belastung durch schädlichen Rauch und Emissionen zu schützen“, sagte sie weiter.

Die Europäische Kommission empfiehlt nun EU-Mitgliedstaaten, Nichtraucherzonen auf bestimmte Außenbereiche auszudehnen, an denen Kinder und Jugendliche besonders gefährdet sind – Schwimmbäder, Spielplätze, Bahnhöfe und Bushaltestellen. Auch E-Zigaretten, die gefährliche Aerosole produzieren können, sind davon betroffen.

So sollen einerseits Menschen vor Passivrauchen geschützt werden, andererseits soll Tabakkonsum weiter entnormalisiert werden. Das Ziel: Bis 2040 sollen weniger als 5 Prozent der Bevölkerung in der EU rauchen. Damit soll Krebs bekämpft werden und eine rauchfreie Generation entstehen. Gut so. Heute sind es noch 20 Prozent.

Raucher*innen sind tatsächlich eine Minderheit – eine gefährliche. Aber auch eine kranke. Dass ihre Sucht im linken Spektrum so oft verteidigt, verharmlost, ermöglicht wird, ist heuchlerisch. Rauchen ist zutiefst unsolidarisch, ja, unlinks. Auch andere zahlen dafür den Preis.

Es ist eine individualistische Praxis, die das eigene Vergnügen über das kollektive Gemeinwohl stellt. Zigaretten sind schwelende Stäbe des Neoliberalismus, die von Deregulierung leben und „Big Tobacco“ noch reicher machen. Raucher*innen brauchen Hilfe, nicht Raucherzonen.

In alternativen Räumen gehört eine Kippe oft „einfach dazu“. Ist das ein vermeintlich rebellischer Akt?

Unter den Folgen leiden nicht nur Passivraucher*innen hierzulande. Neun der zehn größten Tabakanbauer sind Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden weltweit 3,2 Millionen Hektar fruchtbarer Flächen für Tabakanbau verwendet – was die Ernährungssicherheit in manchen Ländern gefährdet. Besonders in Kenia, Malawi und Sambia wird immer mehr Tabak angebaut. Das führt zu Abholzung, Wasserverschmutzung und Bodenverschlechterung.

Die Ernte auf Tabakfeldern ist zudem gesundheitsschädlich: Jeden Tag können Arbeiter*innen so viel Nikotin wie in 50 Zigaretten aufnehmen, berichtet die WHO. Jede*r vierte von ihnen leidet an der sogenannten Green Tobacco Sickness – einer Nikotinvergiftung, die zu Übelkeit, Schwindel und Schwankung des Blutdrucks und der Herzfrequenz führen kann.

Das Schicksal der Tabakarbeiter*innen scheint aber die rauchenden Linken nicht sonderlich zu stören. In alternativen Räumen gehört eine Kippe nach wie vor oft „einfach dazu“ – in Punkbars, Technokellern, Hausprojekten oder autonomen Zentren. Ist das ein vermeintlich rebellischer Akt, ein Symbol der Anarchie vielleicht? „Rauch kaputt, was euch kaputt macht.“ Jedenfalls ein egoistischer.

Inklusiv sind solche Räume nicht mehr – weder für Jugendliche und Schwangere noch für Menschen mit Gesundheitsbeschwerden. Die befreite Gesellschaft kann nur eine rauchfreie sein.

„In einer Abteilung hingen sechs Nacktbild-Kalender nebeneinander“

Zum Tag des Handwerks berichten drei Frauen über ihre Erfahrungen. Die Branche muss sich radikal verändern, wenn sie eine Zukunft haben möchte. Aber ist das Handwerk dazu in der Lage?



Deutsches Handwerk: sexistische Kommentare, die sich manchmal bis zu Morddrohungen steigern Foto: imago

Protokolle
Ann-Kathrin Leclère

Yantin Fleischhauer, 24,
Tischlerin in Leipzig

Ich bin Tischlerin und habe vor einem Jahr meine Ausbildung abgeschlossen. Ich mag es sehr, mit Holz zu arbeiten. Dass ich jetzt den Abschluss habe, war nicht gerade einfach. Denn mir ist schon zu Beginn der zweijährigen Ausbildung aufgefallen, dass hier etwas gewaltig schief läuft.

In meiner Berufsschule herrschte ein autoritärer und respektloser Ton. Besonders schlimm fand ich die sexistischen und rassistischen Vorfälle. Ein Lehrer witzelte, dass es einfacher wäre, mit einem Schlagstock durchzugreifen, und Schüler*innen mit Migrationshintergrund wurden regelmäßig diskriminiert, weil sie etwa die Aufgaben nicht direkt verstanden, auch das N-Wort wurde benutzt. Die Lehr-

materialien sind voller Stereotype, man fühlt sich wie in den 50ern: Männer sind immer die aktiven Handwerker, während Frauen im Hintergrund oder am Herd zu sehen sind.

Als eine von wenigen weiblich gelesenen Personen an meiner Schule fühlte ich mich oft allein. Ich war am Ende meiner Ausbildung die einzige in meiner Klasse von zwanzig Auszubildenden. Ich finde es super frustrierend, dass FLINTA-Personen im Handwerk immer noch eine Seltenheit sind.

Auch in meinem Betrieb war es nicht einfach. Ich musste ständig dafür kämpfen, dass ich überhaupt Arbeiten machen durfte, bei denen ich etwas lernen konnte anstatt nur zu fegen oder zu streichen. Betriebe werden nicht genügend geprüft, ob sie überhaupt die nötige Voraussetzung erfüllen, Azubis eine anständige Ausbildung zu bieten. Ich hätte fast hingeschmissen, aber bin jetzt

froh, dass ich nicht aufgegeben habe. Auf einem bundesweiten Tischler*innentreffen vor zwei Jahren traf ich auf viele andere FLINTA-Personen, die ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Da ist mir zum ersten Mal richtig klar geworden: Das, was ich erlebe, ist kein Einzelfall. Wir haben uns dann schon auf dem Treffen entschieden, das Azubihilfe Netzwerk zu gründen, um andere Auszubildende zu unterstützen und uns gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen im Handwerk stark zu machen.

Im Fokus stehen marginalisierte Gruppen, wie etwa FLINTA-Personen oder Menschen mit Behinderung. Wir bieten unabhängige Beratung und rechtlichen Beistand. Dinge, die die Handwerkskammern uns Azubis leider nicht ausreichend bieten. Es ist wichtig, dass wir alle unsere Rechte kennen, denn oft werden wir von den Betrieben als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Viele verdienen in der Ausbildung kaum genug zum Leben und sind in Abhängigkeit von ihren Betrieben gefangen. Ich habe zum Beispiel in meiner Ausbildung nur rund drei Euro die Stunde verdient.

Eine unserer zentralen Forderungen ist, dass Lehrkräfte diskriminierungssensible Schulungen bekommen. Wir brauchen mehr Mitspracherecht in den Betrieben und gerechte Entlohnung. Außerdem fordern wir, dass unser Netzwerk finanziell gefördert wird, damit wir unsere Arbeit fortsetzen können. Aktuell arbeiten wir alle ehrenamtlich, aber es wird immer deutlicher, dass der Bedarf sehr groß ist.

Louisa Kolzau, 28,
Bootsbauerin aus Usedom

Die Ausbildung, die ich gerade mache, ist super vielfältig. Wir bauen Boote neu, oder restaurieren alte. Besonders cool finde ich, dass ich hauptsächlich mit Holz

arbeite, aber es gibt auch Metall- und Kunststoffarbeiten, je nach Betrieb. Bei uns in der Werft machen wir oft Workshops, in denen Teilnehmende ihr eigenes Boot bauen können. Das finde ich toll, weil es zeigt, wie handfest und kreativ dieser Beruf ist.

Was ich besonders schätze, ist der angenehme Umgang in unserem Betrieb. Wir sind vier Frauen und drei Männer. Meine Chefin ist großartig – wir reden auf Augenhöhe. Das ist leider in anderen Werften anders, wo es noch typisch männliche Dominanz gibt. In meiner Berufsschulklasse sind überraschend viele Frauen, sieben von 21 – das

und für seinen Lebensunterhalt sorgen. Einige müssen sich sogar verschulden, um die Ausbildung überhaupt durchzuhalten. Die BAB hängt vom Einkommen der Eltern ab. Wenn die zu viel verdienen, kriegt man nichts.

Ein riesiges Problem sind die Kosten, die für die Unterbringung bei der Berufsschule entstehen. Die einzige Berufsschule für Bootsbau in Deutschland ist in Lübeck, und wir müssen für unsere Schulblöcke natürlich irgendwo in der Nähe unterkommen. Es gibt ein Internat, aber das kostet 37 Euro pro Nacht. Einige aus meiner Klasse schlafen bei Wind und Wetter draußen

Alle wollen, dass wir Fachkräfte werden, aber es gibt so wenig Unterstützung. Da frage ich mich manchmal schon, warum sich die Leute dann wundern, dass immer weniger in solche Berufe gehen

Louisa Kolzau, 28, Bootsbauerin aus Usedom

ist aber die Ausnahme. Auch an meiner Berufsschule tut sich in letzter Zeit ein bisschen was: Zum Beispiel haben die Schüler*innen unter die männliche Form an den Türen einfach noch ein ‚Sternchen-Innen‘ dran geschrieben. Die Lehrer bemühen sich auch, zum Beispiel um moderneres Lehrmaterial.

So toll die Arbeit auch ist, die Bezahlung ist eine Katastrophe. Ich bekomme im ersten Lehrjahr den Mindestlohn, also knapp 490 Euro. Zusätzlich noch Berufsausbildungshilfe (BAB) vom Amt, damit darf ich am Ende des Monats aber null Euro auf dem Konto haben. Viele müssen ihre Heimat verlassen, weil die Bootsbaubetriebe oft in Wassernähe sind, und das heißt, man muss Miete zahlen

im Wald, weil sie sich das nicht leisten können. Meine Eltern haben mir Geld geliehen, damit ich mir ein Wohnmobil kaufen konnte. In dem wohne ich jetzt full time und spare die Miet- und Internatskosten. Die Schulden muss ich nach meiner Ausbildung tilgen. Manche haben Glück, dass der Betrieb die Internatskosten übernimmt, aber das ist keine Pflicht. Von der BAB werden diese Kosten nicht gedeckt und Förderungen für die Berufsschule sind Ländersache. Und das ist ja das Verrückte: Alle wollen, dass wir Fachkräfte werden, aber es gibt so wenig Unterstützung. Da frage ich mich manchmal schon, warum sich die Leute dann wundern, dass immer weniger in solche Berufe gehen.

Anna Malli (Name geändert), 21, Mechatronikerin in Leipzig:

Mich hat Technik schon immer interessiert, deshalb wollte ich die Mechatronikausbildung machen. Das war ein harter Weg, besonders weil ich im ersten Betrieb sehr schlechte Erfahrungen gemacht habe. Ursprünglich habe ich in einer kleinen Firma auf dem sächsischen Land angefangen, aber dort wurde ich kaum betreut. Meinen Ausbildungsleiter, der Chef des Betriebs, habe ich nur gesehen, wenn ich mal eine Unterschrift brauchte.

Das eigentliche Problem hatte ich jedoch in der überbetrieblichen Lehrwerkstatt, wo ich die meiste Zeit verbrachte. Dort herrschte ein extrem feindliches Umfeld. Ein Gruppe von etwa fünf Azubis mit denen ich da für Monate Lehrgang hatte, waren bekennende Nazis. Die haben mich als Frau nicht ernst genommen. Es begann mit abfälligen, sexistischen Kommentaren, doch das steigerte sich bis hin zu Morddrohungen. Die Ausbilder haben das entweder nicht bemerkt oder es ignoriert. Ich habe mich entschieden, nichts zu sagen, um die Situation nicht noch weiter eskalieren zu lassen. Rückblickend war das wohl die einzige Möglichkeit, durchzukommen.

Ich habe dann beschlossen, den Betrieb zu wechseln, aber das ist nicht so einfach. In Deutschland kann man eine Ausbildung nicht einfach so in einen anderen Betrieb verlagern, weil der Vertrag, der über die Handwerkskammer läuft, das nicht vorsieht. Ich musste meinen Betrieb überzeugen, mir einen Aufhebungsvertrag zu geben. Zunächst wollte man mich nicht gehen lassen, und die Sachbearbeiterin im Betrieb gab mir falsche Informationen – sie behauptete, ich könnte einfach kündigen und die Ausbildung fortsetzen. Hätte ich das getan, hätte ich jedoch meine ganze Ausbildung abbrechen müssen.

Am Ende hat der Wechsel funktioniert, aber es war ein zäher Kampf. In meinem neuen Betrieb in Leipzig lief es viel besser. Ich wurde endlich ernst genommen. Dort gibt es auch eine Jugend- und Auszubildendenvertretung, was in kleineren Betrieben oft fehlt. Diese Vertretung achtet darauf, dass die Rechte von Azubis eingehalten werden – etwa bei der Schutzkleidung oder den Arbeitszeiten. Ich bin mittlerweile selbst Teil dieser Vertretung und setze mich dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen besser werden.

Wenn ich zurückblicke, frage ich mich manchmal, warum ich überhaupt so lange in der Ausbildung geblieben bin, vor allem nach den schrecklichen Erfahrungen. Ich wollte aber den Beruf wirklich lernen. Viele Frauen, die mit mir angefangen haben, haben die Ausbildung abgebrochen, weil sie den ständigen Sexismus und das feindliche Umfeld nicht mehr ausgehalten haben. Es gibt viele Arbeitsplätze, die für Frauen einfach nicht ausgelegt sind – oft fehlt es schon an einfachen Dingen wie Frauenumkleiden oder Toiletten. Ich war mal in einer Abteilung, da hingen sechs Nacktbild-Kalender nebeneinander. Viele Betriebe sehen keinen Grund, daran zu rütteln. Doch wenn wir mehr Frauen in Industrie und Handwerk wollen, müssen sich diese Strukturen dringend verändern.

Zum Tag des Handwerks am 21. September hat das Azubihilfe Netzwerk Aktionen geplant. Info unter: <https://www.azubihilfe-netzwerk.de/2024/08/29/wir-werden-laut/>

ZEITEN WIE
DIESE BRAUCHEN
SEITEN
WIE DIESE



10 WOCHEN
NUR 10 EURO
TAZ.DE/ABO

taz zeitung für morgen



Die Grundschulklasse in „Favoriten“
Foto: Grandfilm

„Ein Konzept ist nur Papier“

Die Regisseurin Ruth Beckermann begleitete für ihren Dokumentarfilm „Favoriten“ eine migrantisch geprägte Wiener Schulklasse. Sie spricht über die richtige Haltung beim Filmemachen, die Schule als Mikrokosmos der Gesellschaft und Fehler im System

Interview **Thomas Abeltshauer**

Drei Jahre lang hat die österreichische Filmemacherin Ruth Beckermann eine Wiener Grundschulklasse begleitet. Mit „Favoriten“, benannt nach dem gleichnamigen Arbeiterbezirk, wirft sie einen differenzierten Blick auf Kinder mit unterschiedlichsten Migrationserfahrungen und deren engagierte Lehrerin, die strukturelle Mängel im Schulbetrieb und soziale Probleme zu kompensieren versucht. Mit großer Empathie und Neugier auf Augenhöhe bleibt Beckermann neutrale Beobachterin und greift nicht ein, mit Ausnahme der Handycameras, die sie den Kindern gibt, um abseits des Unterrichts selbst Videos von sich zu drehen.

taz: Frau Beckermann, wie ist die Idee zu Ihrem Film „Favoriten“ entstanden? Ging es konkret um die Lehrerin und ihre dritte Klasse oder um grundsätzlichere Fragen zum Schulsystem?

Ruth Beckermann: Die Idee war, mir diese Altersgruppe anzusehen und zu schauen, wie ist das in einer Volksschule heute. Die Demografie hat sich ja sehr verändert, seit ich selbst in die Schule gegangen bin, und deswegen wollte ich mir Kinder in einem typischen Viertel einer europäischen Großstadt ansehen. Da ich in Wien lebe, lag es nahe, hier einen Bezirk mit einer sehr gemischten Schule zu suchen. Zusammen mit meiner Co-Autorin Elisabeth Menasse haben ich dann während der Pandemie recherchiert und diese Schule gefunden, die auch die größte Volksschule Wiens ist,

mit fast 1.000 Kindern. Der Direktor dort war gleich sehr angetan von unserem Projekt und hat uns einige Lehrkräfte und Klassen vorgeschlagen. Dabei ist uns gleich Ilkay Idiskut aufgefallen, weil sie als Lehrerin sehr besonders ist, engagiert und auch filmisch interessant, weil sie eine tolle Ausstrahlung hat, was nicht nur die Kinder merken, sondern eben auch das Publikum.

taz: Der Fokus liegt dann aber doch vor allem auf den Kindern. Wie haben Sie das Vertrauen dieser Klasse gefunden?

Beckermann: Die Kinder können sich nur so geben, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Also wenn die Lehrkraft sich auf sie einlässt und mit ihnen diskutiert, das soziale Miteinander fördert. Der Direktor hatte vorab den Eltern von uns erzählt und uns dann bei einem Elternabend vorgestellt. Die Kinder waren anfangs aufgeregt, dass da eine Kamera und dieses Tongerät mit dem Pelzmikro sind. Mein Kameramann und der Toningenieur haben ihnen alles erklärt und nach zwei Tagen hatten sie uns integriert und fast vergessen, dass wir da sind. Manche Kinder waren erst schüchtern, einige konnten schlecht Deutsch, es hat oft gedauert, bis einer ein Wort sagt. Aber sie entwickeln sich natürlich auch und werden immer selbstsicherer.

taz: Nach Filmen wie „Waldheims Walzer“ und „Mutzenbacher“ ist dies Ihr erster Schritt ins Direct Cinema, das dokumentarische als teilnehmende Beobachtung.

Beckermann: Es war für mich sehr eigenartig, weil ich ja tatsächlich fast nicht interveniert habe. Ich bin die meiste Zeit in einer Ecke gesessen, hatte natürlich mit dem Kameramann den grundsätzlichen Stil vereinbart, dass wir viele Großaufnahmen wollen, dass er möglichst immer dort sein soll, wo ein Kind spricht. Aber ich konnte ja nicht eingreifen, weil man nie weiß, was passiert, wer gerade sprechen wird.

taz: Wie haben Sie vermieden, dass der Film didaktisch wird?

Beckermann: Indem ich beobachte und zuhöre. Ich habe zum Beispiel keine Interviews gemacht, sondern den Kindern Handycameras gegeben, damit sie einander filmen oder befragen. Der Film funktioniert durch das wohlwollende Zeigen und durch die Lebendigkeit. Natürlich lässt sich die Lehrerin auf viele Diskussionen ein, aber das tut sie nicht von oben herab, sondern respektvoll. Und trotzdem bringt sie ihre eigene Meinung rüber. Auch das ist besonders, andere Lehrerinnen hätten womöglich Angst, gerade mit Kindern aus einer anderen Kultur über Werte oder Einstellungen zu sprechen. Ob Frauen jetzt einen Bikini tragen oder schwimmen gehen dürfen. Und das tut sie. Das finde ich für die Erziehung der nächsten Generationen unglaublich wichtig, dass man mit ihnen diskutiert, ihre Meinungen anhört und auch die eigene Haltung darlegt.

taz: Was hat sich trotz der allgemeinen Misere im Schulsystem auch Positives verändert?



Foto: Nini Tschavelli

Ruth Beckermann

Die Dokumentarfilmerin und Autorin Ruth Beckermann wurde 1952 in Wien geboren. Sie studierte in Wien und Tel Aviv Publizistik und Kunstgeschichte, 1977 promovierte sie. In New York studierte sie zudem Fotografie an der School of Visual Arts. Zu ihren Filmen zählen „Jenseits des Krieges“ (1996), „Waldheims Walzer“ (2018) und „Mutzenbacher“ (2022).

Beckermann: Ilkay ist schon eine Ausnahme, würde ich sagen. Ich wollte an einem positiven Beispiel zeigen, woran es strukturell mangelt. Ilkay ist eine Lehrerin, die sehr gegenwärtig ist und auch für die Zukunft steht. Wir haben immer mehr Lehrerinnen aus migrantischem Milieu und ich finde, das hat große Vorteile. Nicht nur, weil sie das Milieu der Kinder kennen, sondern auch, weil sie eine besondere Herzlichkeit und eine andere Körperlichkeit haben. Diese Selbstverständlichkeit, ein Kind einmal in den

Arm zu nehmen, was ja bei uns schon verpönt ist und gleich geahndet wird. Ich wollte an einem positiven Beispiel zeigen, was alles fehlt.

taz: Sie haben die Klasse über drei Schuljahre begleitet. Inwieweit haben Sie Ihren Ansatz im Laufe der Zeit angepasst?

Beckermann: Ich bin immer sehr offen. Ein Konzept ist nur Papier. Ein Film ist das, was lebt. Wenn sich ein Konzept nicht verändern würde während der Dreharbeiten, wäre das bei einem Dokumentarfilm ja sehr langweilig und uninteressant. Am Anfang drehten wir sehr viel Unterricht, bis uns der fad wurde und wir die Diskussionen und das Interagieren interessanter fanden, um die Kinder abseits des klassischen Unterrichts kennenzulernen.

taz: Sie zeigen Österreich auch als Einwanderungsland und die Herausforderungen, die damit zusammenhängen. Was sind Ihre Erwartungen oder Hoffnungen für den Film? Was könnte er an Debatte auslösen?

Beckermann: Wir hatten interne Vorführungen für Politiker. Aber Filme können nicht die Welt verändern. Die Politiker sollten uns dankbar sein, weil wir es ihnen ermöglichen, in zwei Stunden sehr viel Einblick in das Schulsystem zu bekommen. Dabei sollten sie sich lieber mal eine Woche in eine Schulklasse setzen, um das wirklich zu verstehen. Damit sie erkennen, wie träge und reformbedürftig das Schulsystem ist.

taz: Was muss sich konkret ändern?

Beckermann: Die Kinder müssten viel mehr durchmischt werden, damit sie mit deutschsprachigen Kindern aufwachsen. Die Kinder dürften nicht bereits mit zehn Jahren getrennt werden. Es müsste viel mehr Lehrkräfte geben, es müsste Vorschulen geben. Es gibt keinen Grund, dass Kinder erst mit sechs in die Schule gehen. Diese antiquierte Vorstellung von Kindheit, die ausschließlich verspielt zu sein hat und am besten soll die Mutter zu Hause bleiben und dem Kind den Grießbrei machen oder den Spinat. Diese ganzen Vorstellungen sind natürlich hochpolitisch.

taz: Was sind Ihre Hoffnungen für die Generation, die Sie da drei Jahre lang begleitet haben?

Beckermann: Dass aus ihnen was Gescheites wird, dass sie wirklich gute Ausbildungen bekommen und sich gut entwickeln. Und ich denke da nicht nur an die Kinder, sondern an die Gesellschaft. Wir brauchen Arbeitskräfte, die schreiben und lesen können, die Englisch können, die digitale Natives sind. Aber das Problem ist, dass die Familien vieler dieser Kinder, auch wenn sie in Österreich geboren sind, kein Wahlrecht haben. Und warum soll ich mich als junger Mensch identifizieren mit dem Staat, in dem ich lebe, wenn ich nicht die gleichen Rechte habe? Das gehört dringend geändert.

„Favoriten“. Regie: Ruth Beckermann. Österreich 2024, 118 Min.

dvdesk

Lieben und anders begehren

Elena (Greta Grinevičiūtė) ist Tänzerin in Vilnius, Litauen, Anfang dreißig. Sie hat keinen klassisch ballerinesken Körper, sie ist gegen Widerstände, zuerst den er eigenen Mutter, zum Tanz gekommen. Sie agiert, soweit man sieht, in kleineren, freien Produktionen, nur einmal erlebt man sie bei einem Auftritt, sonst nur in dem Studio, in dem sie übt. Sie verdient ihr Geld nicht zuletzt als Tanzlehrerin, etwa für eine Gruppe jugendlicher Gehörloser. Diese bringt einen jungen Gebärdendolmetscher mit, Dovydas (Kęstutis Cibėnas). In kurzen Szenen sieht man ihn den Text von Liebesliedern gebärden, eine Sprache der Gesten, in der nicht nur die Hände, in der der ganze Körper zum Teil des Ausdrucksakts wird. Dovydas hat keine Lust mitzutanzten, aber in seinen Gebärden zeigt sich ein intimes Verhältnis zum eigenen Körper, und eine Nähe zur Tanzlehrerin stellt sich schnell her. Gemeinsame Spaziergänge, Gespräche, ganz normales Liebesanbahnungsgespräch, zum ersten Kuss fehlt nicht viel, ein letzter Ruck, paar Zentimeter, da erklärt Dovydas, sehr abrupt: Ich bin asexuell.

In seinem Fall heißt das, wie man gesehen hat, nicht, dass er keine romantischen Gefühle entwickelt (das gibt es bei Asexuellen in der Variante aromantisch-asexueller auch), sie sind nur nicht mit sexuellem Begehren verbunden. Elena dagegen, daran lässt Drehbuchautorin und Regisseurin Marija Kavtaradze von Anfang an keinen Zweifel, will, mag, hat gerne Sex. Was eher selten passiert: dass sie sich verliebt, Hals über Kopf. Das aber ist ihr nun mit Dovydas widerfahren. So stehen die beiden im Verliebtsein vereint, in der Frage des Begehrens getrennt vor einem Dilemma. Wie selbst frisch verliebt, macht der Film in seiner ersten Stunde gar kein großes Drama daraus.

Zwar gibt es einen ersten Schrecken und Abstoßungsschock. Dann aber versuchen es Elena und Dovydas einfach miteinander. Sie teilen denselben Humor, sie sind drinnen und draußen, in ihren Blicken und Gesten, ein inniges Paar. In der schönsten Szene des Films sitzen die beiden an einem kleinen Tisch im Café, er steht auf und sie beginnen, während er sich entfernt und während sie sitzenbleibt, dennoch eine Art gemeinsamen Tanz, ein Aufeinanderreagieren, ein Einanderspiegeln der Körper, sprachlos sprechen die Hände, der Kopf, die Schulter, zu-, mit- und ineinander.

Überhaupt ist „Slow“ dann am schönsten, wenn er den Körpern das Feld überlässt. Warm ist das Bild, nicht auf Schärfe, sondern materiale Sinnlichkeit aus, Kavtaradze und ihr Kameramann Laurynas Bareisa haben auf analogem 16-Millimeter-Material gedreht. Sie zeigen Elena und Dovydas auch miteinander im Bett, wo die große Liebe ihre Schwierigkeiten hat, die nicht minder große Asymmetrie des sexuellen Begehrens zu überwinden.

Viele Kommentare von Asexuellen zum Film (etwa auf der Filmplattform Letterboxd) sind durchaus ambivalent, weil „Slow“ bei allem Bemühen um Verständnis für die Ace-Identität zum einen dann halt doch wieder cis-hetero ist (viele Spielarten der Asexualität sind das eben nicht) – und zum anderen letztlich den Dilemma-Blick von der anderen, Elenas, Seite in den Vordergrund rückt. Allerdings bleibt doch, für die beiden, für den Film, für die Zuschauerin, die Schwierigkeit, ein gemeinsames Leben mit dem so und nicht anders anderen Anderen zu führen, eine, die keine Schuldigen hat und beide existenziell trifft und betrifft. Und es fragt sich, in identitätspolitischer Grundsätzlichkeit, wie verkehrt es ist, im ganz Spezifischen zugleich das sichtbar zu machen, was daran ohne Gleichmacherei universalisierbar sein könnte. So ist „Slow“ ein Liebesfilm wie viele andere. Und dann eben auch wieder nicht.

Ekkehard Knörer



„Slow“. Litauen, Spanien, Schweden 2023, Regie: Marija Kavtaradze. Die DVD ist ab rund 17 Euro im Handel erhältlich.

Schonungslos auch mit der Hauptdarstellerin: Demi Moore als Elisabeth Sparkle in „The Substance“
Foto: Mubi

Das ganze System in die Luft sprengen

In Coralie Fargeats „The Substance“ tritt Demi Moore gegen eine jüngere Version ihrer selbst an. Kompromisslos und mit viel Kunstblut rechnet der Film mit Jugendwahn ab

Von Tobias Obermeier

In der Unterhaltungsindustrie hat Schönheit ein Ablaufdatum. Bei Elisabeth Sparkle (Demi Moore) ist es der 50. Geburtstag. An jenem Tag wird die Schauspielerin, die wie ihr Stern auf dem Hollywood Walk of Fame schon bessere Zeiten erlebte, kurzerhand aus ihrer Fitness-Sendung geworfen. Das Publikum erwarte einen jüngeren Körper vor der Kamera, man müsse auf die Quoten achten, und schließlich sei man auch dem Wohlwollen der Aktionäre verpflichtet. In wenigen Sätzen knallt ihr der widerwärtige Produzent Harvey (Dennis Quaid) das Ende ihrer Karriere hin.

Die französische Regisseurin Coralie Fargeat lässt in „The Substance“ den Body-Horror, der sich im Laufe der zweieinhalb Stunden Spielzeit bis ins Unerträgliche hochschraubt, bereits zu Beginn des Films ausgesprochen ekelhaft in Erscheinung treten. In einem Nobelrestaurant sitzt Elisabeth ihrem Chef gegenüber und muss die Schmach des Rauswurfs über sich ergehen lassen. Die Weitwinkelkamera ist nur wenige Zentimeter von Harveys Gesicht entfernt, während er sich in Butter getunkte Garnelen in den Mund schiebt und auf so schmierige wie sexistische Art Elisabeths Karriereende besiegelt.

Dennis Quaid's tiefes und grandios selbstgefälliges Lachen, die Close-ups seiner fett-

überzogenen Lippen und das hochskalierte Schmatzen erzeugen einen Body-Horror ganz eigener Art. Für Demi Moore sei es gar eine der ekelhaftesten Szenen des Films, wie sie kürzlich in der Talkshow „Late Night with Seth Meyers“ erzählte.

Als Elisabeth wenig später eine mysteriöse Droge mit dem Namen „The Substance“ angeboten wird, sieht sie darin den Ausweg aus ihrem Niedergang.

Mit Lust am Voyeurismus stellt die Kamera die Frauenkörper gegenüber, den jungen und den gealterten

Mit der Droge soll es möglich sein, durch Replikation der eigenen Zellen eine bessere Version seiner selbst zu werden. Solange man sich an eine Regel hält: Das alte und neue Selbst müssen sich im Wochentakt abwechseln. Eine Regel, die selbstredend nicht eingehalten wird.

Ein Telefonat mit einer anonymen Stimme genügt, und nach wenigen Tagen holt Elisabeth das Paket mit diversen Flüssigkeiten, Spritzen und Schläuchen in einem Schließfach ab. Damit beginnt der groteske Wahnsinn. Nach der Injektion der Substanz schält sich aus ih-

rem aufbrechenden Rücken ein jüngeres Pendant ihrer selbst heraus.

Das, was folgt, ist eine kompromisslose Abrechnung mit dem Sexismus, Schönheits- und Jugendwahn einer ganzen Unterhaltungsbranche. Die „Neugeborene“ mit dem Namen Sue (Margaret Qualley) entspricht mit ihrem wohlgeformten Körper ganz dem erwarteten Schönheitsideal. Während Elisabeths nackter Körper in einer Art komatösen Zustand auf dem Boden ihres Badezimmers liegt, wird Sue als ihre Nachfolgerin für die Fitness-Show gecastet. Der Chef und seine männliche Entourage sind hin und weg.

Das gigantische Werbebanner vor Elisabeths mondänem Luxusapartment mit Panoramablick auf Los Angeles zielt schon bald nicht mehr ihr in hautengem Bodysuit gekleideter Körper, sondern der von Sue. Der Frauenkörper als schnell auszusortierende Ware. Wer nicht mehr jung und sexy ist, fliegt raus. Für Elisabeth, die nichts anderes als die sexualisierte Zurechtweisung ihres Körpers kennt, ist die Einnahme der Substanz ihr Pakt mit dem Teufel.

Die Welt, die Fargeat uns zeigt, ist eine anachronistische. Die Geschichte scheint zwar im Jetzt zu spielen, zumindest deuten Smartphones und Flachbildfernseher darauf hin, doch ein Aspekt fehlt in diesem Kosmos: die sozialen Medien. Das Showbusiness im Fernsehen ist hier nach wie vor der dominante

Akteur der Unterhaltungsindustrie.

Mit großer Lust am Voyeurismus stellt die Kamera die beiden Frauenkörper gegenüber. Hier der junge, straffe und makellose Körper von Sue, dort jener von Elisabeth mit seinen von der Zeit gezeichneten Hautfalten und Dellen. Den Aufstieg Sues als neuer Star am TV-Firmament zeigt Fargeat dabei mit provokanten Bildern. Es ist ein *male gaze*, den sie mit ihrem Film demontieren möchte und zugleich perpetuiert. Beim Duschen tastet die Kamera Sues pralle Brüste und ihre geschwungenen Kurven lustvoll ab, immer wieder wird sie von hinten in ihren Schritt gefilmt, und wenn sie sich beim Tanzen nach vorne bückt, starrt die Kamera genüsslich durch die Beine hindurch.

Coralie Fargeats überzeichnete Mediensatire folgt der Logik eines dramaturgischen Exzesses, der für seine Figuren weder Läuterung noch Erbarmen kennt. Vielmehr möchte der Film das ganze System in die Luft sprengen. Das ist über weite Strecken enorm unterhaltsam und man schlägt ob der wahnwitzigen, geradezu hanebüchenen Ideen, mit denen Fargeat Elisabeths Körper malträtieren lässt, die Hände über den Kopf. Der Body-Horror, der in grandios durchgestylten und beengten Kulissen in Szene gesetzt wird, baut sich immer weiter auf, ehe er in einem großen Finale eskaliert.

Demi Moore, die in den letzten Jahren kaum mehr in großen Kinorollen zu sehen war, feiert mit ihrer schonungslosen Darbietung ein fulminantes Comeback. Dabei verliert sich der überlange Film zuweilen in Redundanzen. Fargeat, die für „The Substance“ in Cannes den Preis für das beste Drehbuch gewann, verbeugt sich unverhohlen vor den großen Klassikern des Horrors. Das Overlook Hotel in Stanley Kubricks „The Shining“ wird ebenso zitiert wie Brian De Palmas furiose Blutorgie in „Carrie“.

„The Substance“ ist ein unverschämtes und ausschweifendes Stück Genrefilm, das jegliche Form von Zurückhaltung und Nuanciertheit über Bord wirft. Das mag man entweder als ein großartiges, bitterböses Spektakel goutieren oder als eine etwas substanzlose Medienkritik abtun.

„The Substance“. Regie: Coralie Fargeat. Mit Demi Moore, Margaret Qualley u. a. Vereinigtes Königreich/USA/Frankreich 2024, 140 Min.



unterm strich

Der Deutsche Museums Bund veröffentlicht eine Studie zur Wahrnehmung von Museen.

Die bevölkerungsrepräsentative Studie ergab, dass Museen „Wohlfühlorte und Orientierungspunkte“ sind. Außerdem stellte sich heraus, dass ein Drittel der Bevölkerung mindestens einmal im Jahr Museen besucht. Das Interesse an Museen bestehe über alle Altersklassen hinweg. Die Studie soll der Weiterentwicklung

von publikumsorientierter Museumsarbeit dienen.

Die Künstlerin Gabriele Stötzer erhält den Pauli-Preis 2024. Die Erfurterin setzt sich in ihren Arbeiten mit dem weiblichen Körper und politischen Widerständen auseinander. Aufgrund ihrer Arbeiten wurde Stötzer im repressiven politischen System der DDR zur Haftstrafe verurteilt. Die Jury des Kunstpreises

begründete ihre Entscheidung mit dem Hervorstechen der „Vielfältigkeit ihrer Aktivitäten, von Fotografie, Performance, Malerei und Objektkunst im Kontext feministischer Selbsterkundung“. Der Pauli-Preis ist mit 30.000 Euro dotiert.

Billie Eilish und ihr Bruder Finneas unterstützen Kamala Harris' Präsidentschaftskandidatur. Das gaben die beiden US-amerikanischen Musi-



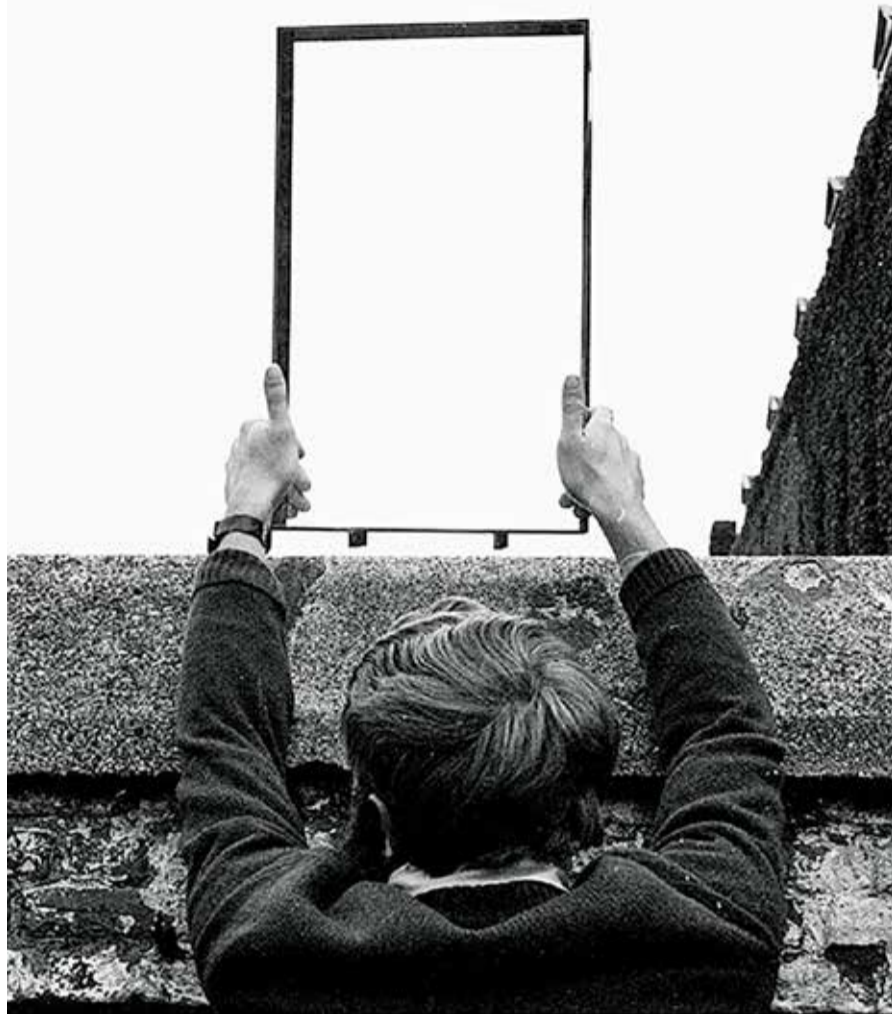
Foto: Britta Pedersen/epa

ker_innen am Dienstag über Instagram bekannt. Gleichzeitig forderten sie Eilishs 119 Millionen Follower_innen zur Wahl der demokratischen Kandidatin auf. Reproduktive Rechte, Umweltschutz und die Demokratie stünden auf dem Spiel. „Wählt, als ob euer Leben davon abhängt, das tut es nämlich“, so Eilish. Ihr *endorsement* von Harris folgt auf das von Taylor Swift vergangene Woche.

berichtigung

Viele Anführungszeichen gab es in der „Fotografin“-Besprechung. Oft waren sie in Ordnung, manchmal wäre eine Kursivierung besser gewesen. *embedded journalism* hätte als fremdsprachlicher Ausdruck kursiviert werden können. Fraglich bei der Unterscheidung zwischen *gaze* und *view*. Kursiv oder Anführung? Immerhin gab's nicht beides gleichzeitig.

Jef Verheyen hält „Le Vide (Die Leere)“ gegen den Himmel
Foto: Gerald Dauphin/Collection Fotomuseum Antwerpen



Johanna von Monkiewitsch, „15.04.2015/13:26“ von 2017, Pigmentdruck auf Papier
Foto: © Johanna von Monkiewitsch; Courtesy: die Künstlerin und Berthold Pott Gallery, Cologne



Das vermeintlich Einfache

Die Ausstellung „gegen den Himmel. contre le ciel“ im Leverkusener Museum Morsbroich kehrt mit dem 1984 verstorbenen Jef Verheyen und der 1979 geborenen Johanna von Monkiewitsch zu Grundelementen der Kunst zurück. Es geht um Licht, Farbe und Raum

Von Lars Fleischmann

Der „Große Vorsitzende“ Mao Zedong hat einst nicht nur dem Spatzen den Krieg erklärt, sondern angeblich auch dem Himmel. In seiner Welt gab es nichts neben der Kommunistischen Partei Chinas – nicht einmal das Firmament. Beinhaltet der Titel einer Schau im Leverkusener Museum Morsbroich, „gegen den Himmel. contre le ciel“, einen Widerstand gegen die Elemente und den Äther? Was sich in der alten Rokokowasserburg zeigt, ergibt sich nicht aus einem Wider, sondern lebt von der Affirmation: Die beiden ausgestellten Künstler*innen, Jef Verheyen und Johanna von Monkiewitsch, könnten gar nicht ohne den Himmel, die Sonne, das Licht.

Der 1932 im belgischen Itegem geborene Jef Verheyen, der als einer der Wegbereiter der monochromen Malerei gilt, stand zeitlebens im Austausch mit Gleichgesinnten, mit jenen, die in ihrer Epoche die Malerei erweiterten, erneuerten oder zerstörten. Schon früh knüpfte er freundschaftliche Kon-

takte zu dem Argentinier Lucio Fontana und der westdeutschen Gruppe ZERO – und stellte 1960 erstmals in Deutschland aus. Zufälligerweise im Museum Morsbroich, das damals auf der Achse zwischen dem avantgardistischen Wuppertal, dem Düsseldorf der Galerie Schmela und der Akademie sowie dem langsam am Kunstmarkt auftauchenden Köln seine Chance für Experimente an der Peripherie zu nutzen wusste. Wie auch eine zweite Ausstellung zeigt, als man in der Bayer-Stadt 1961 besagten Verheyen mit dem Amerikaner Ad Reinhart und dem Italiener Francesco Lo Savio zusammenbrachte.

Womit wir im Hier und Jetzt angekommen wären, wo Direktor Jörg van den Berg seit drei Jahren Morsbroich aus dem Dornröschenschlaf weckt, neue und alte Geister zusammenführt und Kunst jenseits des großen Rampenlichts zeigt. Das Rokokoschloss kann dabei selbst zum Kunstwerk werden, denn Harald F. Müller, ein Meister architektonischer Farbinterventionen, taucht

nach und nach die Treppenhäuser und Teile des Museums in außergewöhnliche Farben, lässt die Handläufe golden glänzen, die Wände dagegen silbern oder in sattem Rot erstrahlen.

Dazwischen nun also „gegen den Himmel“, das schon von außen launig grüßt: Auf dem herrschaftlichen Bal-

Die Bilder werfen die Frage auf, ob es möglich ist, eine Stimmung einzufangen

kon sieht man eine mit Spanngurten befestigte Kiste, die vielleicht an eine Matratze erinnert, die zum Transport freigegeben wurde. Dahinter verbirgt sich eine der prozessualen Arbeiten der Kölner Künstlerin Johanna von Monkiewitsch (*1979), in der über die Laufzeit der Ausstellung eine Leinwand durch

die Sonne nach und nach gebleicht wird. Von Monkiewitsch tritt in der neuen Leverkusener Schau in eine tiefe Korrespondenz mit Verheyens Werk.

Verheyens Bilder und von Monkiewitschs Arbeiten in Video, Installation, Fotografie und Skulptur strahlen eine eigentümliche Ruhe aus. Bei beiden ist eine präzise Auseinandersetzung mit der Kunstgeschichte spürbar. Von Monkiewitsch fotografiert und filmt Lichtstimmungen, hält sie in Pigmentdrucken fest oder projiziert sie auf Marmor und Moltonbahnen. Damit teilt sie die DNA mit den Impressionisten: In den Fotografien „Morsbroich“ oder „Tel Aviv“, die lichtdurchflutete Wände in den titelgebenden Städten zeigen, erkennt man einen konzeptuellen Ansatz, der auch einen Claude Monet zwischen 1892 und 1894 die Fassade der Kathedrale von Rouen zigfach malen ließ. Die Bilder von Verheyen, die vor einem halben Jahrhundert entstanden sind, werfen auch die Frage auf, ob es möglich ist, ein Temperament oder eine Stimmung

einzufrangen, oder um kurz einen oft missbrauchten Begriff zu rehabilitieren: Verheyen versuchte, Atmosphären so gut wie möglich mit den Mitteln der Malerei wiederzugeben. Eines der bekanntesten Bilder des 1974 verstorbenen Belgiers ist eigentlich gar kein Bild: „Le Vide“ – die Leere von 1965.

Statt einer Leinwand gibt es hier nur einen verchromten Metallrahmen zu sehen, man blickt hindurch, an den Seitenwänden spiegelt sich der Raum matt. Wie radikal die Geste ist, zeigt sich gerade dort, wo – wie eine ikonische Fotografie festhält – Verheyen „Le Vide“ hochhält und die Welt zum Inhalt des Gemäldes macht. Dieses Foto gibt der Ausstellung ihren Namen: Das Bild wird „gegen den Himmel“ gehalten und zeigt jede Sekunde einen neuen Ausschnitt.

„gegen den Himmel. contre le ciel. Jef Verheyen. Johanna von Monkiewitsch“: Museum Morsbroich, Leverkusen, bis 23. Februar 2025

taz shop

Gut aufbewahrt



Apothekerglas. Schützt trockene Lebensmittel stilvoll vor Feuchtigkeit, Geruch, Licht und Motten. Produziert in einer europäischen Glashütte mit langer Tradition. Von Bottles und Glashaus.
Artikel-Nr.
11873 1 Liter. Für Mehl, Reis oder Kaffee Mit Schraubverschluss, durch die große Öffnung einfach zu reinigen. € 8,50
13211 100 ml. Eignet sich nicht nur für Aspirin, sondern auch zur Lagerung von losem Tee oder lichtempfindlichen Gewürzen. In rund und eckig. € 8,50



@TOM-Dose. Manche Dinge verträgt der Mensch nur in kleinen Dosen: etwa Ruhm, Geld oder Sonne. Wenn die Dose so hübsch ist wie diese, ist das aber gar nicht schlimm. Aus Weißblech mit glänzendem Schutzlack und Scharnierdeckel.
Maße: B 19,2 x H 7,8 x T 12,6 cm.
Artikel-Nr. 11684, € 7,50



Brotbox. Der Ein-Raum-Klassiker, ideal für Pausenbrote. Spülmaschinenfest, nicht isolierend, nicht auslaufsicher. Von Eco Brotbox.
Maße: B 13 x H 4,5 x T 13 cm. Volumen: 0,5 l.
Artikel-Nr. 11256, € 17,95



taz-Kaffeedose. Ein gutes Team: Der Panter bewacht das Kaffeepulver, der Bügelverschluss das Aroma. Die tazpresso-Dose aus Blech ist luftdicht, lichtundurchlässig und angemessen groß – so bleiben auch Vieltrinker wach.
Maße: H 16 cm, Ø 11 cm.
Inhalt: für 500 g.
Artikel-Nr. 12296, € 8,50

Vorratsdose. Macht Hamster neidisch: Die stapelbare Aufbewahrungsdose aus Emaille eignet sich nicht nur für Lebensmittel. Mehrfach beschreibbar mit Wachsstiften oder Ölkreiden, spülmaschinenfest und aromaneutral. Deckel aus Eschenholz mit Silikonring. Komplett recycelbar und CO2-neutral hergestellt. Von Riess.

Artikel-Nr.
12686 **Groß.** Maße: Ø 13 cm, H 18 cm, Volumen: 2,25 l. € 39,90
12683 **Klein.** Maße: Ø 13 cm, H 12 cm, Volumen: 1,35 l. € 35,00



Morgendlicher feministischer Aufschrei

Politisch, poetisch, polemisch: So die Selbstbeschreibung des Blogs „10 nach 8“, für den Frauen über private wie politische Themen schreiben. Jetzt feiert das Kollektiv sein 10-jähriges Jubiläum



Der Blog „10 nach 8“ spiegelt seit 10 Jahren die Stimmen von bisher 600 Frauen wider: ein Grund zum Feiern
Foto: Myrlyan-diya/imago

Von Simone Schmollack

Für manche ist es 5 vor 12, für andere 10 nach 8. Zumindest für jene 600 Frauen, die regelmäßig die Kolumne „10 nach 8“ auf *Zeit Online* zu dem machen, was sie ist: ein kleines feministisches Juwel in der Medienlandschaft. Jetzt feiert das Blog-Kollektiv sein zehnjähriges Jubiläum – und gibt aus diesem Anlass eine Anthologie mit 30 der 1.500 bislang erschienenen Texte heraus, die im Frühjahr 2025 erscheint. Zehn Jahre „10 nach 8“, das sind nicht nur Texte ausschließlich von Frauen aus ihrem eige-

nen oder dem Leben anderer Frauen, das ist auch ein Blick auf Deutschland und die Welt. So schreiben seit einigen Jahren verstärkt syrische, afghanische, iranische, belarussische Frauen, sie bringen Flucht- und Diskriminierungserfahrungen mit, erzählen von Krieg und Sexismus, von Verlust und Neuanfang. Grundsätzlich ist die Themenwahl überaus breit: Osteuropa, DDR, Kinder, Sex, Familie, Science-Fiction, Sport, Psychologie, Alter – im Grunde alles, was Frauen in ihrem Alltag umgibt, umtreibt, ärgert.

Nicht jeder Text ist für jede gleichermaßen interessant, aber jeder erfüllt die Kategorien, mit denen sich „10 nach 8“ selbst beschreibt: politisch, poetisch, polemisch. Da schreibt etwa die kroatische Schriftstellerin Slavenka Drakulić über ihre Freundin in der Ukraine und dass sich Länder auf einen Krieg vorbereiten können, Menschen aber weniger. Da erzählt die in der Schweiz lebende Rundfunkautorin Hannah Krug über Russen in Estland und dass sie für Putins Angriffskrieg auf die Ukraine bezahlen müssen. Da denkt die Polin Pa-

tricia Friedek über den Frauentag in ihrem Heimatland nach. Es geht auch um Themen wie Homeoffice, Tränen, Dating-Shows auf Netflix, Weihnachten. Die in Leipzig lebende Literaturkritikerin Marlen Hobrack kritisiert die Fat-Acceptance-Bewegung als gescheitertes Social-Media-Phänomen; Elke Brederick, die in Berlin Deutsch unterrichtet, bekommt den Sommerblues bei dem Besuch ihrer alten Heimatstadt Halle an der Saale in Sachsen-Anhalt; Rebecca Maria Salentin regt sich auf, dass Outdoorsport noch immer Männersache ist. Sie selbst

war 2.700 Kilometer gewandert und 10.000 Kilometer Rad gefahren. Das Besondere an den „10 nach 8“-Macherinnen ist, dass sie nicht ausschließlich Journalistinnen und Autorinnen sind, sondern in ihren Berufen so divers wie in ihrer Herkunft: Wissenschaftlerinnen, Mitarbeiterinnen in politischen Einrichtungen, Künstlerinnen, Unternehmerinnen. Das ist kein Zufall, sondern Absicht. Als das „10 nach 8“-Kollektiv vor über zehn Jahren entstand, war das ein ausdrückliches Ziel, sagt Annett Gröschner, eine der

Gründerinnen: „In unseren Augen waren Frauen zu wenig präsent, in den Talkshows, in den Akademien, in der Politik. Wir wollten zeigen, dass es ausreichend kompetente Frauen gibt – man muss sie nur finden und sie machen lassen.“ So entstand die Idee, diesem Anspruch ein öffentliches Podium zu geben. Frank Schirmacher, damals Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, bot dem Blog-Kollektiv ein mediales Zuhause, am 11. November 2013 erschien die erste Kolumne, sie stammte von Annika Reich, Essayistin und Aktivistin. Schon damals ausschließlich online und unter dem Titel „10 vor 8“. Der morgendliche feministische Aufschrei war zudem ein Gegenpol zu misogynen Ergüssen wie den von Don Alphonso, der mit seinem Blog kaum eine Gelegenheit ausließ, gegen Frauen, Linke, Andersdenkende zu wettern. Nach Schirmachers Tod im Juni 2014 zog das Blog um zu *Zeit Online*, heißt seitdem „10 nach 8“ und erscheint abends, zunächst dreimal, später zweimal wöchentlich, aktuell einmal in der Woche, ästhetisch bebildert, liebevoll präsentiert. Von den zehn Gründerinnen sind noch sechs dabei, alle betreiben das Projekt nebenberuflich. Sie sammeln Themen ein, betreuen die Autorinnen, redigieren, schreiben selbst. „Es ist mühseliger geworden“, sagt Annett Gröschner: mehr Social-Media-Kanäle, die intensiver gepflegt werden müssen, ein neuer Insta-Account, der bespielt werden will. Wie werden die nächsten zehn Jahre von „10 nach 8“ sein? Elisabeth Wellershaus, Theaterwissenschaftlerin, „10 nach 8“-Redakteurin und Lektorin (gemeinsam mit Caroline Kraft) der Jubiläumsanthologie, ist zurückhaltend optimistisch: „Hoffentlich noch diverser, abseitiger und weiterhin so offen wie möglich.“ Annett Gröschner ist vorsichtiger: „Wer weiß, ob es dann überhaupt noch Zeitungen gibt.“ Das aber kann „10 nach 8“ egal sein, das Blog kennt ja nichts anderes als online only.

| | | |
|--------------|--|---|
| ARD | 12.00 Tagesschau 12.10 Mittagmagazin 14.00 Tagesschau 14.10 Rote Rosen 15.00 Tagesschau 15.10 Sturm der Liebe 16.00 Tagesschau 16.10 Amado, Belli, Biedermann 17.00 Tagesschau 17.15 Brisant 18.00 Gefragt – Gejagt 18.50 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte 20.00 Tagesschau 20.15 Der Irland-Krimi 21.45 Monitor 22.15 Tagesthemen 22.50 Nuhr im Ersten 23.35 Reschke Fernsehen 0.05 Tagesschau 0.15 Der Irland-Krimi 1.50 Cheat – Der Betrug | 17.00 Ulrich Wetzler Ermittlungsrichter 17.30 Unter uns 18.00 Explosiv – Magazin 18.30 Exklusiv – Star-Magazin 18.45 RTL Aktuell 19.05 Alles was zählt 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten 20.15 Die große GEO-Story 22.15 RTL Direkt 22.35 stern TV Spezial 0.00 RTL Nachtjournal 0.45 CSI: Miami |
| SAT.1 | 15.00 Auf Streife 17.00 Lebensretter hautnah 17.30 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt 18.00 Notruf 19.00 Die Spreewaldklinik 19.45 SAT.1 newstime 20.15 99 – Wer schlägt sie alle? (6/7) 23.05 The Floor (1/6) 1.00 99 – Wer schlägt sie alle? (6/7) | SAT.1 |
| ZDF | 12.00 heute 12.10 Mittagmagazin 14.00 heute – in Deutschland 14.15 Die Küchenschlacht 15.05 Bares für Rares 16.00 heute – in Europa 16.10 Die Rosenheim-Cops. D 2009 17.00 heute 17.10 hallo deutschland 18.00 SOKO Stuttgart: Wohnungslos. D 2022 19.00 heute 19.25 Notruf Hafenkante 20.15 ÜberVäter 21.45 heute-journal 22.15 maybrit illner 23.15 sportstudio UEFA Champions League 23.45 Markus Lanz 0.45 heute journal update 1.00 Ein starkes Team: Tod einer Studentin. D 2018 | 15.10 The Big Bang Theory 17.00 taff 18.00 ProSieben:newstime 18.10 Die Simpsons 19.05 Galileo 20.15 Beauty and the Nerd 22.45 Forsthaus Rampensau 0.50 Good Luck Guys |
| RTL | 15.00 Barbara Salesch Strafgericht 16.00 Ulrich Wetzler Strafgericht | KI.KA 8.05 Nitso und das zottelige Alphabet 8.15 JoNaLu – Mäuseaben-teuer zum Mitmachen 8.40 Ernest & Célestine 9.05 Simon 9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du 9.30 Ich bin Ich 9.40 Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab? – Die Abenteuer des kleinen Hasen 10.15 Der kleine Rabe Socke 11.00 logol 11.10 Power Players |

tagestipp

Während die Generation Dachschaden im Osten die Zukunft abwählt, ist anderswo Aufbruch – und zwar keineswegs nur in ein sich immer mehr faschisierendes Europa. Auf dem Kontinent mit der weltweit jüngsten Altersstruktur ist Zukunft angesagt!

„Afrika – Power-Kontinent im Aufbruch“, 3sat, 20.15 Uhr

Foto: Sven Kiesche/zeitf

| | |
|---|---|
| 12.25 The Garfield Show 12.50 Sherlock Yack – Der Zoodetektiv 13.15 Taylors Welt der Tiere 13.40 Die beste Klasse Deutschlands 13.55 Superhero Academy 14.10 Schloss Einstein 15.00 Mako – Einfach Meerjungfrau 15.45 Mia and me – Abenteuer in Centopia 16.10 Power Sisters 16.35 The Garfield Show 17.00 Anna und der wilde Wald 17.30 Die Schlümpfe | 18.05 Nö-Nö Schnabeltier 18.20 Feuerwehrmann Sam 18.50 Unser Sandmännchen 19.00 Leo da Vinci 19.25 Löwenzahn 19.50 logol 20.00 Kika Live 20.10 Die beste Klasse Deutschlands |
|---|---|

ARTE

9.00 Die Hunde der Mächtigen – und eine Katze
9.45 Hund und Mensch – Das Geheimnis einer Freundschaft

| | |
|---|---|
| 10.35 Takaya, der einsame Wolf 11.30 Die Bienenflüsterer 12.10 Fachkräfte aus aller Welt: Neue Chancen für den Arbeitsmarkt 12.40 Stadt Land Kunst 14.15 In einem Land, das es nicht mehr gibt. Drama, D 2022. Regie: Aelrun Goette. Mit Marlene Buraw, Sabin Tambrea 16.00 Hawaii: Aus Feuer geboren (3/4) 16.55 Wanderschäfer in Brandenburg 17.50 Die Färöer: Raue Schönheit im Atlantik 18.35 Unter dem Vulkan – Der Mate Grande in Patagonien 19.20 Arte Journal 19.40 Flucht aus Gaza 20.15 Japan: Land der fünf Elemente 21.45 Mum (1–6/6) 0.40 Vögel in Amerika – Auf den Spuren von John James Audubon 2.05 Störfaktor Kunst | 19.30 Dahoam is Dahoam 20.00 Tagesschau 20.15 quer 21.00 Kabarett aus Franken 21.45 BR24 22.00 Karlsplatz 22.45 Capriccio 23.15 Alles finster (3/6) 0.00 Alles finster (4/6) 0.45 Starttrampe COVERED 1.15 PULS Open Air |
| 3SAT | SWR |
| 18.30 nano 19.00 heute 19.20 Kulturzeit 20.00 Tagesschau 20.15 Afrika – Power-Kontinent im Aufbruch 21.00 scobel 22.00 ZIB 2 22.25 Mein Amerika – Dein Amerika: Die uneinigen Staaten vor der Wahl 22.55 Eigenbedarfskündigung: Familie Weiser muss raus 23.45 Zapp 0.15 10vor10 0.45 Maischberger 2.00 Notdienst im Urlaubsparadies – Der Inselarzt von Wangerooge 2.30 Unterwegs am Polarkreis | 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz 20.00 Tagesschau 20.15 Zur Sache Rheinland-Pfalz! 21.00 Die Flutkatastrophe an der Ahr – Fehler, Folgen und Verantwortung 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz 22.00 WaPo Bodensee: Haus am See. D 2020 22.45 WaPo Bodensee: Heiden. D 2020 23.35 She Chef: Lehr- und Wanderjahre in der Sterneküche 1.20 WaPo Bodensee |
| SWR | SWR |
| 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz 20.00 Tagesschau 20.15 Zur Sache Rheinland-Pfalz! 21.00 Die Flutkatastrophe an der Ahr – Fehler, Folgen und Verantwortung 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz 22.00 WaPo Bodensee: Haus am See. D 2020 22.45 WaPo Bodensee: Heiden. D 2020 23.35 She Chef: Lehr- und Wanderjahre in der Sterneküche 1.20 WaPo Bodensee | HESSEN 18.00 Maintower 18.25 Brisant 18.45 Die Ratgeber 19.15 alle wetter 19.30 hessenschau 20.00 Tagesschau 20.15 Alles Wissen 21.00 Willst Du ewig leben? Frank Seibert und die Selbstoptimierung 21.45 Mehr als Gewalt und Pyro? Fußball-Ultras 22.15 hessenschau 22.30 Alles außer Kartoffeln: Menschen. Küche. Heimat. 23.00 Die Ölkrise – Als dem Westen der Sprit ausging 23.45 Bellingcat – Der Wahrheit auf der Spur |

| | | |
|--|---|---|
| 1.15 Meine Mutter ... 2.45 State of the Union 3.10 Maintower – News & Boulevard | WDR 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit 18.15 Servicezeit 18.45 Aktuelle Stunde 19.30 Lokalzeit 20.00 Tagesschau 20.15 Quarks 21.00 Unser Westen, Unsere Talsperren 21.45 WDR aktuell 22.15 Frau tv 22.45 My Roots – Die Suche meines Lebens 0.00 The Rider, Drama, USA 2017. Regie: Chloé Zhao. Mit Brady Jandreau, Lily Jandreau 1.40 Erlebnisreisen | 20.15 Der englische Patient. Liebesdrama, USA/GB/1996. Regie: Anthony Minghella. Mit Ralph Fiennes, Juliette Binoche 22.45 rbb24 23.00 Die Heiland – Wir sind Anwalt 0.40 Arcadia) 2.10 Oma kocht am besten |
| MDR | MDR | MDR |
| 18.10 Brisant 19.00 MDR Regional 19.30 MDR aktuell 19.50 Ohne Filter – Pollmer fragt nach Liebe (3/3) 20.15 Lebensretter 21.00 Visite 21.45 MDR aktuell 22.10 artour – Das Kulturmagazin des MDR 22.40 Stolz zusammen – Der MDR-Kinderchor und VOCES8 23.10 Klangvolle Sommer-nächte – Der MDR-Musiksommer 0.10 Richard Hartmann – Der Lokomotiv-König von Chemnitz 0.40 Lebensretter 1.25 Visite 2.10 artour – Das Kulturmagazin des MDR | PHOENIX 14.00 phoenix vor ort 14.45 phoenix plus 16.00 Der Milliardenraub – Eine Staatsanwältin jagt die Steuer-Mafia 16.45 Cum-Ex Chefermittlerin spricht über ihre Kündigung – Exklusiv-Interview 17.30 phoenix der tag 18.00 Aktuelle Reportage 18.30 Traumorte 20.00 Tagesschau 20.15 US-Wahl: Die Macht der Stars und Milliardäre 21.00 phoenix runde 21.45 heute-journal 22.15 Dokumentation 23.00 phoenix der tag 0.00 phoenix runde 0.45 US-Wahl: Die Macht der Stars und Milliardäre 1.30 Dokumentation | |
| RBB | RBB | RBB |
| 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter 19.30 rbb24 Abendschau 20.00 Tagesschau | RBB 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter 19.30 rbb24 Abendschau 20.00 Tagesschau | RBB 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter 19.30 rbb24 Abendschau 20.00 Tagesschau |

Es kann schon vorkommen, dass Max Eberl als Architekt oder Baumeister bezeichnet wird. Allerdings hatte der Sportvorstand des FC Bayern bisher natürlich nichts mit der Planung oder Umsetzung von Bauvorhaben zu tun. Aber auch diesen Job würde Eberl notfalls übernehmen, um Harry Kane bei seiner Sammelleidenschaft zu unterstützen. Beim 9:2 gegen Dinamo Zagreb zum Auftakt der Champions League hatte der Torjäger wie drei Tage zuvor in Kiel so oft getroffen, dass er wieder den Ball in einer Plastiktüte mit nach Hause nehmen durfte. Er wisse ja nicht, wie groß Kanes Keller sei für all die Bälle, die er allein seit gut einem Jahr beim FC Bayern eingeheimst habe, sagte Eberl am Dienstag. „Aber wir helfen ihm auch, die Garage anzubauen, wenn es sein muss.“

Es spielte indes keine Rolle, dass er gegen Zagreb drei seiner vier Tore vom Elfmeterpunkt erzielte und beim letzten, wie er zugab, nicht so richtig wusste, „was ich machen und wohin ich schießen sollte“. Kane hat beim FC Bayern bisher alle seine Strafstoße souverän verwandelt.

Dass er sein zweites Bayern-Jahr so gut beginnen würde wie das erste, war nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Am Ende der vergangenen Saison und bei der EM hatte Kane überspielt gewirkt, war nicht fit. Und mit 31 Jahren ist er auch nicht mehr der Jüngste. Aber er hat sich gut erholt und zeigte in den vergangenen Wochen bei der Nationalmannschaft und im Verein, dass ihn das Ziel, endlich den ersten Titel zu gewinnen, noch immer zu Höchstleistungen antreibt. Neun Tore innerhalb von wenigen Tagen hat er erzielt, sieben für Bayern, zwei für England. Eberl findet, dass auch der Stürmer vom neuen Spielstil der Münchner profitiert. „Er ist viel mehr drin im Spiel“, sagt der Münchner Sportvorstand und findet überhaupt. „Im Moment läuft sehr viel rund.“

Neun Tore in einem Champions-League-Spiel hatte zuvor noch keine Mannschaft erzielt. Die Bayern stehen nach dem Auftaktspiel des frisch reformierten Wettbewerbs auch in der nun im Liga-Format ausgetragenen Vorrunde auf dem ersten Platz. Und sie be-

Da hüpfert nicht nur das Herz der Bayern-Fans: Torgarant Harry Kane und sein Gefolge
Foto: Matthias Schrader/ap/ dpa



Ach du rote Neune!

Bayern München stellt zum Auftakt der Champions League mit dem 9:2-Erfolg gegen Dinamo Zagreb gleich einen Rekord auf

Aus München **Elisabeth Schlammerl**

rauschten sich ein wenig selbst an ihrem Spiel, an dem Sieg, bei dem neben Kane noch Michael Olise (2), Raphael Guerreiro, Serge Gnabry und der in der Schlussphase eingewechselte Leon Goretzka trafen. Für Klubchef Jan-Christian Dreesen war der Auftritt „aus einer Kategorie, die außergewöhnlich ist“.

Da kann jene Phase nach der Pause, die Joshua Kimmich als „ganz schlechte fünf Minuten“ bezeichnete, schon mal in den Hintergrund rücken. Weil das riskante hohe Verteidigen nicht klappte,

erzielte Zagreb zwei Tore gegen den gerade frisch ins Spiel gekommenen Sven Ulrich im Tor. Manuel Neuer war wegen Oberschenkelproblemen ausgewechselt worden. „Nichts Gravierendes“, versicherte der Münchner Kapitän später.

Einfach weitermachen

„Natürlich darf uns das nicht passieren“, sagte Bayern-Trainer Vincent Kompany zu den Unsicherheiten. Aber was für ihn wichtig war: „Wir sind ruhig geblieben.“ Auch Eberl hob die Reak-

tion hervor. Bei so schnellen zwei Toren fange eine Mannschaft schon einmal an zu wackeln. „Aber wir haben nicht gewackelt.“ Thomas Müller sagte: „Was uns wieder auszeichnet, ist dieses Weitermachen.“ Jene Tugend, die vergangene Saison vermisst wurde.

Allerdings war Zagreb wie schon Kiel kein konkurrenzfähiger Gegner. „Bayern ist eine andere Welt“, musste Zagrebs Trainer Sergej Jakirović zugeben. Spätestens in Leverkusen trifft der Tabellenführer am übernächsten Bun-

desliga-Spieltag auf einen Gegner, der die Lücken, die die von Kompany geforderte hohe Verteidigung schon mal bietet, vermutlich besser nutzen kann. Zumal die Innenverteidiger Dayot Upamecano und Min-jae Kim ihre Fehleranfälligkeit aus der vergangenen Saison noch nicht abgelegt haben.

Thomas Müller glaubt trotzdem, dass der eingeschlagene Weg richtig ist: „Wir werden auch in Zukunft aus diesen Pressingsituationen mehr Tore schießen als kassieren.“



Frédéric Valin
Helden der Bewegung

Warum es im Kampf gegen rechts keine schillernden Figuren wie Bernard Tapie mehr gibt

Angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten stellt sich die Frage, auf welche Weise sich auch der Fußball dagegen positionieren kann. Eines von vielen historischen Vorbildern – ein sehr schillerndes obendrein – ist der 2021 verstorbene Bernard Tapie. Tapie wird 1943 geboren und wächst in Le Bourget auf, einem Vorort von Paris. Er ist der Sohn eines Schlossers und einer Krankenpflegerin. Seine berufliche Karriere beginnt er als Sänger und Formel-3-Fahrer, nach einem Unfall eröffnet er ein Fernsehgeschäft, um es dann mit Gewinn wieder abzustoßen.

Er wird Unternehmer und vertreibt unter anderem Notrufbeeper für Herzranke. Ein Kunde kommt zu Tode, vermutlich auch, weil der Bereitschaftsdienst keinen Mediziner schickt, sondern einen ehemaligen Lieferwagenfahrer. Die Ärztekammer klagt: Tapie wird zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Ab 1977 spezialisiert er sich auf den Verkauf insolventer Unternehmen, die er saniert. 1984 erwirbt er den Batterienhersteller Wonder für einen symbolischen Franc und verkauft ihn vier Jahre später für 400 Millionen Francs weiter. Der größte Coup, aber kein Einzelfall: Bald, sehr bald schon ist

Tapie ein reicher Mann. Beliebt ist er auch: 1984 wählt ihn das Publikum zu Frankreichs „Mann des Jahres“. Zwei Jahre später realisiert er die Dokusoap „Ambitions“, in der er einem jungen Kandidaten hilft, ein Unternehmen aufzubauen. Das war einer der Vorläufer zu „The Apprentice“.

Seine Leidenschaft gilt dem Sport. 1984 übernimmt er ein Radfahrteam, das drei Mal die Tour de France gewinnt, und kauft für einen symbolischen Franc Olympique Marseille, das unter seiner Präsidentschaft von 1989 bis 1993 durchgängig französischer Meister wird, 1989 den französischen Pokal und 1993 – die Krönung – die Champions League gewinnt.

Bereits 1990 hat Tapie Adidas gekauft. Es ist „das Geschäft seines Lebens“, wie er sagt. Der Satz wird ihn später noch einholen. Er verordnet ein komplettes Redesign (seither trägt Adidas drei Streifen im Logo) und lagert einen Großteil der Produktion nach Asien aus. Ab 1993 ist die Firma wieder rentabel und Tapie verkauft sie an seine Bank, den staatlichen Crédit Lyonnais.

Bernard Tapie ist die französische, spiegelverkehrte Version von Donald Trump

Parallel dazu verfolgt Bernard Tapie seine politische Karriere. Er lernt den französischen Präsidenten François Mitterrand kennen und kandidiert 1989 in einem als aussichtslos geltenden Wahlkreis: Den er schlussendlich gewinnt.

Tapie macht schon früh den Kampf gegen den Front National zu seinem Anliegen. Während die etablierten Politiker den Front National am liebsten wegnörgeln würden, scheut er die Konfrontation nicht. Le Pen könne man verurteilen, so die allgemeine Haltung, aber nicht seine Wähler, die aus Protest, Verzweiflung, Angst und man-

gelnder Aufmerksamkeit von ihren Gefühlen fehlgeleitet seien. Tapie hingegen sagt es deutlich: „Wenn Le Pen ein Drecksack ist, sind es seine Wähler auch.“ Er begibt sich auf FN-Versammlungen. Als man ihn aufs Podium holt, fordert er in seiner Rede die Anwesenden auf, sich bei der nächsten Morgentoilette vollzukotzen. Bei einer Fernsehdebatte droht er Jean Marie Le Pen Dresche an. 1992, endlich, wird er „Minister für die Belange der Städte“. Er will sich vor allem um die Probleme in den Banlieues kümmern. Knapp einen Monat nach seiner Berufung wird ihm Veruntreuung öffentlicher Gelder vorgeworfen. Tapie lässt sein Amt ruhen, so lange die Ermittlungen andauern. Im Januar 1993 kehrt er zurück, im März wird die Regierung abgewählt.

Bereits ein Jahr zuvor hat Tapie Adidas abgestoßen, um dem Vorwurf eines Interessenkonflikts vorzubeugen. Eine Tochterfirma des staatlichen Crédit Lyonnais erwirbt das Unternehmen für 2 Milliarden Francs. Tapie hat noch einige Schulden bei seiner Bank und zählt darauf, sie durch den sukzessiven Verkauf weiterer Unternehmen tilgen zu können. Aber der Crédit Lyonnais lässt Tapie auflaufen und erklärt ihn für zahlungsunfähig. Tapie ist pleite, der Front National setzt unter Marine Le Pen zu einem Höhenflug an.

Tapie ist die französische, spiegelverkehrte Version von Trump: mit dem Unterschied, dass seine Geschichte mit seiner Pleite abbricht. Diese Sorte Hasardeur engagiert sich inzwischen lieber in der extremen Rechten, wo sie mehr Schutz für sich und die eigenen Interessen zu erwarten hat. Trump gegen rechts, das könnte die Moral der Geschichte sein, funktioniert nicht. Als sich in den 80ern und teils in den 90ern im Westen in einigen Kurven Nazis breitgemacht hatten, brauchte es vor allem Widerstand auf den Rängen, auch und vor allem handfesten.

Politisch stabile Kurven – gegen die deutsche Fußballunternehmer wie Dietmar Hopp oder Martin Kind oder Uli Hoeneß regelmäßig ankämpfen – sind alternativlos. Sie sinnlos zu bekämpfen, ist selbst schon Teil der Barbarei.

was alles nicht fehlt

Ein Abschied: Der italienische Fußballprofi Toto Schillaci ist im Alter von 59 Jahren an den Folgen einer Krebserkrankung verstorben. Bei der WM 1990 in Italien war er mit sechs Toren eine der prägenden Figuren. Er war damals bester Torschütze des gesamten Turniers. Der Ex-Stürmer von Inter Mailand und Juventus Turin kam insgesamt auf 16 Länderspiele.

genossenschaft
taz



Mika Fugmann
taz zähl ich, Online-Bezahlmodell taz.de

AUCH DEIN GELD KANN HALTUNG DEMONSTRIEREN

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft



das wetter

Frisch operiert

Schaurig hallten die Schritte der Nachtschwester Gomorra durch die Flure des Spitals vom Heiligen Wels, bis ihre gedrungene Gestalt vor einem Patientenzimmer zu stehen kam. „Ihr beiden da, Herzbube und Pik acht! Mitkommen!“, schüttelte Gomorra einen Blinddarm und eine frisch operierte Zyste unsanft aus ihren Betten. Binnen Stundenfrist hatte die Schwester die Teilnehmer ihres Spiels ausgewählt, mit dem sich die Gomorra ihre langen Nachtstunden zu verkürzen pflegte: Sie legte leidenschaftlich gern Patienten.

gurke des tages

Jedes Mal erschrecken wir wieder, wenn wie gestern in der AFP-Meldung sein Name auftaucht: „BSW-Spitzenkandidat Robert Crumb.“ Und sind entsetzt: Jetzt ist der alte Titten-und-Schwänze-Zeichner auch zu den Putinisten übergelaufen. Vom Underground-Comic zur komischen Dutt-Tante. Halt! Stop! Der brandenburgische Wagenknecht-Statthalter heißt Robert Crumbach. Glück gehabt! Dann kann Fritz the Cat sich ja weiter auf Sex konzentrieren.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer | Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin

Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittensburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02 680
E-Mail: abo@taz.de
 Abo-Nummer nicht vergessen!
 Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €

Von Bernd Penners

Hendrik Wüst erklärte schlicht und als Erster den Verzicht auf die Kandidatenkür – aus die Maus und ab dafür!

Bleibt daheim an Ruhr und Rhein, will erst später Kanzler sein. Markus Söder tat's ihm nach, als er vor der Presse sprach.

Denn auch Bayerns Rübezahl steht ab jetzt nicht mehr zur Wahl, überließ vorm Mikrofon seinen Kandidatenthron

Friedrich Merz – und obendrein war er damit, log er, „fein“! Wichtig sei Geschlossenheit, nur kein Kandidatenstreit,

sülzte seine Majestät. Diesmal sei's noch nicht zu spät! Gleich nach diesem Schulterchluss fehlte nur der Bruderkuß.

Markus' Schmerz sitzt aber tief, wieder ging ein Anlauf schief. Wieder haut er in den Sack, triumphiert das Schwesterpack!

Damals Armin, Friedrich heut, damals hat man es bereut. Und auch heuer, weiß er schon, wird's nix mit dem Kanzlerthron.

Aber sicher weiß er auch, alter Bajuwarenbrauch, wo man Aggressionen lässt: Samstag ist Oktoberfest!



Foto: ap

Ein feines Paar

Rolex für Arme

Ersatz-Bling-Bling bei Juwelier in Gelsenkirchen

Immer wieder werden überall in der Welt Juweliere überfallen, und die Diebe stehlen Schmuck oder Luxusuhren. Ein eigentümliches Ersatzverbrechen fand bereits im Frühjahr dieses Jahres in Gelsenkirchen statt. Nach einer erfolglosen Fahndung hat sich die zuständige Behörde jetzt entschlossen, Fotos der Täter zu veröffentlichen, wie die Polizei gestern mitteilte: „Öffentlichkeitsfahndung nach Diebstahl von Werbescrifzug.“ Ja, auch in der ödesten aller öden Städte gibt es Juweliere. Aber in Gelsenkirchen werden eben keine Edelsteine oder andere Klunker abgegriffen. Die Schurken hatten, da sie schon nicht an echtes Bling-Bling

kamen, einfach den Schriftzug „Rolex“ von der Wand des Juweliergeschäfts abmontiert und in ihrer „hellen Umhängetasche“ abtransportiert. Dumm genug, dabei in die Videokamera zu lünnern, waren die beiden Heimchen, die auf den Bildern gut zu erkennen sind, sodass in den nächsten Tagen mit einem Fahndungserfolg in Gelsenkirchen wohl zu rechnen ist. Dann könnten die Beamten den Schwachmaten im Verhör auch die wichtigste Frage in diesem spannenden Kriminalfall stellen: Wie sie denn die ungefähr zwei Meter langen und einen Meter hohen „Rolex“-Buchstaben ans Handgelenk bekommen haben. Wir sind sehr gespannt.

Erst Bier, dann Bums

Auf Moralpostelei liegt kein Segen drauf

Ach, Gottchen! „EKD-Ratsvorsitzende Fehrs sieht Grundbedürfnis nach Segen“, meldete gestern die christliche Nachrichtenagentur epd, nachdem die Oberevangelin Kirsten Fehrs den üblichen seifigen Schmonzens von sich gab, dass die Kirche ein „lebendiger Identitätsraum“ sei, indem alle sich einen Segen abholen dürften. Ein Segen – zur Erklärung für alle Antichristen und Agnostiker – dient angeblich der Förderung des Glücks. Was dem Glück aber tatsächlich dient, sind die drei Bs wie Bedürfnis: Brot, Bier und Bumsen. Das sind Grundbedürfnisse! Am Grund der Existenz herrscht nämlich erst einmal Leere, die mit grundlegenden Dingen gefüllt werden muss – eben ficken, fressen, saufen. Danach erst kommt die Moral, und die sollte möglichst keine religiöse sein. Denn Moralapostel sind, das zeigt nicht nur die historische Erfahrung an der schmierigen Glaubensfront, meist nur Scheinheilige. Dennoch versuchen die Betschwestern und -brüder hierzulande immer wieder, sich mit ihren Ritualen als unverzichtbar für die Existenz darzustellen. Unseren Segen haben sie jedenfalls nicht. Wir Glücklichen gehen jetzt lieber in den Biergarten und danach ...



Photo: reuters



Joachim Schulz
New York, New York

Luis machte eine Kunstpause und nahm betont langsam einen Schluck Bier. Selbst Petris, Wirt des Cafés Gum, der gerade eine neue Runde für uns zapfte, lauschte gebannt. „Und?“, fragte Raimund, der die Spannung kaum aushielt: „Uuund?!“ Luis grinste. „Er war es tatsächlich: Frank Zappa, the Great Googly Moogly.“ – „Wahnsinn“, keuchte Raimund, „so was passiert echt nur in New York!“

Luis hatte zum Sechzigsten von Beate einen Kurztrip nach New York geschenkt bekommen. Als Bennie, ihr Sohn, das erfuhr, hatte er in riesigen Lettern, „Klimakiller!“ an ihre Haustür gesprüht. Seitdem sprach er nicht mehr mit ihnen, aber das, fand Luis, war es wert.

Denn als sie durch Brooklyn stromerten und auf einem alten Spielplatz mit halb verrotteten Spielgeräten eine Pause machten, hatte sich ein uraltes, zerknittertes Männchen zu ihnen gesetzt und sie gefragt, ob sie wüssten, dass Frank Zappa an einem Tag seiner legendären New-York-Konzerte im Jahr

1976 mittags hier mit seiner Gitarre in der Sonne gesessen und ein paar schwierige Stellen aus der Tracklist der Show geklimpert habe. „Und raten Sie mal“, fuhr das Männchen fort, „wer ihn dabei fotografiert und hinterher eine Kippe mit ihm geraucht hat?“

Selbstverständlich glaubte Luis ihm kein Wort, doch das Männchen zog einige ausgeblendete Polaroids hervor, auf denen tatsächlich der Meister himself, seine Gitarre sowie, auf einer Art vorsintflutlichem Selfie, das junge und noch unzerknitterte Männchen samt Zappa und zwei Zigaretten zu sehen waren.

„Wahnsinn!“, keuchte Raimund, der sich gar nicht wieder einkriegte. Theo indes war nicht überzeugt. „Ich hab mal im Zug einen Polen kennengelernt, der behauptete, er wäre Polanskis Kameramann bei ‚Tanz der Vampire‘ gewesen“, sagte er. „Er hat mir haarklein beschrieben, wie er an einem mordssteilen Hang in den Dolomiten die Schussfahrt von Draculas Knecht im Sarg durch

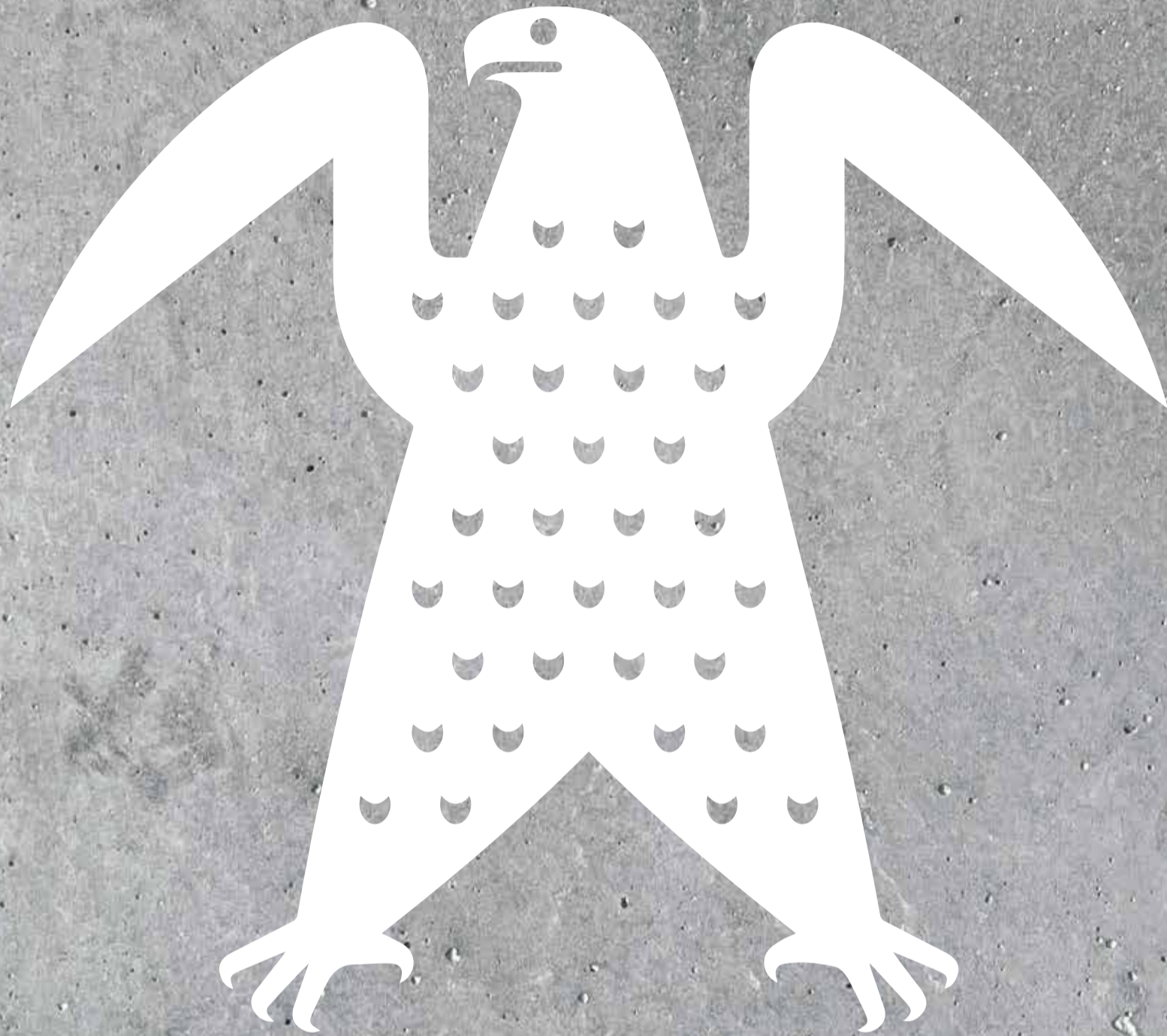
den Schnee gedreht haben will. Später hab ich erfahren, dass die Szene komplett im Studio aufgenommen wurde und der Kameramann Brite war.“

„Aber der Typ hat mir Fotos gezeigt!“, protestierte Luis. „Na und? Mit Photoshop kannst du selbst Karel Gott Zappas Gitarre umhängen und ihn auf die Bühne des Palladiums stellen.“ – „Es waren echte Polaroids mit ausgefransten Rändern!“, rief Luis. Doch Theo winkte ab: „Jede Wette, dass du im Internet längst alt aussehende Polaroids kaufen kannst, auf denen man sieht, wie Moses das Rote Meer teilt.“

Luis schnaubte ungehalten und verschwand Richtung Klo. „Angeber“, brummte Theo. „Demnächst erzählt er, er hätte Zappa höchstpersönlich getroffen.“ – „Bullshit. Jeder weiß, dass Zappa mausetot ist“, sagte Petris, während er uns das Bier hinstellte. „Phh“, machte Theo: „Es gibt auch Leute, die behaupten, dass Elvis und John Lennon noch leben.“ – „So ist es“, rief Raimund begeistert, „sie leben! In den schweren Herzen alter Männer.“



bundes **talk** 



bundestalk

Kamala Harris weiter Weg zum Sieg

Das TV-Duell gegen Donald Trump hat Harris souverän gewonnen. Doch wie wird der Kampf um das Weiße Haus ausgehen? Darüber spricht **Stefan Reinecke** mit **Barbara Junge, Bernd Pickert** und **Marina Klimchuk**.

Jetzt hören!



Fahrtanzeige des Grauens – inzwischen Alltag in Berlin Foto: Peter Meißner/imago

Jeden Tag ein bisschen schlechter

Ob Schulessen oder BVG – es läuft nicht. Kai Wegner hatte ganz anderes versprochen

Von Marie Frank und Rainer Rutz

Ein typischer Wochentag in Berlin unter Schwarz-Rot: Aylin Yilmaz steht noch früher auf als sonst. Sie muss ihrer 10-jährigen Tochter Schulbrote schmieren und Gemüsehäppchen zubereiten, damit die in der Mittagspause etwas zu essen hat. Denn das Schulessen wird seit zwei Wochen nicht geliefert – dem Chaos rund um den Caterer 40 Seconds sei Dank. Der hatte sich wegen der nicht ganz so pfliffigen Vergabepraxis völlig übernommen und musste plötzlich 40.000 statt wie bisher 5.000 Mittagessen liefern – was er natürlich nicht konnte.

Aylin Yilmaz gibt es in Wirklichkeit nicht. Sie könnte auch Susanne heißen oder Karl. So oder so muss unsere fiktive Mutter schnell los, um nach dem Schulbrot schmieren ihren 3-jährigen Sohn in die Kita zu bringen. Ihr Partner kann

das heute nicht übernehmen, er musste für einen kranken Kollegen einspringen – Busfahrer*innen sind derzeit in Berlin Mangelware. Am U-Bahnhof Eberswalder Straße angekommen wundert sich Yilmaz: Eben stand die Anzeige noch bei 4 Minuten. Plötzlich verschwindet der Eintrag und ein neuer erscheint: 12 Minuten. Nach einer halben Stunde ist die hoffnungslos überfüllte U2 endlich da und Yilmaz ist gestresst: Sie weiß, sie kommt zu spät.

Wie andere Linien ist auch die U2 vollkommen aus dem Takt. Das Grundproblem ist lange bekannt: Der Fuhrpark ist überaltert und störanfällig. Bestellte neue Züge kommen nicht vor 2025 – und selbst das halten Expert*innen für Augenwischerei. Inzwischen melden sich zudem die Fahrer*innen reihenweise krank. Allein am Sonntag sol-

len fast 60 U-Bahnen personalbedingt ausgefallen sein. Seit Dienstag habe sich die Situation aber „erkennbar entspannt“, teilt die BVG am Mittwoch auf taz-Anfrage mit. Wo auch immer das erkennbar ist.

Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) nahm es im Juli noch locker. „Ich glaube, da müssen wir eine andere Haltung bekommen. In anderen Städten fährt die U-Bahn alle 10, alle 15 Minuten“, sagte sie zu den schon im Sommer allgegenwärtigen Klagen über Verspätungen. Das kam nicht so gut an. Mittlerweile wirbt Bonde um Verständnis und würdigt „das große Bemühen aller Beteiligten, ein weitgehend verlässliches Angebot wiederherzustellen“.

Aylin Yilmaz hilft das wenig. In der Kita ihres Sohnes folgt der nächste Schock: Ab Montag treten die Erzieher*innen

möglicherweise in einen unbefristeten Streik, erzählt eine andere Mutter. Yilmaz schaltet sofort in den Krisenmodus: Wie kann sie in der nächsten Woche die Kinderbetreuung organisieren? Schließlich muss sie ja auch noch Geld verdienen. Sie ist schon geübt in kurzfristiger Notfallbetreuung, allein in diesem Jahr ist die Kita schon 24 Mal ausgefallen. Weniger wegen Streiks, sondern meistens, weil die Erzieher*innen krank waren. Sie verkraften die Belastung einfach nicht mehr. Auch Yilmaz' Stresslevel liegt bei 180 – dabei ist es erst 7:30 Uhr morgens.

Doch es nützt nichts, sie muss weiter, ihre Tochter in die Schule bringen. Und anschließend zum Bürgeramt an der Schlesischen Straße in Kreuzberg, wo sie einen der begehrten Termine ergattert hat. Sechs Wochen hat sie darauf gewartet. Yilmaz muss

dringend einen Kinderreisepass beantragen, bald sind Herbstferien. Und wenn sie schon mal da ist, kann sie auch gleich einen neuen Wohngeldantrag stellen. Dafür ist sie eigentlich zu spät dran, Ende des Jahres läuft ihr Wohngeld aus und die durchschnittliche Bearbeitungszeit in Kreuzberg liegt derzeit bei mehr als sechs Monaten.

Mit sechs Wochen Wartezeit auf einen Termin liegt Yilmaz genau im Durchschnitt. Vom erklärten Ziel, dass Berliner*innen innerhalb von 14 Tagen einen Termin beim Bürgeramt bekommen, will der Senat nichts mehr wissen. Jüngst erklärte Senatschef Kai Wegner (CDU), er werde und könne kein Datum für die Umsetzung seines Wahlversprechens nennen. Und überhaupt: „Ich glaube, dass für viele Berlinerinnen und Berliner dieses 14-Tage-Ziel ehr-

licherweise gar nicht so wichtig ist.“ Stattdessen gehe es darum, „schnell einen Termin“ zu bekommen, „wenn es notwendig ist“. Das hat bei Aylin Yilmaz schon mal nicht funktioniert.

Auf dem Weg zum Bürgeramt steigt sie im U-Bahnhof Schlesisches Tor über einen offenbar zugehörten Mann, der auf der Treppe liegt. Ein anderer Mann bettelt sie an. Anderen geht es noch schlechter als mir, versucht sich Yilmaz die desolaten Lage schönzureden und gibt ihm 50 Cent. Für die vielen Drogenabhängigen und Obdachlosen in der Stadt interessiert sich der Senat merklich auch nicht so richtig. Doch so wirklich besser geht es ihr damit nicht.

Um das Schlesische Tor herum stapelt sich Sperrmüll. Baucontainer werden genutzt, um eigenen haushaltsüblichen – und unüblichen – Schrott dazuzuwerfen. Vorbildliche Partygänger*innen haben ihre Flaschen neben die vollen Mülltonnen gestellt. Die Flaschen der nicht so Vorbildlichen liegen zerbrochen auf dem Gehweg.

Dabei hatten SPD und CDU in ihrem Koalitionsvertrag eine „Saubereitsoffensive“ angekündigt, „um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum“ zu erhöhen. Zwar wurden für die Reinigung von Straßen, Plätzen und Grünflächen im Haushalt 2024/25 fast 50 Millionen Euro zusätzlich eingeplant. Auch stieg die Zahl der von der BSR gesäuberten Parks im Sommer von zuletzt rund 80 auf 102. Mit den Straßen kommt das Unternehmen offenkundig aber nicht mehr hinterher – zumindest nicht in Kreuzberg.

Die Stadt scheint zunehmend vor die Hunde zu gehen, denkt sich Yilmaz, als sie am defekten Fotoautomaten vorbeigeht. Dabei hatte die CDU doch versprochen, die Stadt sauberer und funktionsfähiger zu machen. „Wir wollen mit harter Arbeit und guten Ideen dafür sorgen, dass Berlin jeden Tag ein bisschen besser funktioniert“, hatte Kai Wegner getönt. Deswegen hatte Yilmaz 2023 auch CDU gewählt. Stattdessen wird es jeden Tag gefühlt ein bisschen schlimmer. Doch Yilmaz hat keine Zeit, darüber nachzudenken: Ihre Nummer wird aufgerufen. Sie hat noch 20 Minuten, bis sie zu ihrem Job als Pflegerin in der Charité muss. Dann fängt der Stress eigentlich erst richtig an.

Lilly Schröder schaut sich Bänke als Symbol gegen Gewalt gegen Frauen an

Gewalt in allen Farben

in älterer Herr hält gedankenverloren seine Angel in die Müggelspree, während die Sonne hinter ihm die Altstadt von Köpenick in warmes Licht taucht. Es könnte am Mittwochmorgen kaum idyllischer sein – wäre da nicht die blutrote Bank, die das Bild stört.

Seit einer Woche reiht sich in die braunen Bänke an der Promenade im Köpenicker Luisenhain eine rote Bank. Die Initiative aus Italien, bekannt als „Panchina Rossa“, ist ein Symbol im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Rot symbolisiert die Farbe des Blutes: Die Bank steht als ein Zeichen dafür, dass Plätze frei bleiben, wenn Frauen häuslicher Gewalt zum Opfer fallen.

In Berlin wurden im Jahr 2020 16.327

Opfer partnerschaftlicher oder innerfamiliärer Gewalt bei der Polizei registriert. In Treptow-Köpenick wurden im Jahr 2022 970 Fälle gemeldet. Der Höhepunkt dieser Gewalt ist der Femizid, der Mord an Frauen wegen ihres Geschlechts. Allein in Treptow-Köpenick kam es 2024 schon zu zwei Femiziden.

An einen dieser beiden Fälle, bei dem im Juni eine 34-jährige Frau von ihrem Ex-Partner ermordet wurde, erinnert ein laminiertes Blatt Papier, das vor der Bank liegt, umrahmt von roten Blumen. Eine kleine Plakette auf der Bank mahnt: „Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat keinen Platz in Treptow-Köpenick!“ Darunter finden sich die Telefonnummern von Beratungsangeboten für Betroffene sowie ein QR-

Code, der zur Informationsseite des Bezirksamts führt.

„Diese Bank soll Menschen im öffentlichen Raum aufrütteln, sensibilisieren und Betroffenen Mut machen, sich Hilfe zu suchen“, so die Bezirksstadträtin Claudia Leistner (Grüne). Doch von den meisten Spaziergänger*innen, die am Mittwoch über die Promenade schlendern, bleibt sie unbeachtet. Ihre Farbe fällt kaum auf, die Plakette ist gerade einmal handflächengroß. Anfang der Woche lagen dort noch zwei laminierte Papiere, die an die beiden Femizide erinnerten – am Mittwoch bleibt nur noch eines.

Wie dauerhaft sichtbare Symbole gegen Gewalt an Frauen im Stadtbild aussehen können, bleibt eine Frage, auf die



Foto: Lilly Schröder

bislang jeder Bezirk eine eigene Antwort findet. In Steglitz-Zehlendorf und Schöneberg sind rote Bänke zu sehen, während in Hellersdorf eine orangefarbene Bank (Orange symbolisiert den Kampf

gegen Gewalt) mit der Inschrift „Hellersdorf sagt Nein zu Gewalt“ steht. In Neukölln und Kreuzberg stehen in den Farben der Initiative „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ blau-grüne Bänke.

„Für Außenstehende ist der Zusammenhang nicht eindeutig“, räumt die Koordinatorin von StoP ein. Gleichzeitig betont sie: „Als Anti-Gewalt-Projekt wollen wir keine Konkurrenz schaffen. Wir kämpfen alle für die gleiche Sache – je mehr, desto besser.“ Bezirksstadträtin Leistner hat bereits signalisiert, weitere rote Bänke aufstellen zu wollen. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, der jedoch überschattet wird von der drohenden Gefährdung des einzigen Mahnmals gegen patriarchale Gewalt in Berlin: den „Trostrfrauen“.

das porträt



Foto: imago

Neşet Ertaş: eine musikalische Brücke zwischen Heimat und Diaspora

Am 19. September erinnert das Land Berlin mit einer Gedenktafel an den 2012 verstorbenen Musiker und Volksdichter Neşet Ertaş, geboren 1938 in Kirşehir in Zentralanatolien. Der türkische Sänger, Dichter und Komponist gilt als einer der wichtigsten Vertreter der türkischen Volksmusik und des „Bozlak“, einer traditionellen Musikform aus Zentralanatolien.

Neşet Ertaş hat eine besondere Bedeutung für die deutsch-türkische Community, besonders für die erste Generation von türkischen Einwanderern, die in den 1960er Jahren als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland kamen. Berlin war zu dieser Zeit ein bedeutender Ort für die türkische Gemeinschaft, da hier eine der größten türkischen Diaspora-Gemeinschaften in Europa lebte. Ertaş kam ebenfalls 1976 wegen einer medizinischen Behandlung nach Deutschland.

1980 zog er nach Schöneberg und holte auch seine Kinder nach Berlin. Von 1980 bis 1985 betrieb er einen Musikladen, das Neşet Ertaş Saz Haus, im zu dieser Zeit stillgelegten U-Bahnhof Bülowstraße im damaligen Türkischen Basar. Seine Auftritte waren nicht nur musikalische Events, sondern auch Momente, in denen sich die Gemeinschaft zusammenschloss, um ein Gefühl von Heimat und Zugehörigkeit zu erleben. Für viele Türken in Deutschland, die mit den Herausforderungen der Migration und der Entfremdung konfrontiert waren, wurde Ertaş deshalb zu einer symbolischen Figur.

Seine Lieder erzählen von den Sorgen und Hoffnungen der einfachen Leute, auch als Garip (einsam, arm) bezeichnet, von der Liebe und der Trennung – Themen, die auch die türkische Diaspora in Deutschland direkt berührten. Besonders in den 1970er und 1980er Jahren, als viele Türken in Deutschland noch nicht richtig integriert waren und mit Identitätsfragen kämpften, war Ertaş' Musik ein starkes Bindeglied zur eigenen Kultur.

Darüber hinaus war Neşet Ertaş nicht nur ein Musiker, sondern er stand mit seiner Kunst auch für Authentizität, Bescheidenheit und Respekt gegenüber den traditionellen Werten. Diese Eigenschaften machten ihn auch in Deutschland öffentlich bekannt. Seine Musik überwindet immer noch kulturelle Grenzen und wird immer noch von vielen Menschen, die sich mit der Migrationserfahrung identifizierten, als Ausdruck ihrer eigenen Geschichten angesehen.

Derya Türkmen

Kitas vor Erzwingungsstreik

Werden die landeseigenen Kitas jetzt unbefristet bestreikt? Niedersachsen könnte Modell für Einigung in Berlin abgeben



Gummistiefel erhöhen das Wohlbefinden der Kinder an Regentagen – entlastete Erzieher*innen ermöglichen ein kindgerechtes Umfeld bei jeder Wetterlage
Foto: Sina Schuldt/dpa

Von Uta Schleiermacher

Am Freitag entscheidet sich, wie stürmisch der Herbst an den vom Land Berlin selbst betriebenen Kitas wird. Um 9 Uhr will die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi das Ergebnis der aktuell laufenden Urabstimmung verkünden, bei der die Mitglieder sich für oder gegen unbefristete Streiks aussprechen können. Wenn 75 Prozent dafür stimmen, dann könnten Berliner Kitas im Prinzip ab sofort unbefristet bestreikt werden. Bei Verdi sind sie zuversichtlich, diese Quote zu erreichen. Es wäre der erste unbefristete Kit-Streik seit 35 Jahren.

Zunächst aber soll ein starkes Ergebnis aus der Urabstimmung der Gewerkschaft als letzter Versuch dienen, um das Ruder vielleicht doch noch herumzureißen. Denn damit im Rücken wollen die Erzieher*innen sich direkt im Anschluss am Freitag um 11 Uhr mit Finanzsenator Stefan Evers und Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch (beide CDU) treffen. Verdi hofft, damit in „konstruktive, inhaltliche Verhandlungen“ einzusteigen.

Die Erzieher*innen in den landeseigenen Kitas fordern einen „Tarifvertrag pädagogische Qualität und Entlastung“. Rückenwind könnten ihnen dabei Verhandlungen aus Niedersachsen geben: Dort streikt die Belegschaft der Medizinischen Hochschule Hannover für einen „Tarifvertrag Entlastung“. Die Tarifparteien wollen Medi-

Regierungschef Kai Wegner (CDU) hat vor Verhandlungen gewarnt

enberichten zufolge ab dieser Woche über verschiedene Modelle beraten, ihn umzusetzen.

Genauso wie in Berlin berührt die Auseinandersetzung in Niedersachsen Vereinbarungen aus dem Tarifvertrag der Länder (TdL). In Berlin hatten die zuständigen Senator*innen Verhandlungen mit den Erzieher*innen bisher abgelehnt. Sie begründeten das damit, dass Berlin nicht zuständig sei – aus ih-

rer Sicht droht, dass Berlin aus dem Tarifvertrag der Länder fliegt. Der Finanzsenator hatte den Arbeitskampf als „Sinnlos-Streik“ abgekanzelt. Anfang der Woche hatte sich auch Regierungschef Kai Wegner (CDU) zu Wort gemeldet und nachdrücklich vor Verhandlungen gewarnt.

Die niedersächsische Landesregierung hingegen zeigt bei gleicher Ausgangslage die Bereitschaft, nach einer Lösung zu suchen. Im Gespräch ist Bericht zufolge etwa eine Ausgliederung oder eine „schuldrechtliche Vereinbarung“ zwischen Klinik und Land. Das sind im Prinzip Vereinbarungen zwischen den Verhandler*innen, die diese als Teil eines Tarifvertrags abschließen.

Mit einer solchen schuldrechtlichen Vereinbarung hatte das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein bereits 2021 mit Verdi eine Entlastungsvereinbarung abgeschlossen. Die Klinik versprach sich davon, die Arbeitsbedingungen „im pflegerischen und nichtpflegerischen Bereich“ zu verbessern und so mehr Fachkräfte zu gewinnen sowie bereits bei ihnen arbeitende Fachkräfte zu halten.

Brandenburg-Wahl AfD in Umfrage weiter vor Woidke

Die AfD liegt wenige Tage vor der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September weiterhin vor der SPD, bei der sich der Wahlkampf komplett auf ihren Landesvorsitzenden konzentriert, den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke. Der hat seinen Rückzug angekündigt, falls die AfD auch am Sonntagabend vor der SPD liegt. In der Umfrage des Instituts Insa kommt die AfD auf 28, die SPD auf 25 Prozent. Auf Platz drei folgt die CDU mit 16 Prozent, das BSW erreicht 14 Prozent. Der Rückhalt der Grünen, die im April in Umfragen noch auf 8 Prozent kamen, hat sich seither auf nun 4 halbiert. Die Linkspartei kommt auf 3 Prozent, BVB/Freie Wähler erreichen 4. Die drei Letztgenannten würden bei einem solchen Ergebnis an der 5-Prozent-Hürde scheitern und künftig nicht im Landtag vertreten sein. Außer Kraft gesetzt wäre diese Hürde bei einem Sieg in einem der 44 Wahlkreise. (sta)

Brandenburg-Wahl II Hilfsaktion für die Grünen

Wissenschaftler und Naturschützer aus Brandenburg haben wenige Tage vor der Landtagswahl mit einem offenen Brief einen Wahlauftritt für die Grünen gestartet. Darunter sind der Ökologe Michael Succow, der 1997 den Alternativen Nobelpreis erhielt, und zahlreiche Hochschulprofessoren. Aus Sicht der Unterzeichner des Aufrufs wird die Klimakrise immer bedrohlicher. Sie befürchten, dass – außer den Grünen – die anderen aussichtsreichen Parteien „Errungenschaften des Naturschutzes wieder zurückfahren“. In dem Brief, mit dem zur Abgabe der Zweitstimme für die Grünen geworben wird, heißt es: „Wir können uns angesichts des dramatischen Artenrückgangs und der Bedrohung der Lebensräume – insbesondere der Gewässer, der Moore und Wälder – durch die Klimakrise keine rückwärtsgegangene Naturschutzpolitik leisten.“ (dpa)

taz kantine

Der utopische Raum

Wie können neue, utopische Narrative lauten, um eine positive Zukunft zu gestalten? Wie können sich Literatur und Journalismus beim utopischen Denken gegenseitig inspirieren? Und die alten Fragen: Was dürfen wir hoffen? Was sollen wir tun?

Ein Dialog-Abend mit dem Schriftsteller Ilija Trojanow und dem Journalisten Michael Gleich – und mit Ihnen, dem Publikum.

Ein taz Talk in freundlicher Kooperation mit der taz Panterstiftung.

Eintritt frei

Montag, 23. September 2024, um 19 Uhr
Einlass ab 18.30 Uhr
taz Kantine, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

Mehr Infos unter: taz.de/veranstaltungen

Die Geduld ist am Limit

Die CDU-Verkehrsverwaltung sägt weiter an Tempo 30 – aber diesmal gibt es Gegenwind von der SPD

Von Claudius Prüßer

Mit ungewöhnlich scharfen Worten hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus den Umgang der CDU-geführten Senatsverkehrsverwaltung mit Tempo 30 kritisiert. In einer „Schluss mit Schnellschüssen – für eine seriöse Berliner Verkehrspolitik“ überschriebenen Mitteilung spricht der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tino Schopf, von „rechtlich äußerst dünnem Eis“, auf das sich die Koalitionspartnerin bei diesem Thema gerade gebe. „Wer“, so Schopf, „ernsthaft Tempo-30-Zonen vor Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen infrage stellt und den ‚qualifizierten Nach-

weis einer Gefahrenlage‘ für den Erhalt oder die Neuordnung fordert, der handelt eindeutig nicht im Sinne der Berlinerinnen und Berliner.“

Hintergrund ist ein internes Papier der Verkehrsverwaltung, über das der Tagesspiegel berichtet hatte. Diese „Arbeitshilfe“ gibt vor, wie zeitlich befristete Tempo-30-Anordnungen auf Hauptverkehrsstraßen auf den Prüfstand zu stellen sind. Straßenabschnitte, auf denen beispielsweise vor Schulen zwischen 6 und 19 Uhr nur mit 30 km/h gefahren werden darf, gibt es zu Hunderten in Berlin. Das Papier empfehle, diese Abschnitte zu überprüfen, wenn es dazu Hinweise von BürgerInnen oder Nachfragen von Abgeord-

neten gebe. Am Ende einer solchen Prüfung könnten die Aufhebung von Tempo 30, aber auch die Verkürzung der Strecke oder der Geltungsdauer stehen. Dabei gehen die AutorInnen der „Arbeitshilfe“ laut dem Bericht davon aus, dass das Tempolimit vor Schulen eher zu erhalten ist – es sei denn, es handle sich um solche mit älteren SchülerInnen wie Berufsschulen und Oberstufenzentren.

Mehr Erfolg haben offenbar Beschwerden von Tempo-50-Liebhabern vor Krankenhäusern, Altenheimen und Kitas, zumindest dort, wo schon „ausreichende verkehrssichernde Maßnahmen“ vorhanden sind. Gemeint sind damit unter anderem Zebrastrei-

fen und Mittelinseln. Bei Kitas müsse zudem eine „qualifizierte Gefahrenlage“ nachgewiesen werden.

Wer das tue, so Tino Schopf, handle „eindeutig nicht im Sinne der Berlinerinnen und Berliner. Keine Mutter und kein Vater möchte, dass mit 50 Sachen an der Kita des eigenen Kindes vorbeigerauscht werden darf.“ Die CDU und ihre Senatorin handeln damit entgegen dem im schwarz-roten Koalitionsvertrag bestätigten Bekenntnis zur „Vision Zero“, aber auch entgegen der Flexibilisierung der Straßenverkehrsordnung. Die erleichtert es Kommunen seit der letzten Novelle, Tempo 30 anzuordnen – was der Senat im Bundesrat mittrug.

Die lebensgroße Skulptur „Petrified Survivors“ (Versteinerte Überlebende) der britischen Künstlerin Rebecca Hawkins zeigt eine versteinerte Frau mit einem Säugling auf dem Rücken, der von Würgefeigen umschlungen ist und auf einem Kompass steht, der die vier Himmelsrichtungen zeigt. So beschreibt Daniel Walther das Denkmal, das er mit dem auf seine Initiative hin im Juni gegründeten Verein SASVIC (Society Against Sexual Violence in Conflict e. V.) zeitweise nahe dem Kriegsmuseum im Wedding aufstellen will. „Die Frau und ihr Kind sind durch verflochtene Wurzeln und gemeinsames Leid miteinander verbunden und können ihr Leben nicht fortsetzen, bis die Täter zur Rechenschaft gezogen werden“, erklärt Walther der taz.

Der Jurist war jahrelang im Bundesvorstand der Jungen Union und Vorsitzender der Internationalen Young Democrat Union (IYDU), einem Bündnis von Jugendorganisationen konservativer und christdemokratischer Parteien. Er war für eine Rüstungsfirma tätig und arbeitet heute für die im Lobbyregister des Bundestages registrierte Firma Higgins. Zur Gründung von SASVIC inspiriert hat Walther nach eigenen Worten der Streit um die vor vier Jahren in Moabit aufgestellte Friedensstatue. Sie erinnert an das Schicksal von geschätzten 200.000 asiatischen Opfern von Zwangsprostitution im Zweiten Weltkrieg durch die japanische Armee und hat sexuelle Gewalt in kriegerischen Konflikten in Berlin auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Verein mit bisher sieben Mitgliedern unter Walthers Vorsitz will nach seinen Worten „Kunst im öffentlichen Raum zum Thema sexualisierte Gewalt in Konflikten“ fördern. Und verfolge im Gegensatz zur Friedensstatue „einen allgemeinen und globalen Ansatz“, „frei von Abgrenzungsproblematiken und einseitigen Adressaten“. SASVIC stellte im Juli beim Bezirksamt Mitte einen Antrag zur Aufstellung der Statue. Über eine Empfehlung dazu konnten sich die Mitglieder im zuständigen Gremium „Kunst am Bau und im Stadtraum“ bisher nicht einigen.

Zweiter SASVIC-Vorsitzender ist Tilo Fuchs, einst Mitarbeiter grüner Bundestagsabgeordneter, im grünen Kreisverband des Bezirks Mitte als „Super-Realo“ und „Ultra-Realo“ bekannt und bestens vernetzt. Heute ist er Geschäftsführer der ebenfalls im Lobbyregister registrierten Firma Advanced Level Politics. Dritte im SASVIC-Vorstand ist Schatzmeisterin Ines Röleke, die auch für Higgins arbeitet.

Japans Regierung fordert seit Jahren, die Friedensstatue zu entfernen. Ihre Botschaft und rechte japanische Kreise üben Druck auf Landes- und Bezirkspolitiker aus. Dabei soll auch mit dem Ende der Städtepartnerschaft mit Tokio gedroht worden sein, was die Botschaft bestreitet. Zwar entscheidet allein der Bezirk über die Statue, doch versprach der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bei seinem Besuch in Tokio im Mai eine „Lösung“. Er sagte: „Es ist wichtig, dass wir zu Veränderungen kommen.“

Laut Walther vom Verein SASVIC hat „unsere Bewerbung mit der Friedensstatue nichts zu tun“. Doch SASVIC wollte die Skulptur „Petrified Survivors“ genau am bisherigen Standort der Friedensstatue aufstellen. Der Bezirk hat den Korea-Verband, der die Friedensstatue am Unionsplatz (Ecke Birkenstraße/Bremer Straße) vor vier Jahren mit einer befristeten Erlaubnis aufgestellt hatte, zum



Die sogenannte Trostfrauenstatue in Moabit im Bezirk Mitte
Foto: Stefan Boness/lpon

Konkurrenz für die Friedensstatue

Die grüne Bürgermeisterin des Bezirks Mitte will unter einem bürokratischen Vorwand die Friedensstatue von öffentlichem Grund verbannen. Sie favorisiert ein „neutrales“ Denkmal eines Vereins von Lobbyisten

Von **Sven Hansen**

Abbau bis zum 28. September aufgefördert.

Mittes Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Grüne) sagt der taz zum Projekt von SASVIC, das sie begrüßt: „Ich habe davon abgeraten, das Kunstwerk auf dem Unionsplatz aufstellen zu wollen, nachdem die Genehmigung der Friedensstatue dort ausgelaufen sein wird, weil dann zu befürchten wäre, dass ‚Petrified Survivors‘ als Gegenprojekt zur Friedensstatue wahrgenommen werden könnte.“ Die Künstlerin Hawkins bezeichnet ihre Skulptur als von der Friedensstatue „ganz unabhängig“. Hawkins: „Petrified Survivors ist nicht einer bestimmten Gruppe von Überlebenden gewidmet, sondern allen Gruppen weltweit – Frauen, Kinder und Männer.“

Remlinger spricht sich wie auch Wegner grundsätzlich für ein Denkmal gegen Gewalt gegen Frauen aus. Der Bezirk Mitte hat sogar schon beschlossen, ein dauerhaftes allgemeines Denkmal zum Thema sexualisierte Gewalt auszusprechen zu wollen. Remlinger sagte, dass Hawkins samt ihrem Unterstützer Jack Straw, ehemaliger britischer Außenminister, mit den späteren SASVIC-Gründern „vor ca. einem Jahr“ bei ihr war, um „mit einem weiteren Kunstwerk zur Debatte beizutragen.“

Hat SASVIC womöglich erst auf Aufforderung politischer Funktionsträger seine Aktivitäten für ein anderes Denkmal gestartet? Dazu Remlinger: „An dergleichen Spekulationen beteilige ich mich nicht.“ Walther sagt, man sei dazu „nicht aufgefordert“ worden. SASVIC arbeite ehrenamtlich. Die Kosten der Skulptur hofft er mit Spenden zu decken. Hawkins schrieb der taz: „Budgets und Zeitrahmen hängen von Art und Umfang der Genehmigung ab.“

Gegen ein zweites Mahnmal

dürfte nur wenig sprechen. Aber warum soll dann ausgerechnet die Friedensstatue, die das Thema prominent in die Öffentlichkeit gebracht hat, unbedingt entfernt werden? Laut Remlinger sei ein Verbleib rechtlich nicht möglich: „Ohne Wettbewerbsverfahren ist eine Aufstellung lediglich zeitlich befristet im Rahmen der Erteilung einer entsprechenden Sondernutzungs-erlaubnis genehmigungsfähig.“

Abweichungen davon würden das „Prinzip der Gleichbehandlung“ verletzen. Remlinger: „Die rechtskonforme Lösung lautet: Aufstellung der Statue auf einer öffentlich zugänglichen privaten Fläche.“ Sie sei darüber mit „verschiedenen Grundstückseigner*innen in guten Gesprächen“. Japans Regierung gab bisher ihre Widerstände gegen Trostfrauenstatuen stets auf, wenn sie auf privaten Grund verlegt wurden. Damit verschwanden dann auch wie von Tokio gewünscht die öffentlichen Debatten zu sexueller Kriegsgewalt.

Remlingers Position teilt die Mehrheit der grünen Fraktion ihres Bezirks nicht. Die sprach sich am Dienstag für den Verbleib der Friedensstatue aus und unterstützt zwei Anträge, die an diesem Donnerstag in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf der Tagesordnung stehen: einer von Anwohnern und einer von SPD und Linken.

„Die Friedensstatue ist nicht nur ein Denkmal für vergangenes Leid, sondern erinnert an den Mut der Überlebenden“, heißt es im Anwohnerantrag, der auch von einer japanischstämmigen Berlinerin eingebracht wurde. „Sie ist ein universelles Symbol für heutige und zukünftige Generationen, das uns daran erinnert, mutig zu sein und wachsam zu bleiben gegen jede Form von sexu-

alisierter Gewalt. Die Friedensstatue ist ein lebendiger Erinnerung- und Lernort geworden.“

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Linkspartei wiederum fordert eine „juristische Prüfung, wie die derzeitige Duldung verlängert werden kann, sowie eine Untersuchung, welche Möglichkeiten es gibt, die Friedensstatue zu erhalten“. Zur Begründung heißt es, die Statue sei „ein wichtiges Projekt der Berliner Zivilgesellschaft“ und „von großer Bedeutung für den

„Die Friedensstatue schadet doch niemandem“

Ingrid Bertermann (Linksfraktion)

öffentlichen Diskurs“. Die BVV hatte sich schon zweimal für die Beibehaltung der Friedensstatue ausgesprochen.

Die Sprecherin der dortigen Grünen-Fraktion, Shirin Kreße, teilt die von Remlinger und dem zuständigen Bezirksstadtrat Christopher Schriner (Grüne) geäußerte Rechtsauffassung nicht, dass die Friedensstatue nicht bleiben könne. „Es gibt genug Beispiele in unserem Bezirk, wo temporäre Sondernutzungen verstetigt wurden“, sagte sie der taz. Etwa die Skulptur Memoria Urbana am Bethlehemitplatz.

„Es ist eine Frage des politischen Willens“, so Kreße. „Wir wollen keine Opferkonkurrenz“, aber an SASVIC falle doch auf, dass der Verein offenbar nie auf Kontaktversuche des Korea-Verbandes eingegangen ist, der die Friedensstatue initiierte und seitdem Bildungsarbeit zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten macht. „Für mich ist die Statue eine Initiative von un-

ten. Sie gibt allen Opfern einen Raum. Sie ist Teil des Bezirks, sie gehört nach Mitte“, so Kreße.

SASVIC zählt zahlreiche internationale Prominente auf, mit denen man zusammenarbeiten wolle und erste Kontakte geknüpft habe, darunter die Friedensnobelpreisträger von 2018, die jesidische Aktivistin Nadia Murad und der kongolesische Gynäkologe Denis Mukwege. „Es ist ein dubioser Gegenantrag, der mit internationalen Kontakten auf die Beine gestellt wurde“, meint Ingrid Bertermann von der Fraktion der Linkspartei zu SASVIC. Die Art und Weise sei „nicht anständig“. Denn: „Die Friedensstatue schadet doch niemandem.“

Das Argument, dass Japaner ihre Investitionen vom Verschwinden der Statue abhängig machen, nennt Bertermann „albern“. Regierungschef Wegner hatte in Tokio der Unterzeichnung einer Absichtserklärung zwischen der Tegel Projekt GmbH und Mitsubishi electric beigewohnt. Es geht um „Smart-City-Anwendungen“ bei Digitalisierung und Energieversorgung. Die CDU-geführte Senats-

kanzlei war jetzt über Tage nicht in der Lage, eine Anfrage der taz zu SASVIC und der Friedensstatue bis zum Redaktionsschluss am Mittwoch zu beantworten.

Nataly Han Jung-Hwa vom Korea-Verband, dem in Moabit ansässigen unabhängigen Verein, in dem BerlinerInnen mit koreanischen, deutschen und anderen Wurzeln zusammenarbeiten und der die Friedensstatue aufgestellt hat, ist vom Vorgehen der ja eigentlich als begrüßenswert angesehenen Beschäftigung des Vereins SASVIC mit dem Thema sexuelle Gewalt irritiert. Sie fürchtet, dass ein „universelles pathetisches Denkmal“ zu einem toten Ort wird, „mit dem sich niemand identifizieren würde“. „Die Friedensstatue steht für das Verbrechen wie auch die Überwindung des Leids durch die Betroffenen selbst“, meint Han. „Wir brauchen die Statue, um junge Menschen, Mädchen wie Jungs, zu ermutigen, dass sie sprechen lernen, dass sie wissen, dass ihr Körper ihnen gehört, dass sie das Recht haben, sich zu verteidigen, und man auch Erfolg haben kann.“

Wir trauern um unseren langjährigen Chefredakteur

Joachim Oellerich

12. Mai 1941 – 22. Juli 2024

Die Beisetzung findet am 26. September um 11 Uhr auf den Friedhöfen am Halleschen Tor statt.

Treffpunkt ist die Kapelle am Eingang Mehringdamm 21 in 10961 Berlin, mit anschließendem Beisammensein im Café Clash im Mehringhof, Gneisenaustraße 2A in 10961 Berlin.

Redaktion MieterEcho, Vorstand und Mitarbeiter/innen der Berliner MieterGemeinschaft e.V.

berliner szenen

Das kalte Chateaubriand

In ungleiches Paar saß da auf der sehr gut gepolsterten Eckbank eines französischen Restaurant in Charlottenburg, wo man für den Verzehr eines nur ansatzweise geschmorten Chateaubriand-Rinderfilets angenehm zu sitzen hat. Er gute sechzig Jahre alt, klein, kräftig, die tiefen Falten in seinem Gesicht lassen vermuten, dass er viele Jahre seine Gesprächspartner:innen nur mit Misstrauen angeschaut haben muss.

Sie, etwa dreißig Jahre jünger, groß, schlank, Chanel-Kostümchen, die solar gebräunten Hände mit den pinkfarbenen lackierten Fingernägeln wandern zärtlich über seine Schulter. Ein Liebespaar? Zu stereotyp. Und Stereotype gehören doch unterwandert. Denkt man dann auch bei ihr, die ihn als seinen „Kunden“ vorstellt. Sie sei Kunstberaterin in London, er Geschäftsmann und Kunstsammler aus Zypern, der offenbar einen schnellen Kunst-Deal rauhauen will. Deswegen sitzen beide hier auf der bequemen Eckbank, bei einem dieser Dinner einer Berliner Galerie, wo Künstler:innen und Kunstdealer:innen bei Fleisch und Wein zusammenkommen (ja, sehr stereotyp) und vielleicht auch der Händedruck für dieses oder jenes Kunstwerk stattfindet.

Aber Geld scheint im Falle des – nennen wir es mal – Geschäftspaares keine große Rolle zu spielen, obwohl die Galerie es doch in diesem Moment so reichlich fließen lässt. Die Galerie macht nämlich Kunstmarktpolitik und das Paar hat es auf eine ihrer Künstler:innen abgesehen, die nicht mehr nur für „irgendwelche Privatsammlungen“ verkauft werden, sondern in die Sammlung eines öffentlichen Museums wandern soll, das ist gut fürs Image. Da kann das Gebot des Geschäftsmanns noch so hoch sein. Das sagt natürlich keiner, trotzdem merken es die beiden und lassen ihr Chateaubriand unangetastet zurück.

Sophie Jung

verweis

Heraus aus der Opferrolle

In seinem aktuellen Buch erzählt Ilko-Sascha Kowalczyk die Geschichte Ostdeutschlands seit 1990 als Kampf um die Freiheit. taz-leser*innen ist der Historiker alles andere als ein Unbekannter. Viele seiner meinungsstarken und pointierten Essays sind in dieser Zeitung erschienen. Wenn er „Ostdeutschtümelei“ beklagt, will er die Ostdeutschen aus ihrer Opferrolle herausholen und lässt sich dabei etwa auch nicht vom großen internationalen Erfolg einer Jenny Erpenbeck beeindrucken. Heute um 20 Uhr liest Kowalczyk aus dem Band „Freiheitsschok. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute“ im Pfefferberg, Henry Bernhard moderiert.

Mit dem Kopf durch die Butterbreze. Nein, das ist keine neuartige Redewendung, sondern eine realitätsgetreue Beschreibung des Eingangs zur Ausstellung von Mizi Lee im Kunstraum Bethanien. Dort stellen die 15 Stipendiatinnen des Goldrausch Programms für die Förderung von Künstlerinnen ihre Werke aus. Zur Ausstellung mit dem Titel „I only work with lost and found“ hat Mizi Lee eine raumfüllende Assemblage beigetragen. Den Türrahmen zierte ein Vorhang aus kleinen glänzenden Perlen, die sich mosaikartig zum Motiv einer Butterbreze zusammenfügen. Beim Hindurchschreiten gleiten einzelne Perlenstränge über die Stirn und nehmen hinter Besucher innen mit einem leisen Klirren wieder Gebäckform an. Der Raum ist klein, aber so voll mit Artefakten, flimmern den Bildschirmen und unterschiedlichen Texturen, dass eine Stunde kaum reicht, alles aufzunehmen.

Mizi Lee ist interdisziplinäre Künstlerin und Musikerin aus Südkorea. Heute lebt sie in Stuttgart, wo sie an der Kunstakademie studierte und die Punk-Band Horizontaler Gentransfer gründete. Gemeinsam mit Jerry Ahn, Seonha Park, Yun Park, Lilian Gonzalez und Hanseo Oh macht sie Musik, die herkömmlichen Punk um popkulturelle Referenzen und K-Pop Klänge erweitert.

Benannt ist die Gruppe nach einem biologischen Prozess. Allen, die nicht gerade Biologie studiert haben, hilft Chat-GPT auf die Sprünge: „Horizontaler Gentransfer (HGT) ist der Prozess, bei dem genetisches Material zwischen Organismen übertragen wird, die nicht in einer Eltern-Nachkommen-Beziehung stehen.“ Für die Band bedeutet das ein Verschmelzen der Grenzen der unterschiedlichen Disziplinen und Einflüsse der einzelnen Mitglieder. Es findet also eine Art künstlerischer Gentransfer statt. Dieser liegt der Ausstellung und dem 2023 veröffentlichten Debütalbum „Ereignishorizont“ zugrunde. Zwar erhielt Mizi Lee das Stipendium, aber im Interview mit der taz wird klar: Mizi Lee arbeitet nicht allein, der Horizontale Gentransfer gehört dazu. „Für uns ist Kunst etwas Kollektives“, sagt auch Seonha Park und blickt in die Runde. Mizi, Yun, Lilian, Jerry und Hanseo nicken.

Seit über zehn Jahren studiert Mizi Lee Kunst. Der Kunstakademie ging ein Bachelor in Bildender Kunst in Seoul voran. Inzwischen hinterfragt sie die elitären Strukturen des Kunstbetriebs. „Was ist das? Diese Kunstszene, dieser Ausstellungsscheiß? Es ist so steif. Immer eine Rede, immer Sekt. Darauf habe ich keinen Bock. Unsere Ausstellung ist punkig und locker. Wir wollen Spaß mit der Kunst haben.“ Dass Spaß und Punk-Philosophie großgeschrieben werden, zeigt sich auch bei den Auftritten von Horizontaler Gentransfer. Dabei kann es ganz schön krachen. In bunten Kostümen (gestaltet von Hanseo Oh) stehen Mizi Lee und Band auf der Bühne und besingen zu jaulenden Gitarren das Meckern der Deutschen, Bahnfahren, Bürokratie, zu hohe Semestergebühren und Bahnhof-Brezeln für einen Euro und achtzig Cent.

In eingängige Songtexte gehüllt und mit Humor serviert, sprechen Horizontaler Gentransfer gesellschaftliche Probleme wie anti-asiatischen Rassismus, Diskriminierung und Kolonialismus an. Der Song „Ching Chang Chong“ zum Beispiel schreit die rassistische Beleidigung gegen asiatisch gelesene Personen zurück ins Pu-



Horizontaler Gentransfer (von links nach rechts: Mizi Lee, Jerry Ahn, Hanseo Oh, Yun Park, Seonha Park, Lilian Gonzalez) Foto: Ilo Toerkell

Zwischen K-Pop und Punk

Die interdisziplinäre Künstlerin Mizi Lee und ihre Punk-Band Horizontaler Gentransfer stellen im Kunstraum Bethanien aus

Von Ilo Toerkell

blikum. Dieses reagiert beim Eröffnungskonzert im Bethanien eher zögerlich, als Mizi Lee zum Mitsingen auffordert. Für die Band ist Humor ein Weg, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Humor als Werkzeug des Empowerments und etwas, das die sechs Bandmitglieder gemeinsam haben, wie sich bei ihrem Herumalbern während des Interviews zeigt. „Humor ist so wichtig. In der Kunst und im Leben. Er macht schwere Situationen leichter. Wenn über harte oder ernste Themen gesprochen wird, zeigen Leute oft mehr Verständnis, wenn es auf eine humorvolle Art und Weise geschieht“, kommentieren die Mitglieder von Horizontaler Gentransfer.

Auf ihrem Album inszenieren sie sich ironisch als „Moderatoren des Musikamts“. In kurzen Interludes interviewen sie sich gegenseitig, besprechen die Inhalte der Texte und musikalische Referenzen. „Musikamt“ ist dabei eine Anspielung auf deutsche Bürokratie und ihre strikten Regeln. In gespielten Interviews erzählt die Band, dass „Butter (Brezel)“ von der weltberühmten K-Pop Boygroup BTS inspiriert ist. Weitere musikalische Referenzen sind die K-Pop Gruppen Blackpink und aespa. Neben dem Kunststudium in Stuttgart verbindet die Band nämlich die Liebe zum K-Pop. „Als Schülerin wollte ich cool sein und habe absichtlich keinen K-Pop gehört. Stattdessen habe ich Umberto Eco's Bücher gelesen – als ob ich die mit 14 verstanden hätte“, grinst die 1990 geborene Lee. „Erst in der Pandemie habe ich mich richtig mit K-Pop und seiner Bedeutung beschäftigt.“ Und das hat sowohl die Kunst als auch die Musik beeinflusst.

Inzwischen ist Mizi Lee tief in die K-Pop Materie eingetaucht. Sie hat dabei beobachtet, wie sich die Themen der K-Pop Bands verändert haben. Vor allem BTS habe einen Umbruch mit sich gebracht. Die wahrscheinlich bekannteste K-

Pop Band hat eine weltweite Fangemeinde und ihre Songs werden mehrere Millionen Mal gestreamt. „Früher ging es meistens um Sex oder Liebesbeziehungen. Jetzt geht es mehr um Themen wie Selbstliebe und Weltfrieden“, so Mizi Lee. „K-Pop ist auch etwas Besonderes für Personen aus asiatischen Ländern. Zu sehen wie Personen, die wie wir aussehen, zu internationalen Superstars mit so einer großen Reichweite werden, ist ermutigend.“

Die Band erkennt historische Zusammenhänge zwischen koreanischem und deutschem Schlager

Auf ihrem 2025 erwarteten Album „Everything PossiBong“ erweitern Horizontaler Geldtransfer ihr musikalisches Repertoire um einen Abstecker in die Welt der Schlager – neben Butterbrezel und Bier wohl eines der zentralen deutschen Kulturgüter. „Deutscher Schlager ist dem japanischen und koreanischen Schlager sehr ähnlich“, sagt Mizi Lee. „Da gibt es einen interessanten historischen Zusammenhang. Wir haben herausgefunden, dass ein deutscher Komponist während des Zweiten Weltkriegs Militärmusik für Japan komponiert hat. Diese wurde dann, durch die japanische Besetzung, nach Korea gebracht und hat die lokale Musikszene beeinflusst.“

Die traditionelle koreanische Musikrichtung wird auch Trot, Ppongjak oder umgangssprachlich Bbong genannt. Für Mizi Lee ist das eine schmerzhaft Verbindung. „Wir lernen viel darüber, wie wir unter japanischer Herrschaft und im Krieg vernichtet wurden. Das hat die gesamte koreanische Kultur geprägt. Ich selbst trage viel des Traumas in mir, obwohl ich den Krieg nicht selbst erlebt habe.

Die Selbstliebe, die K-Pop-Songs jetzt in den Vordergrund rücken, ist für mich eine Art der Heilung dieses Traumas“, sagt sie.

Obwohl viele Augen auf Koreas K-Pop-Szene gerichtet sind, wird selten auf die Geschichte der Kultur des Landes geblickt. Horizontaler Gentransfer nutzen ihre Arbeiten, um das zu ändern. So ist auch ihre Musik in politische und soziohistorische Kontexte gebettet. In Berlin performten sie auf der Gedenkfeier an die sogenannten Trostfrauen – koreanische Frauen und Mädchen, die unter japanischer Besetzung sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren. Es ist auch ein Kampf um den Erhalt der Erinnerung, denn erst im Mai 2024 forderte der Berliner Bürgermeister Kai Wegner die Entfernung der den „Trostfrauen“ gewidmeten Friedensstatue in Moabit. Gegen das Vergessen organisierten Horizontaler Gentransfer auch in Stuttgart eine Performance.

Die Ausstellung im Kunstraum Bethanien ist nur ein

kleiner Einblick in den Kosmos und die Themen von Horizontaler Geltransfer. Die Band und Mizi Lee schaffen mit ihrer Musik und Kunst ein multidisziplinäres Gesamtkunstwerk. Bedruckte Bandshirts, K-Pop-Sammelkarten und gehäkelte Kostüme hängen an der Wand. Daneben eine Videoinstallation des sich ständig drehenden Bandlogos.

Die andere Wand wird von einem übergroßen Bild des DIY-Proberaums der Band geziert. Auf einem Röhrenfernseher laufen Textfetzen und auf einem Wühltisch stapeln sich Papierausschnitte von K-Pop-Bands und HGT-Sticker. Eine Rebellion gegen rigide Vorstellungen von Kunst. „Ich will grundsätzlich, dass den Leuten ein bisschen schwindelig wird“, lacht Mizi Lee. K-Punk eben.

Die Ausstellung „I only work with lost and found – Goldrausch 2024“ ist noch bis zum 3. November im Kunstraum Bethanien zu sehen.

Anzeigen

taz blogs
[kemik_blog]
Einst das Schreckgespenst des Bildungsbürgers, heute Liebling des Föjetong: der Comic.
taz.de/blogs/comicblog

BACK TO BLACK
IM KINO MOVIMENTO

KLAPPE AUF, GRIPS AN.

Princess 11+

Nach dem gleichnamigen Film von Karsten Dahlem
Die Geschichte zweier Außenseiter

Ab 19. September

Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung
Tickets & Infos 030 - 39 74 74 - 77
oder www.grips-theater.de

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de



Ort von Hasspredigten? Islamisches Kulturzentrum Bremen
Foto: Carmen Jaspersen/dpa

Ein Islamist liebt seine Kinder

2022 wollte die Bremer Innenbehörde den salafistischen Prediger Abbas Chihi ausweisen – und scheiterte am Verwaltungsgericht, das die Predigten des Imams durch die Meinungsfreiheit gedeckt sah. Die zweite Instanz holt sich fachliche Expertise – und entscheidet

Von **Lotta Drügemöller**

Es geht um Hass und Hetze und Gewalt und Terror bei der Gerichtsverhandlung des Oberverwaltungsgerichts der Stadt Bremen am Mittwoch. Und es geht um die Liebe eines Vaters zu seinen Kindern, um Mathe-nachhilfe und Schwimmbadbesuche. Beide Aspekte sind relevante Entscheidungskriterien für das Oberverwaltungsgericht (OVG), stellt Richter Christian Maierhöfer gleich zu Beginn der Verhandlung klar.

Verhandelt wird die Ausweisung von Abbas Chihi, Imam am salafistisch geprägten Islamischen Kulturzentrum Bremen (IKZ). Schon 2022 hatte die Innenbehörde nach Hinweisen des Landesverfassungsschutzes versucht, Chihi auszuweisen. Die Sicherheit und Ordnung Deutschlands soll er als Imam gefährdet haben, Hass verbreitet und zu Gewalt aufgerufen, ist sich die Bremer Innenbehörde sicher. Chihi ging gerichtlich dagegen vor – und das Bremer Verwaltungsgericht lehnte die Ausweisung tatsächlich ab: Chihis Äußerungen böten Interpretationsspielraum und seien von der Meinungsfreiheit noch gedeckt.

In der Berufung steckte das OVG den Rahmen früh in der Verhandlung ab. Es gilt zweierlei zu beurteilen: Gibt es wirklich Ausweisungsgründe für Abbas Chihi? Und wenn das so ist: Gibt es trotzdem Gründe, private Gründe, die dafür sprechen, dass die Person bleiben sollte? Das OVG beantwortet am Ende beide Fragen mit einem Ja – wägt in seiner Entscheidung aber am Ende ab, dass die Gründe zur Ausweisung überwiegen.

Die erste Frage ist an sich schon komplex genug: Ausgewiesen werden kann, wer die Sicherheit und Ordnung gefährdet. Das muss nicht zwangsläufig durch eigene Straftaten geschehen: Es reicht, so heißt es in Paragraph 54 des Aufenthaltsgesetzes, wenn man klar definierte terroristische Vereinigungen unterstützt – etwa indem man um Sympathien für sie wirbt. Es reicht auch, wenn man zur Gewaltanwendung aufruft; und es reicht, wenn man zu Hass aufruft gegen Bevölkerungsgruppen, wenn man sie böswillig verächtlich macht und sie in ihrer Menschenwürde verletzt.

36 Äußerungen hat das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz aus seinen Predigten gesammelt, um zu zeigen: Die Ausweisungsgründe gegen Chihi sind erfüllt. Doch in der ersten Verhandlungsrunde vor dem Verwaltungsgericht 2022 blieb an vielen Stellen offen, wie eindeutig die genannten Äußerungen in diesem Sinne zu lesen waren: Teilweise hatte der Verfassungsschutz dem Prediger wörtliche Koranzitate vorgeworfen, ohne weiteren Kontext. Das Verwaltungsgericht hatte deshalb am Ende geurteilt: Je nach Auslegung könne man die Aussagen auch anders lesen, als Stärkung des Glaubens, wie Chihi sie selbst darstellen wollte.

Der Islamwissenschaftler Mathias Rohe als Gutachter sollte nun in der Berufung vor dem OVG mehr Klarheit bringen. Rohes Urteil ist eindeutig: Ja, Chihi wirbt für Terrororganisationen. Ja, er ruft aktiv zur Gewalt im Ausland auf. Und ja, er verbreitet in seinen Predigten antisemitischen Hass.

Einer islamwissenschaftlichen Vorlesung glich dieser Teil des Prozesses, es ging teils tief in die Koranexegese. Vor allem auf drei Zitate aus Predigten und der Gemeindefarbe von Chihi konzentrierte sich der Auftrag des Gerichts für das Gutachten. Zum Einen galt es, den Aufruf Chihis zu Bittgebeten für die Mudschahiddin zu untersuchen. Als „Gotteskrieger“ wird dieser arabische Ausdruck manchmal recht frei übersetzt. Der Verfassungsschutz sah darin eine Werbung für terroristische islamistische Organisationen. Dagegen hatte Chihis Anwalt noch vor dem

Ausgewiesen werden kann, wer die Sicherheit und Ordnung gefährdet. Das muss nicht durch eigene Taten geschehen

Verwaltungsgericht argumentiert, der Begriff sei auch eine Bezeichnung für alle Muslime, die sich um die Verbreitung des Glaubens bemühen.

Doch diese Interpretation wies Islamwissenschaftler Rohe zurück: Anders als beim Begriff Dschihad, der auf die gleiche Wortwurzel zurückgeht und tatsächlich auch die innere Läuterung beschreibt, werde „Mudjahid“ nur verwendet im Sinne des bewaffneten Kampfes. Da Chihi den Begriff auch in Bezug auf die irakische Stadt Faludscha und die Provinz Anbar erwähnt hatte, in unmittelbarem Zusammenhang mit dort stattfindenden

den Kämpfen zwischen der irakischen Armee und dem Islamischen Staat, sei ein konkreter Bezug zu einer konkreten Terrororganisation gegeben.

Der Vorwurf, dass Chihi zu Gewalt aufrufe, wurde vor allem anhand einer Aussage gegenüber einigen Syrern untersucht. Nach einer Predigt zum Konflikt in Syrien war er aufgefordert worden, an einer Demonstration teilzunehmen. Doch Chihi sagte ab – nach Aussage des Verfassungsschutzes begründete er das mit dem Satz: „Das einzige, was Syrien befreien kann, ist Blut.“ Und: Wer die Ungerechtigkeit beseitigen wolle, solle „das Versprechen Gottes in Syrien finden.“ Nur als Versprechen auf einen Märtyrertod und die damit verbundenen Verheißungen könne man diese Aussage im Kontext verstehen, so Rohe. Mithin: Ein aktiver Aufruf zur Gewalt.

Schließlich ging es in die Koranexegese, um zu begründen, dass Chihi gruppenbezogenen Menschenhass verbreite – konkret antisemitischen. Chihi hatte in einer Predigt die „Enkel von Affen und Schweinen“ verdammt – und später argumentiert, dass damit ganz allgemein Sünder gegen Gottes Wege gemeint seien. Rohe dagegen urteilte klar: „Das muss in dem Kontext antisemitisch verstanden werden.“ Er verwies auf zwei Lehrerzählungen aus dem Koran, in denen frevelhafte Juden zur Strafe von Gott in Affen verwandelt wurden. Auch islamistische Attentäter hätten die Formulierung der Enkel von Affen und Schweinen zur Rechtfertigung ihrer Taten herangezogen. Chihis Rechtsbeistand wollte

das so nicht stehenlassen – schließlich habe Chihi im Kontext seiner Predigt nicht nur von Palästina und Gaza gesprochen, sondern auch von Staaten, in denen überhaupt keine nennenswerte jüdische Bevölkerung lebe. Der Begriff beziehe also sich nicht auf Juden. Doch das akzeptierte Rohe nicht: „Egal, wo auf der Welt gekämpft wird, es steckt eine jüdische Weltverschöpfung dahinter. Das ist ein salafistisches Metanarrativ.“

Der kurze Verhandlungsnachmittag zeichnet noch ein anderes Bild des Imams. Es zeigt einen Chihi, der sich verschuldet, um sich einen Zweitwohnsitz am Wohnort der Exfrau zu leisten und seine Kinder sehen zu können. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden seine Kinder befragt, die bei seiner geschiedenen Frau leben. Offenbar, so wird es später erwähnt, zählt eine der Töchter stets die Tage, bis sie ihren Vater wieder sieht. Das Gericht entscheidet am Ende, das die privaten Gründe überwiegen

südwest

Nordzucker in Not

Schockschwerenotzucker! Die Überschriften über den Berichten vom Unglücksfall bei Nordzucker werden dramatischer, je länger er zurückliegt. Bei „agrarheute“ hieß es noch, es gebe einen Defekt, Samstag vermeldete die *Goslarsche Zeitung* eine Störung, Dienstag war die Lage laut *Braunschweiger Zeitung* schon „katastrophal“ – wo wird das enden? **Kurz nach Beginn der Rübenkampagne** musste jedenfalls im Werk Schladen am 5. September der Extraktionsturm abgeschaltet werden. Die Reparatur dauert, sodass die Rüben jetzt in Uelzen, Clauen sowie Kleinwanzleben veredelt werden müssen. Unklar ist die Ursache des Malheurs. **Schuld aber sind selbstredend auch hier die Grünen.** Denn verarbeitet wurden Bio-Rüben.

Anzeige

AfD-Verbot: Bevor es zu spät ist

Talk mit Natascha Strobl, Henriette Quade, André Aden und Sofia Leonidakis am

Freitag, 20.09., 19 Uhr Mensa 13 der HfK
Dechanatstraße 13-15 Bremen

DIE LINKE.
Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

www.linksfraktion-bremen.de



Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie die AfD die CDU zersetzen will

Die AfD in Niedersachsen hat weitreichende Pläne. Ihr Fraktionsvorsitzender Klaus Wichmann hat eine Regierungsbeteiligung im Land ins Gespräch gebracht. „Ich halte eine Zusammenarbeit mit der CDU durchaus für möglich“, sagte Wichmann der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Im Interview wischt er den Hinweis auf einen Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU weg: „Der wird über kurz oder lang aufgelöst werden, davon bin ich überzeugt.“ Die sogenannte Brandmauer gegen die AfD sei auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. „Die CDU wird früher oder später nicht umhinkommen, Koalitionen mit der AfD einzugehen“, prophezeit Wichmann.

In drei Jahren wird das Landesparlament in Hannover neu gewählt. Die AfD liegt bei Umfragen stabil bei über zwanzig Prozent – ein Zuwachs von sieben Prozent gegenüber der vergangenen Landtagswahl. Damit würde sie die drittstärkste Fraktion im Parlament.

Fraktionschef Wichmann muss die AfD im Land für einen Kurswechsel gewinnen

Sollte die AfD in Brandenburg am kommenden Sonntag wie erwartet wieder als stärkste Fraktion in den Landtag einziehen, dürfte das die Debatte anheizen. Im Osten ist die CDU wegen der AfD längst unter Druck. Dort könnte sie mit der AfD Regierungen bilden oder Duldungen anstreben. Im Westen scheint diese Option kaum realistisch – bisher. Durch die kommenden Wahlen könnten sich jedoch neue Machtoptionen ergeben – so, wie es anderswo in Europa bereits der Fall ist.

In Österreich sind für die ÖVP Koalitionen mit der extrem rechten FPÖ schon lange kein Tabu mehr. In den Niederlanden wurde die Partei für die Freiheit von Geert Wilders nach ihrem großen Wahlerfolg Teil der Regierung.

In Niedersachsen muss Wichmann aber zuerst seinen Landesverband von einem Kurswechsel überzeugen: von der Fundamentalopposition hin zur Koalitionsbereitschaft. Auf dem Landesparteitag in Bad Fallingbostal vom 6. bis 9. März kommenden Jahres könnte Wichmann versuchen, für diesen Wechsel eine Mehrheit zu gewinnen.

Ermutig fühlen darf sich die AfD von der Debatte über die Asyl- und Einwanderungspolitik bei fast allen Parteien. Nachdem die Ampel-Regierung im Bund die Rechtslage verschärft hat, feierte die AfD die Übernahme ihrer Vorschläge – ihre Wähler*innen nicht minder.

Das Koalitionsangebot der AfD ist allerdings ein vergiftetes: Es zielt darauf ab, die CDU zu zersetzen. Wichmann wird nicht müde zu betonen, dass „eine große konservative Kraft“ im Parlament möglich wäre, „die „zumindest eine konservative Vergangenheit“ habe. Dabei denkt Wichmann mindestens an eine Vor-Merkel-Union. Nebenbei ordnet er die eigene Partei als „konservativ“ ein.

„Wenn diese beiden Kräfte sich aufeinander zu bewegen, dann ist tatsächlich auch die Regierungsbeteiligung der AfD realistisch“, sagte er im Interview. Diese Intention deutete Wichmann bereits vor Wochen an, als er der CDU empfahl, „ihr konservatives Herz“ wiederzuentdecken. Um den Druck zu erhöhen, schließt Wichmann jetzt auch nicht aus, einen eigenen Ministerpräsidenten-Kandidaten aufzustellen. Ein Landesparteitag könnte diese Kandidatur beschließen.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Blick vom heutigen Bahnhof Altona aufs Gleisgelände: im Zentrum der Wasserturm, nördlich davon entsteht der neue Bahnhof, rechts Mitte Altona
Foto: Marcus Brandt/dpa

Bahnspiele für Fortgeschrittene

Die Bürgerinitiative „Prellbock Altona“ kämpft unverdrossen gegen die Verlegung des alten Kopfbahnhofs in Altona. Die schlechten Zahlen bei der Bahn lassen sie hoffen

Von Daniel Wiese

Der Blick von hier oben ist grandios. Vom obersten Deck des Bahnhofsparkhauses aus, wo, wie man hört, nachts auch mal Partys gefeiert werden, schaut man über die Zuggleise, die aus der Bahnhofshalle hervorkommen und sich immer weiter verzweigen. Es ist ein Meer von Gleisen, die rechts und links um einen alten Wasserturm herumlaufen, am Neubaustadtteil „Mitte Altona“ vorbei, und in der Ferne eine große Rechtskurve machen, Richtung Hamburger Hauptbahnhof.

„Da hinten, sehen Sie?“, sagt Michael Jung, der Sprecher der Bürgerinitiative „Prellbock Altona“, und zeigt auf ein gelbes Hochhaus in der Ferne. „Da ist der Diebsteich, da soll der neue Bahnhof hin.“

Jung, durchtrainiert und braungebrannt, steht er am Parkdeck-Geländer, Sportschuhe an den Füßen, sein Käppi hat er abgenommen. Früher war er Manager, die letzten Jahre seines Berufslebens hatte er mit Bahnfinanzierung zu tun. „da schaut man sich die Projekte näher an.“

Und was er bei der Deutschen Bahn sah, fand er problematisch, höchst problematisch: das Schienennetz vernachlässigt, nur auf Prestigeprojekte gesetzt. Kein Wunder, dass die Deutsche Bahn in der Krise steckt.

Jungs Mitstreiter bei „Prellbock Altona“ sehen das ähn-

lich. Zu dem kleinen Ortstermin auf das Parkhausdeck sind spontan dazugekommen: Christine Zander, Art-Direktorin, und Ernst-Günter Lichte, ehemaliger Eisenbahner und jetzt Rentner. „Heinz-Günter, siehst du die 110? Wunderschön!“, sagt Jung und zeigt auf eine gelbe Lok, die ganz rechts vor dem Intercity-Hotel auf dem Gleis steht.

Intercity-Züge kommen von ganz hinten um die Kurve, verschwinden hinter den Altbaufassaden in der ersten Reihe von Ottensen und tauchen wieder auf, bevor sie in den Kopfbahnhof einfahren, der bis auf Weiteres noch in Betrieb ist. „Ja warum hält der denn schon da?“ – „Seltsam, ich verstehe das auch nicht.“

Zander ist als Anwohnerin zur Prellbock-Initiative gekommen, weil sie es sehr befremdlich fand, dass so ein gut funktionierender Bahnhof wie der in Altona, der ein wenn vielleicht auch hässliches, so doch funktionierendes Herz des Stadtteils ist, einfach so verlegt werden kann.

Jung und Lichte sind Experten. Sie kennen alle Zahlen und Gleisverläufe, sie wissen, wie viele Züge pro Stunde wo durchmüssen und wo die Engstellen sind, sie kennen die Planungen der Deutschen Bahn und die Alternativen, die leider in der Politik überhaupt nicht diskutiert werden, höchstens mal in einem Antrag der Linkspartei.

„Die Bahn ist ein komplizierter Zusammenhang von Menschen, Technik und Zeit“, sagt Michael Jung. Ein wenig steht man hier oben so wie bei einer Modelleisenbahn, nur das da unten alles echt ist, und es fehlen auch die Regler und Schalter, um die Züge zu bedienen oder vielleicht eher noch: das System Bahn zu steuern.

Denn das tun andere, die Bahnchefs, von denen Jung und auch Lichte nicht viel halten, weil sie „keine Ahnung von

Zander findet es befremdlich, dass ein funktionierender Bahnhof einfach verschwinden soll

Eisenbahn haben, leider“. Zum Beispiel: Die meisten Fahrgäste fahren gar nicht im Fernverkehr, sondern im Nahverkehr und in Regionalzügen. Deswegen müsste das die Priorität sein, nicht irgendwelche teuren Hochgeschwindigkeitsstrecken, aber das verstehen die Bahnmänner nicht oder wollen es nicht verstehen, weil sie nur ihre Prestigeprojekte im Sinn haben.

Die „unsinnige“ Idee, die Kopfbahnhöfe abzuschaffen wie in Stuttgart oder eben auch hier in Altona, gehört dazu. Tatsächlich sieht es auch hier so aus, als

dass der neue Bahnhof Diebsteich, der den alten Kopfbahnhof von Altona ersetzen soll, nicht wie geplant fertig wird, zumindest nicht das Bahnhofsgebäude.

Die Kapazitäten des neuen Bahnhofs, sagt Lichte, würden auch nicht ausreichen, um den geplanten „Deutschlandtakt“ im Fernverkehr zu schaffen. Sechs Gleise seien zu wenig. Der alte Kopfbahnhof mit seinen zwölf Gleisen dagegen hätte damit kein Problem, sogar der auf ehemaligem Bahnhofsgebiet errichtete neue Stadtteil Mitte Altona könnte weiter in den Bereich hineingebaut werden, wo jetzt noch Schienen sind. Die Züge würden dann dort hinten links um den alten Wasserturm herumgeführt, der ja stehen bleiben soll.

Für die Mitte Altona würde das bedeuten: ein paar hundert Wohnungen weniger. Aber, Altona hätte weiter einen funktionierenden Bahnhof, barrierefrei, mitten im Stadtteil und nicht irgendwo im Niemandsland.

Glaubt Prellbock Altona denn wirklich, dass die Bahn noch mal ihre Pläne ändert, da die Bauarbeiten doch schon längst begonnen haben? Michael Jung wiegt den Kopf. „Die Zahlen sind ja schlecht, viele Milliarden Schulden. Vielleicht kommen sie ja doch zur Besinnung.“ Hoffen kann man ja immer.



nachrichten

Nächste Schritte in der Asse

Vor der Bergung des Atommülls aus der maroden Schachtanlage Asse im Landkreis Wolfenbüttel stehen in den kommenden Wochen mehrere Prüfungen an. Zu den Maßnahmen gehören die Errichtung eines neuen Schachts für die Rückholung sowie eines Gebäudekomplexes mit Abfallbehandlungsanlage und Zwischenlager. Bürgerinnen und Bürger sollen in den kommenden Wochen die Möglichkeit bekommen, sich

zu beteiligen. Unter anderem über eine digitale Beteiligungsplattform können sie sich äußern. (dpa)

Eine Viertelmilliarde für Hochwasserschutz in Niedersachsen

Niedersachsen will sich besser gegen die Klimakrise wappnen und investiert eine Viertelmilliarde Euro in den Hochwasserschutz. Grundsätzlich könnten Starkregenereignisse mit Rekordwassermengen fast jede Region

treffen, sagte Landesumweltminister Christian Meyer (Grüne) mit Blick auf die aktuelle Lage in Ostdeutschland. „Wir müssen uns daher bestmöglich auf die Folgen der dramatischen Klimaveränderungen einstellen.“ Darum seien neben den Rekordsummen im Bereich Küstenschutz (80 Millionen Euro) auch die Mittel für den Hochwasserschutz im Binnenland auf 43 Millionen Euro für 2024 hochgesetzt worden. So könnten in diesem Jahr mehr als 100 Hoch-

wasserschutzvorhaben von Verbänden, Kommunen und dem Land fortgeführt oder neu begonnen werden. (epd)

Verbände fürchten Kürzungen bei Migrationsberatung

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege warnt vor drastischen Einschränkungen bei der Beratung für erwachsene Zugewanderte in Hamburg. In diesem und im nächsten Jahr seien die 20 Einrichtungen in Ham-

burg „deutlich unterfinanziert“, so die Arbeitsgemeinschaft. 2025 drohe weiterer Stellenabbau und die Einschränkung der Beratungskapazität. Dabei sei der Bedarf stetig gestiegen. Durch die Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt. Erfolgreich: Hätten 2023 zu Beginn der Beratung 68 Prozent der Ratsuchenden Sozialleistungen bezogen, seien es am Ende nur noch 47 Prozent gewesen. (epd)



Viele Jugendliche fühlen sich angesichts gesellschaftlicher Krisen ohnmächtig: „Die-in“ in Bremen
Foto: Heiko Rebsch/dpa

„Viele merken nicht, wenn ihr Akku leer ist“

Die Erziehungsberaterin Ini Friedrichs sieht sich zunehmend mit überforderten Eltern konfrontiert. Die gesellschaftlichen Krisen hätten Spuren hinterlassen, stellt sie fest

Von Friederike Gräff

taz: Warum ist für Sie als Erziehungsberaterin Ohnmacht so ein wichtiges Thema, Frau Friedrichs?

Ini Friedrichs: Weil wir sie zunehmend feststellen als ein Phänomen bei Kindern, Jugendlichen und Eltern: Die Kräfte reichen nicht aus, um die ganzen Herausforderungen, die auf sie einprasseln, zu bewältigen.
taz: Was sind das für Herausforderungen?

Friedrichs: Wir merken, dass die gesellschaftlichen Krisen der letzten Jahre ihre Spuren hinterlassen haben und dass die Anforderungen an die einzelnen groß sind, durch Trennung in der Familie, psychische Erkrankungen. Natürlich gibt es viele Familien, Kinder und Jugendliche, die eigenständig Wege der Bewältigung finden. Aber einige unserer Klient:innen scheinen zunehmend gar nicht mehr zu wissen, wo sie anfangen und was sie machen sollen. Deshalb haben wir gesagt, dass wir es zum Thema unserer Jahrestagung machen.

taz: Ist dieses Gefühl von Ohnmacht nicht oft realistisch?

Friedrichs: Das ist gleich etwas, womit man in der Beratung arbeiten kann, indem man schaut: Worauf habe ich keinen Einfluss und kann vielleicht auch aufhören, mich daran abzuarbeiten – und auf der anderen Seite die Bereiche sucht, wo man durchaus Einfluss hat und einen anderen Umgang finden oder Familie anders gestalten kann. Diese Schritte sieht man eben manchmal nicht in dem Gefühl von Überforderung.

Wie können Sie dabei helfen?

Friedrichs: Wir versuchen zu schauen, wer zur Lösung beitragen kann, wen wir beteiligen müssen, damit sich eine Dynamik wirklich verändern lässt. Das können die Eltern oder Geschwister sein, aber auch die beste Freundin oder die Oma oder die Vertrauenslehrerin, denn manchmal braucht man mehr als eine Person, um wirk-

lich einen Unterschied zu machen. Wir versuchen immer, eine ermutigende Botschaft in unseren Gesprächen zu haben. Etwa wenn wir fragen: „Mensch, wie kommst du eigentlich damit klar, was du da alles auf den Schultern hast?“

taz: Gehen Erwachsene und Kinder unterschiedlich mit Ohnmachtsgefühlen um?

Friedrichs: Kinder bleiben ja selten lange in einem Gefühl stecken. Sie können auch mit sehr, sehr schwierigen Situationen so umgehen, dass die auftauchen, groß und mächtig wirken, und eine halbe Stunde später können sie schon wieder vergnügt spielen. Wir Erwachsene und auch teilweise die Jugendlichen werden eher von langen Stimmungsveränderungen geplagt. Wir haben hier Jugendliche, die stark in den Rückzug gehen, die Schule meiden und sich den Entwicklungsaufgaben, etwa im Bereich Autonomie oder Identitätsfindung, gar nicht mehr stellen. Wir haben aber auch Jugendliche, die die Ohnmacht überlagern mit einem Gefühl von „Ich nehme mir, was ich brauche“, das aber nicht unbedingt auf eine gesunde und gesellschaftlich verträgliche Art und Weise tun.

taz: Und die Eltern?

Friedrichs: Die ackern und rackern, gerade die mit den kleinen Kindern, die keine gesicherte Kinderbetreuung haben und immer mehr finanzielle Sorgen. Sie sind auch durch die Weltlage gedrückt in ihrer Stimmung, haben Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Job und Familie und merken überhaupt nicht, wenn ihr Akku leer ist.
taz: In der Theorie, würde ich denken, gibt es ein großes Bewusstsein für die Belastungen von Jugendlichen. Setzt sich das nicht in die Praxis um?

Friedrichs: Die Jugendlichen nehmen wahnsinnig viel wahr, was gesellschaftspolitisch um sie herum passiert. Ich glaube, dass der Zeitpunkt immer früher kommt, an dem sie anfangen, sich damit auseinanderzusetzen; es gibt Kinder, die

abends nicht einschlafen können, weil sie sich ums Klima Sorgen machen oder den Rechtsruck. Da gibt es Jugendliche, die total alarmiert sind davon, und solche, die aktiv werden können. Und zu den Anforderungen der Schule: Wir haben auch Jugendliche, die versuchen, alles perfekt und ihren Eltern alles recht zu machen und dabei den Kontakt zu sich und den eigenen Bedürfnissen verloren haben. Das zeigt sich dann manchmal in Ängsten, Zwangsverhalten oder Essstörungen.

taz: Auf der Tagung werden Sie auch die eigene Ohnmacht als Beratende – inhaltlich und von den Ressourcen her – in den Blick nehmen.

Friedrichs: Wir hatten immer schon mit schwierigen Themen zu tun: mit traumatisierten Familien, mit Gewalt in der Familie, mit psychischen Erkrankungen. Aber jetzt wirken auf einzelne Familien so viele Belastungsereignisse, dass die Fälle komplexer werden. Wir merken, dass wir von der Ausstattung her an unsere Grenzen kommen, nicht von der Fachlichkeit, und dass das psychosoziale Hilfesystem insgesamt leider relativ erschöpft ist.

taz: Wie wirkt sich das konkret aus?

Friedrichs: Wenn wir zum Beispiel hier in Bremen jemanden haben, bei dem sich herausstellt, dass es Traumaerfahrungen gibt und eine Therapie notwendig ist, dann wartet die Person bis zu einem Jahr auf den Therapieplatz. Und die Wartezeiten steigen nicht nur im psychotherapeutischen Bereich, sondern auch, wenn es um Diagnostik für Kinder mit Auffälligkeiten geht. Wir überbrücken das. Aber wöchentliche Termine über einen langen Zeitraum sind bei uns nicht möglich. Unsere Arbeit ist eher so gedacht, dass wir reingehen, bevor die Probleme riesengroß werden. Es schafft natürlich ein Gefühl von Ohnmacht, wenn man weiß, eigentlich ist es unsere Aufgabe, und wir sind auch dafür ausgebildet, aber wir haben einfach nicht die Ausstattung dafür,

eine niedrigschwellige Versorgung anbieten zu können.

taz: Ist es ein Mangel, weil keine Stellen dafür geschaffen werden oder weil zu wenige, diese Arbeit machen wollen?

Friedrichs: Das ist ein echt schöner Job und wir haben das Glück, dass wir immer noch Menschen finden würden. Aber es ist kommunalpolitisch immer die Frage: Wie viel Personal wollen wir in welchen Bereichen stecken – und überall ist es schwierig. Aber es fällt schon auf, dass in den Kommunen, wo die Erziehungsberatung relativ stark gemacht wurde, relativ wenig für Inobhutnahmen und Familienhilfen ausgegeben wird.

taz: Sie sagen: Es ist ein schöner Beruf. Ist das in der Außenwahrnehmung verloren gegangen über die Strukturprobleme?

Friedrichs: Deswegen ist uns dieses zweite Wort Ermutigung im Tagungstitel so wichtig. Wenn man guckt, was wir in unseren Beratungsräumen den ganzen Tag machen, dann ist das Ermutigung. Und es ist schon ein schöner Job, Menschen zu ermutigen und sie dabei begleiten zu können, ihre Situation zu verbessern. Da hat man auch wahnsinnig berührende, schöne Momente, wo man sehen kann, wie Probleme gelöst werden, wie Familien sich beruhigen, wie Kinder und Jugendliche sich entwickeln.



Foto: privat

Ini Friedrichs

51, ist Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungs- und Familienberatung im Land Bremen, arbeitet als Familienberaterin und ist Mitveranstalterin der wissenschaftlichen Jahrestagung für Erziehungs- und Familienberatung in Bremen vom 25. bis 27. 9. unter dem Titel „Ohnmacht? Ermutigung!“.

das porträt

Bäuerin **Monika Hintze** will Debatten sachlich beackern

Respektvollen Austausch über Landwirtschaft, das wünscht sich Monika Hintze. Sie ist eines der Gesichter der Kampagne „Vorurteile ausmisten“ des Bauernverbandes Nordostniedersachsen. Die Website thematisiert im ruhigen Dunkelgrün pauschale Vorurteile gegen Landwirt*innen. Zu den Themen gehören Biolandwirtschaft, Pestizide, Tierwohl, Grundwasser, Naturschutz und Politik.

Die Milchbäuerin und Rinderzüchterin in Trebel im Wendland hatte schon immer Spaß am Umgang mit Tieren – darum wurde sie Tierärztin. Vor 25 Jahren haben sich ihre Pläne schlagartig verändert: Nach einem Hofbrand schaffte es ihr Mann nicht allein, den Hof wieder aufzubauen. „Also bin ich quereingestiegen“, sagt sie. Seitdem hat sie um 10 Uhr morgens schon 5.000 Schritte getan, arbeitet also ständig auf dem Hof, in der Kälberbetreuung, im Büro oder in der Küche.

Auch Monika Hintze hat sich mit Anschuldigungen schon konfrontiert gesehen: „Ich habe mich lange Zeit online eingemischt“, sagt sie. „Aber das hat mich demoralisiert. Ich verstehe die Aggressionen der Leute nicht.“ Diese motivierten die Kampagne. „Einige Online-Kommentare haben uns mit ihrer Absurdität selbst überrascht“, sagt Johannes Heuer, Geschäftsführer des Bauernverbandes Nordostniedersachsen. „Früher kannten alle in ihrem Umfeld einen Landwirt“, sagt er. Die Kampagne wolle diese Distanz abbauen und den Dialog öffnen. Mit der Website, Plakaten und Kinospots.

So pauschal wie die Vorurteile gegen „die Landwirtschaft sind die Antworten darauf: Einzelne Bäuer*innen zeigen Gesicht, um Vorurteile zu entkräften. Beispielsweise rechtfertigt Monika Hintze in ihrem Video die Haltung von Rindern durch den Vergleich mit Hunden in einer Wohnung, die nicht „tiergerecht“ sei. Ein anderes Video zeigt einen Landwirt, der Blühstreifen anlegt, mit denen sich Vielflieger*innen das Gewissen erleichtern. Johannes Heuer sagt dazu, dass die Antworten und der Umweltschutz stellvertretend für die Branche stünden.

Hintze vergleicht die Haltung von Rindern mit Hunden in einer Wohnung

Die Kampagne zeigte schon Wirkung: Monika Hintze erhielt einen Brief, der sachlich geschrieben gewesen sei, um ihre Art der Rinderhaltung zu diskutieren. Jedoch seien die zitierten Studien so nicht anwendbar. „Ich habe sieben Seiten zurückgeschrieben“, sagt sie. „Ich beschäftige mich damit wirklich und fand die Auseinandersetzung gut.“ Dass es ihren Tieren gut gehen muss, damit der Hof überhaupt wirtschaften kann, sei für sie selbstverständlich.

Eines der Kampagnenvideos geht darauf ein, dass auch in der Landwirtschaft alle politischen Strömungen vertreten sind. Zum Teil liege es auch an den Landwirt*innen, dass es keine sachliche Debatte gebe, räumt Hintze ein. „Da denke ich manchmal, Klappe halten wäre auch mal gut ...“ Sie findet es schade, dass vor allem junge Landwirt*innen falsch eingeschätzt werden. „Die sind viel innovativer, zukunftsorientierter und haben Bock“, sagt sie.

Trotz der Debatten um mehr pflanzliche Ernährung und der verschwindenden Milchbetriebe will sie bei ihrem Geschäft bleiben: Rinderzucht und Milchverkauf. Als Futter kommen regionale Kartoffelreste in den Trog, zusammen mit Sojaschrot. Überall muss sie auf den Preis achten. Bald aber rechnet sie mit einem Anstieg des Milchpreises – der Urlaub sei schon gebucht. *Luisa Gohlke*



Als Abwechslung zur Hofarbeit: **Monika Hintze** als Kampagnengesicht

Foto: Bauernverband Nordostniedersachsen

kritisch gesehen: „wasserwelt“
am theater bremen

Kleiner Krebs will hoch hinaus

In rundes Plateau dreht sich in der Mitte der Bühne. Darauf: ein kompletter kleiner Unterwasserkosmos, gespeist von der Wärme der schwarzen Raucherin (Annemaaik Bakker). In 4.000 Metern Tiefe trifft hier das 300-Grad-Wasser aus dieser heißen Quelle auf eine Umgebungstemperatur nahe dem Gefrierpunkt. In dieser unwirtlichen Zwischenschicht entstehen kleine Biotope: Wie in einer Sitcom sitzen auf einem Seestern – anstatt eines Sofas – auf der Bühne nun ein kleiner Krebs (Jorid Lukaczik), zwei Bakterien (Matthieu Svetchine und Siegfried W. Maschek), eine Muschel (Judith Goldberg) und ein Röhrenwurm (Nadine Meyersbach). Dazwischen sind wie auf einem Jahrmarktskarussell noch andere Wassertiere angebracht, unter anderem drehen sich ein Delphin und eine Qualle mit.

Gemeinsam mit dem kleinen Krebs Nat verlässt die Scheibe die Tiefsee, um die darüber liegenden Meeresschichten zu erkunden – Nat nämlich möchte mehr von der Welt sehen. In einem ersten Lied feiern die kleinen Lebewesen ihre ewige Beschränktheit und das Aufeinander-angewiesen-Sein. Eher nebenbei lernen wir, dass die unberührte Natur eben nicht einfach nur gut, sondern auch gnadenlos ist – und langweilig.

Da unten, im Unterwassermatriarchat, so erfahren wir weiter, herrscht ewige Nacht. Durchbrochen wird sie schließlich vom Licht eines Unterwasserroboters, dem der Krebs zu folgen beschließt: Für Nat ist das ein religiöses, wissenschaftliches oder auch adoleszentes Erwerbungs Erlebnis, und er beschließt, sich auf die Suche nach dem Tauchroboter zu machen. Alle Warnungen und Bitten derer, mit denen ihn bis zu diesem Punkt eine Art gemeinsames Schicksal verband, schlägt er in die Wellen.

Ein siebenjähriger Mensch und ein siebenjähriger Krebs sind nur scheinbar gleich alt

Für Nat beginnt eine Reise ins Ungewisse – und für die Zuschauenden eine Phase der Langeweile. Egal, wie viele Tausende von Metern der kleine Krebs hinaufsteigt: Äußerlich verändert sich nur wenig. Eine Kolonie von Qualen kommt und verschwindet wieder, in einem Fangnetz begegnet er einem Blauwal; das See-Karussell dreht sich weiter, mal langsamer, mal schneller, so eben ist der Lauf der Dinge, dem der kleine Krebs eigentlich gern entkommen möchte. Einem Musical gemäß, wird die Handlung durch dialogisch oder im Chor gesungene Lieder unterstützt, aber auch die bleiben seltsam gleich: seichter Songbrei. Dieses Wasserstück möchte eine Parodie auf Musicals sein und es ist schon ein bisschen komisch, dass die Lippen sich nicht immer ganz synchron zum Gesungenen bewegen.

Die Rollen der Schauspieler*innen wechseln im Laufe des Stückes, unbemerkt – bis ihr Text darauf aufmerksam macht. Das ist bisweilen recht schön, wenn so ein Bakterium, zwischenzeitlich Blauwal und an der Wasseroberfläche dann zum kleinen Jungen wird: Gegen den Widerstand seiner Mutter (vorher ein Röhrenwurm) freundet er sich mit dem kleinen Krebs an. Dem aber kommt wiederum die Biologie in die Quere: Ein siebenjähriger Mensch und ein siebenjähriger Krebs sind nur scheinbar gleich alt. Der Junge hat das Leben noch vor sich, der Krebs seines schon hinter sich, wird zum Leidwesen seines neuen Freundes bald zum Sterben in die Tiefsee zurückkehren.

Der Abend (Regie: Felix Rothenhäusler) bietet ein paar wirklich schöne Momente, insgesamt überwiegt aber der Eindruck, man habe hier aufgrund einer laufenden Kooperation mit „Marum“, dem Zentrum für marine Umweltwissenschaften der Bremer Universität, etwas zum Thema produzieren müssen: Zu nachträglich wirkt die Vermittlung meeresbiologischen Wissens – und allzu einfach alle Musical-Genre-Parodie. Radek Krolczyk



Man kann dazu kochen oder einschlafen: Kassetten der Hörspielserie „Die drei ???“ und ein Abspielgerät. Foto: Wolfram Kastl/dpa

„Normal, das ist männlich“

Seit Jahrzehnten beliebt: Nirgends waren die Detektiv-Hörspiele um „Die drei ???“ so erfolgreich wie in Deutschland. Warum das so ist, und was an den Büchern und Hörspielen problematisch, hat die Germanistin Sophie Schuhmacher erforscht

Interview Luisa Gohlke

taz: Sophie Schuhmacher, „Die drei ???“ und „Die drei !!!“ erzählen fiktive Geschichten, als Buch, vor allem als Hörspiel, später auch zum Ansehen. Warum analysieren Sie so etwas?

Sophie Schuhmacher: Ich bin selbst Fan der „drei ???“. Irgendwann ist mir aufgefallen, welche Welten da konstruiert werden und dass man die hinterfragen sollte. Medien haben eine Wirkung. Kinder können sich zwar schon von Handlungen distanzieren. Aber besonders wenn mediale Welten vorgeben, realistisch zu sein, beeinflussen sie unsere Vorstellung davon, was „normal“ ist.

taz: Sie bezeichnen „Die drei ???“ als androzentrisch. Was meint das konkret?

Schuhmacher: Entstanden ist die Serie in den 1960er-Jahren in den USA. Da haben wir historisch bedingt die Vorstellung einer männlichen Norm: Ein „normaler“ Jugendliche ist männlich. Weil man nicht weiter über die Kategorie Geschlecht nachdenkt. Das heißt nicht, dass Mädchen abgewertet werden, aber sie kommen wenig vor. Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer, die in den 1990er-Jahren die ersten 16 deutschen „???“-Folgen schrieb, hat weibliche Figuren bewusst eigenständiger gestaltet.

taz: „Die drei ???“ werden für gleich mehrere Arten von Diskriminierung kritisiert.

Schuhmacher: Es sind einfach drei Jungen. Ehrlich gesagt, wissen wir nichts über ihre Hautfarbe, aber es weist auch nichts darauf hin, dass sie nicht weiß sind. Sie sind alle able-bodied, werden nicht als abweichend von der Gesellschaft dargestellt – außer vielleicht, dass Justus Jonas übergewichtig und sehr intelligent ist. Er hat auch eine abweichende Familiensituation, aber prinzipiell sind alle drei sozial gesichert.

taz: Wo liegen die Probleme in den Geschichten?

Schuhmacher: Diskriminierung findet meist nicht explizit statt. Sie zeigt sich in der Handlung: Wer sind Leute, denen man helfen muss? Wer ist kriminell? Frauen spielen selten Rollen, die die Handlung vorantreiben. Die Message ist immer, dass man niemanden verurteilen darf, aber implizit laufen andere Botschaften mit.

taz: Inwiefern trifft das auf das Mitmachhörspiel „Die drei ??? und der Zauberspiegel“ zu, das derzeit auf Tour ist?

Schuhmacher: Das Buch ist von 1974, von M. V. Carey – Mary Virginia Carey. Sie hat nicht zufällig nur unter ihren Initialen veröffentlicht, so war ihr Geschlecht nicht ersichtlich. In der Geschichte ist eine

wesentliche Figur „Mrs. Darnley“. Sie tritt durchaus selbstbewusst auf und agiert sehr selbstständig, aber als Ausnahme in einer männlich dominierten Welt.

taz: Vor fast 20 Jahren kam ein weibliches Pendant zu den drei Detektiven auf den Markt: „Die drei !!!“ mit Titeln wie „Tatort Blumenfarm“.

Schuhmacher: Sie wurden gezielt als weibliches Gegengewicht geschaffen. Abgesehen vom Geschlecht haben sie keine Diversitätsmerkmale. Anders als bei den „drei ???“ sieht man die Protagonistinnen auf jedem Cover: sehr klischeehafte Vorstellungen weiblicher Körper. Inhaltlich geht es viel mehr um soziale Beziehungen und Romantik, die Kriminalfälle treten teilweise in den Hintergrund.

taz: Wie sieht es heute aus?

Schuhmacher: Ich habe Werbepлакate beider Serien von 2020 und 2024 verglichen. Die Werbung für „Die drei ???“ ist in beiden Jahren reduziert und klassisch schwarz gestaltet. Auf Plakaten für „Die drei !!!“ stehen 2020 sehr dünne Mädchen, topgestylt, mit großen Augen, im Fokus. Dass es sich um eine Krimi-Geschichte handelt, sieht man nur am Slogan. 2024 gibt es auch farblich eine ausgewogenere Ausgestaltung, der zarte Fließerton wurde zum dunklen Nachtblau. Die Mädchen sind zwar immer noch zentral gesetzt, aber sie ermitteln wirklich. Frauen werden inhaltlich vielfältiger, was sich etwa am Beruf zeigt.

taz: Die meisten Auftritte von „Die drei ??? und der Zauberspiegel“ sind seit Wochen ausverkauft. Was ist an Jahrzehnte altem Detektiv-Content so cool?

Schuhmacher: Es geht darum mitzuerleben, wie junge Menschen sich in der Welt der Erwachsenen behaupten. Dass es erwachsene Fans gibt, erkläre ich mir einerseits mit Nostalgie, andererseits zeugt es von Bindungskraft, die nicht alle Serien entfalten. Das liegt vermutlich an der hohen Qualität, denn „Die drei ???“ ermitteln tatsächlich. Dazu gibt es das Gegenbeispiel, die deutsche Serie „TKKG“. Auch die hat viele erwachsene Fans, aber oft sind die ersten Vermutungen der Protagonist*innen wahr.

taz: Was es dann weniger spannend macht ... Warum, denken Sie, ist gerade das Format Hörspiel so beliebt?

Schuhmacher: „Die drei ???“ waren als Hörspiele in Deutschland viel erfolgreicher als in anderen Ländern. Wahrscheinlich wegen der hochwertigen Produktion, sie haben viel Witz, und für die Erwachsenen sind die Sprecher eine Konstante von Kindheit an. Ein Hörspiel ist zeitökonomisch: Man man nebenbei kochen oder einschlafen. Und bei Events wie so einem „Live-Hör-

spiel“ kann man andere Fans treffen und gemeinsam über Aufnahmefehler und Insiderwitze lachen.

taz: Ändert es etwas, wenn so ein Stoff zu Serie oder Film wird?

Schuhmacher: In einem Film muss ich nicht erwähnen, dass Justus übergewichtig ist, das sehe ich auch so. Oder wenn eine Person eine dunklere Hautfarbe hat. In einem Buch oder Hörmedium müsste ich das erwähnen und damit betonen, als Abweichung markieren. Insofern sehe ich Chancen durch die audiovisuellen Medien. Hörspiel und Film sind heutzutage ständig verfügbar, darin unterscheiden sie sich nicht. Hörmedien fördern aber die Vorstellungskraft von Kindern mehr.

taz: Wenn in einer idealen Welt dereinst alle die Geschlechterrollen reflektieren – können wir dann einfach weiter „Die drei ???“ und „Die drei !!!“ konsumieren?

Schuhmacher: Meiner Meinung nach kann man die allermeisten Texte lesen oder hören, wie sie geschrieben wurden, solange man sich kritisch damit auseinandersetzen kann. Gerade bei Kindern bedarf es da einiger Impulse, bei Erwachsenen schadet es manchmal auch nicht.

taz: Welches Ermittler*innen-Team würden Sie sich als Serie wünschen?

Schuhmacher: Eins, in dem es möglichst wenig um Geschlecht geht. Dass die Personen einfach handeln dürfen, ohne dass sie das explizit als Mädchen oder als Junge tun. Ich will, dass die Protagonist*innen mit ihren eigenen Fehlern konfrontiert werden. Respekt gegenüber Minderheiten und Lebensentwürfen, aber ohne pädagogischen Zeigefinger. Es sollte letztlich darum gehen, eine spannende Detektivgeschichte zu haben.

Mitmach-Hörspiel-Tour „Die drei ??? und der Zauberspiegel“ mit Oliver Rohrbeck („Justus Jonas“) und Geräuschemacher Jörg Klinkenberg: Fr, 20. 9., Oldenburg, Weser-Ems-Halle; Sa, 21. 9., Hildesheim, Halle 39; So, 22. 9., Lübeck, MuK



Sophie Schuhmacher

Lehramtswärterin für Deutsch und Geschichte, hat über „Die drei ???“ und „Die drei !!!“ unter geschlechterreflexiver Perspektive ihre Dissertation geschrieben.

der aufgestaute-ems-glamour

Das neue Kreuzfahrtschiff der Meyer-Werft sollte gestern seinen Weg in die Nordsee nehmen: Zwei Schlepper zogen die „Disney Treasure“ rückwärts über die aufgestaute Ems, 2 Uhr früh sollte Eemshaven erreicht werden. Seine bis zu 4.000 Passagier:innen zahlen dereinst 2.173 US-Dollar aufwärts.